Mittwoch, den 1. Dezember 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 280

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht" Neue Graupenstraße Nr 8 und Neue Taschenstraße 11, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 160, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 19 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 8 Pf., das fette Wort 6 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Vor wirtschaftspolitischer Entscheidung.

Der Landbund für neue Brotzoll-Erhöhungen.

Der Reichslandbund hat im Rahmen des Kampfes um die Verlängerung der bisher ermäßigten Getreidezölle der Reichsregierung eine Eingabe übergeben, in der er die im deutsch-schwedischen Handelsvertrag festgesetzten Zölle als Mindestzölle fordert. Das würde eine Erhöhung des jetzt geltenden Satzes von Weizen auf 6,50 Mark, für Roggen und Hafer auf 6 Mark und für Gerste auf 5 Mark bedeuten. Außerdem würden sich die Schwedenzölle durch eine stärkere Belastung für Schweineschmalz, Fett und Schmalz auswirken. Des weiteren fordert der Reichslandbund nochmals die Erhöhung des Zucker- und des Mehlzolles.

Die Regierung scheint bisher angesichts der bereits jetzt überhohen Getreidezölle dem sozialdemokratischen Antrag auf Verlängerung der bisher geltenden Zölle um sechs Monate zustimmen zu wollen.

* * *

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird hinsichtlich des Zuckerzolles einen Antrag einbringen, der die Verminderung der Zuckerverbrauchsabgabe und einen Ausgleich des finanziellen Ausfalls durch Erhöhung anderer Abgaben vorsieht.

Neue Verhandlungen über Wiedereinführung des gesetzlichen 8-Stundentages.

Zwischen der Reichsregierung und den Führern der Regierungsparteien fanden am Dienstag nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers Marx, des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns und des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius Besprechungen über die Arbeitszeitfrage statt. Wie das „Berliner Tageblatt" wissen will, soll man dabei einer Einigung unter den Regierungsparteien wesentlich näher gekommen sein. Ein Unterausschuß der Regierungsparteien wird heute Vormittag eine letzte Klärung versuchen. Dann wollen die Regierungsparteien mit der Sozialdemokratie in Verbindung treten, um eine Verständigung über die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit zu erzielen. Reichskanzler Marx hat bereits am Dienstag abend den Genossen Hermann Müller über das Ergebnis der Besprechung der Regierungsparteien verständigt.

Die Sozialdemokratie für beschleunigte Siedlung.

Die Sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages hat eine neue „Große Anfrage" über den Fortgang der Siedlung eingebracht. Sie geht davon aus, daß nach einer amtlichen Uebersicht über die Siedlungstätigkeit in Preußen seit der Revolution 14 314 Neusiedlungen auf rund 140 000 Hektar Fläche geschaffen worden sind. Außerdem haben 110 000 Ansiedler rund 120 000 Hektar Landzulage erhalten. Nach dem Reichssiedlungsgesetz stehen für Siedlungen in Preußen nahezu 2 Millionen Hektar Land zur Verfügung. Demgegenüber muß das wirkliche Ergebnis der bisherigen Siedlungspolitik als sehr bescheiden bezeichnet werden. Die Sozialdemokratische Fraktion fragt daher die Regierung, welche Pläne sie hat, um die Siedlung zu beschleunigen, den Rest der Flüchtlingssiedler so schnell wie möglich unterzubringen und die bereits angesetzten Siedler lebensfähig zu halten. Sie schlägt insbesondere eine Prüfung der Frage vor, ob nicht durch eine finanzielle Beteiligung von Staat, Provinz und Gemeinden unter Hinzuziehung der Kulturämter als ausführende Organe eine wesentliche Förderung der Siedlungstätigkeit zu erwarten wäre.

Zentrum und Volkspartei suchen nach einer Rettung für das Schundgesetz.

Zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum fanden im Laufe des Dienstag Verhandlungen statt, um eine Einigung über die Gestaltung des Schund- und Schmutzgesetzes zu erreichen. Das Zentrum hatte bekanntlich am Montag mit Rücksicht auf die Bayrische Volkspartei die Reichsprüfstellen an Stelle der Landesprüfstellen abgelehnt. Die „Vossische Zeitung" glaubt, daß sich das Zentrum schließlich doch bereit finden werde, sich mit der Einsetzung von Reichsprüfstellen einverstanden zu erklären, wenn Demokraten und Deutsche Volkspartei dem Zentrum in der Frage der Zusammensetzung der Prüfstellen entgegenkommen. Hier ist der springende Punkt bekanntlich die Forderung auf Entsendung von Vertretern der Religionsgesellschaften in die Prüfstellen. Im Laufe des Mittwoch werden offizielle Besprechungen zwischen sämtlichen Regierungsparteien stattfinden. Ob dabei ein Kompromiß zustande kommt, ist allerdings noch sehr fraglich.

In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages, die sich mit der Wahl des Ministerpräsidenten zu beschäftigen hatte, kam es zu keinem Ergebnis. Am 7. Dezember soll die Wahl erneut versucht werden. Die Sozialdemokraten und Kommunisten gaben geschlossen ihre 44 Stimmen für den Reichstagsabgeordneten Genossen Fleißner ab, während die übrigen Fraktionen ihre Fraktionsvorsitzenden wählten.

Die Sportlehrer wollen nicht „Deckmantel für die verschiedenartigsten Zwecke" sein!

Der Verband deutscher Sportlehrer E.V. teilt mit:

„Zu den unter der Spitzmarke „Schwarze Reichswehr und Sportlehrerausbildung" in der Presse in letzter Zeit erschienenen Nachrichten bemerken wir vom Standpunkt des Berufsverbandes folgendes:

1. Der Sportlehrerberuf ist ein freier Beruf und man kann daher niemand verhindern, sich diese Berufsbezeichnung zuzulegen. Dies wird in letzter Zeit ausgiebig von Leuten getan, die die großen Fragen der körperlichen Ertüchtigung und Wiedergesundung unseres Volkes, besonders der Jugend, als Deckmantel für die verschiedenartigsten Zwecke mißbrauchen, deren legaler Verwirklichung der politische, soziale und wirtschaftliche Stand der Dinge entgegensteht.

2. Die Mitglieder des einzigen und für das gesamte Reichsgebiet maßgebenden Berufsverbandes, des Verbandes deutscher Sportlehrer, führen die gesetzlich geschützte Berufsbezeichnung „Sportlehrer V.D.S.". Nur für diese Sportlehrer übernimmt die Berufsgemeinschaft die Garantie für die Eignung und Ehrlichkeit der Berufsabsicht.

3. Die anerkannten Ausbildungsstätten für Sportlehrer sind lediglich die Landesturnanstalten und die Deutsche Hochschule für Leibesübungen, deren staatliche Anerkennung leider immer noch aussteht, in Fällen des Hervorgehens aus der Praxis (ähnlich den technischen und künstlerischen Berufen) die Kurse der Prüfungskommission des Verbandes deutscher Sportlehrer.

Die Oeffentlichkeit hat Anspruch darauf, zu erfahren, daß die in letzter Zeit in der Presse genannten „Sportlehrer" sich diese Berufsbezeichnung zu Unrecht beilegen."

* * *

Hoffentlich wird diese notwendig gewordene Erklärung auch von der Reichswehr verstanden, die den harmlosen Deckmantel angeblicher Sportkurse benutzt, um als „Sportlehrer" Männer wie den Fememörder Leutnant Raphael anzustellen und deren angebliche Sportkurse in Schlesien, wie wir klargestellt haben, mit Sport im engeren Sinne auch nichts zu tun haben. Wenn einige Berliner Rechtsblätter diese unsere Angaben jetzt bezweifeln, so sollten sie vorsichtig sein. Es braucht uns nur Gelegenheit gegeben zu werden, Beweisanträge vor einer Stelle zu formulieren, die jeden Staatsbürger eidlich vernehmen kann. Wir können dann einwandfreie Zeugen genug für jede einzelne unserer Behauptungen beibringen. Sollen wir noch deutlicher werden?

Külz' weitere Gesetze. Das Reichskabinett nahm am Montag abend ein Referat des Reichsinnenministers Dr. Külz über die vom Reichsinnenministerium ausgearbeitete Wahlreformvorlage entgegen. Die Beratung der Einzelbestimmungen des Gesetzes wurde jedoch nicht abgeschlossen, weil zunächst mit den Parteien Fühlung genommen werden soll. Anschließend befaßte sich das Kabinett mit dem Schicksal des Schund- und Schmutzgesetzes.

Der Stahlhelm proklamiert öffentlich sein Monopol auf den Reichswehr-Ersatz!

Der Stahlhelm Berlin veranstaltete am Dienstag abend eine Kundgebung, in der der auch in Breslau bekannte Agitator Walter Korrodi seine übliche Hetzrede gegen das Reichsbanner losließ. Von Bedeutung ist lediglich, daß er dabei auch den Reichstagspräsidenten Genossen Löbe wegen seiner Forderungen nach Demokratisierung der Reichswehr angriff und dabei nach dem Bericht der „Deutschen Zeitung" erklärte:

„Der **„Stahlhelm" ist nicht gewillt, diese Leute in die Reichswehr hineinzulassen**, die die einzige Säule auf dem Trümmerfeld darstellt."

Daraus ergibt sich wieder einmal, daß der „Stahlhelm" nach wie vor dabei mitzusprechen hat, wer in die Reichswehr gelassen wird oder nicht.

Wenn Herr Korrodi sich dessen selbst rühmt, wird man nicht übel nehmen können, daß wir diese Beziehungen auch unsererseits so beleuchten, wie wir es zum Aerger der Rechtsparteien getan haben.

Die DAZ. wird wieder verkauft!

Der Haushaltsausschuß des Reichstages erörterte am Dienstag in Anwesenheit des Reichsaußenministers Dr. Stresemann den Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Mit der Aussprache war die Beratung eines kommunistischen Antrages verbunden, der verlangt, den Ankauf mit sofortiger Wirkung rückgängig zu machen und den dadurch zurückfließenden Betrag dem Etat wieder einzufügen.

In der Aussprache bezog sich Dr. Stresemann zunächst auf die bereits im Auswärtigen Ausschuß abgegebene Erklärung der Reichsregierung. Er fügte hinzu, daß 25 Prozent der Anteile der „D.A.Z." in privatem Besitz seien, während 75 Prozent dem Reiche gehörten. Die Beantwortung der von deutschnationaler Seite gestellten Frage, wie hoch der Anteil des Reiches an der „D.A.Z." bezahlt worden sei, lehnte Stresemann ab, da das Reichskabinett erst kürzlich wieder beschlossen habe, aus grundsätzlichen Erwägungen keine Auskunft über die Verwendung der beiden bestehenden geheimen Fonds zu erteilen. Dabei ist der Kaufpreis von 1½ Millionen Mark längst bekannt.

Der sozialdemokratische Redner Abg. Müller-Franken wies in einer Erwiderung auf die Ausführungen Stresemanns darauf hin, daß der Ankauf der „D.A.Z." nicht nur aus Mitteln dieser Geheimfonds, sondern auch aus anderen Fonds bestritten worden ist. Es sei infolgedessen die Kontrolle des Rechnungshofes und des Reichshaushaltsausschusses gegeben. Er betonte im übrigen, daß das Experiment der Regierung von vornherein mißglückt sei. Die republikanische Reichsregierung habe keinerlei Einfluß auf die Reaktion ausgeübt. Die „D.A.Z." sei ein offizielles Blatt der Regierung geworden und infolgedessen wertlos. Es bestände die Wahrscheinlichkeit, daß der Abonnentenstand auf den der Kaiserzeit zurücksinke. Daher sei es notwendig, die „D.A.Z." sobald als möglich wieder zu verkaufen und das Geld in die Reichskasse zurückzuleiten.

Die übrigen Parteien stellten sich auf einen ähnlichen Standpunkt, insbesondere der Redner des Zentrums, der Abgeordnete Guérard. Der kommunistische Antrag, der den sofortigen Verkauf verlangte, wurde abgelehnt, weil man in ihm eine die Reichsfinanzen schädigende Bindung der Reichsregierung erblickte.

Da anzunehmen ist, daß die Reichsregierung nun entsprechend dem Beschluß des zuständigen Reichstagsausschusses den Verkauf der „D.A.Z." in die Wege leitet, dürfte dieses unerfreuliche Kapitel wohl bald abgeschlossen werden. Immerhin steht noch eine Debatte im Plenum des Reichstags bevor, weil eine kommunistische Interpellation, die sich auf diesen Gegenstand bezieht, voraussichtlich bei Beratung des Nachtragsetats für das Auswärtige Amt mit zur Erörterung gelangen wird.

Schlesische Fragen im Landtag.

Der Preußische Landtag trat am Dienstag, den 30. November, wieder zusammen. Präsident Bartels gedachte zunächst der Opfer des Grubenunglücks auf der Zeche de Wendel und sprach den Hinterbliebenen das Beileid des Landtages und für die Verletzten die Hoffnung auf baldige Wiedergenesung aus. In einer kurzen Ansprache beglückwünschte sodann der Präsident den deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden, Abg. Winkler, zu seinem 70. Geburtstag.

Abg. Frau **Zigal** (Ztr.) tritt ebenfalls für die Behebung der wirtschaftlichen Not der Ostprovinzen durch staatliche Maßnahmen ein. Für das nach Osten verloren gegangene Absatzgebiet müsse Ersatz geschafft werden. Der mit Rußland abgeschlossene Handelsvertrag habe bis jetzt nur theoretische Bedeutung. Abg. **Merker** (Komm.) fordert Vorlegung einer Denkschrift über das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Abg. **Metzenthin** (Np.) begrüßt für seine Partei mit Genugtuung, daß sich die Reichsregierung jetzt mehr als bisher um die Ostprovinzen bekümmern werde.

Die Debatte wird, nachdem noch zahlreiche Redner ihre Wünsche zum Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgetragen haben, auf Dienstag 12 Uhr vertagt. Außerdem Eingemeindungsfragen in Oberschlesien.

Der Preußische Landtag verhandelte dann über Fragen der Erwerbslosenfürsorge, unter denen ein **Bericht des Hauptausschusses zum Antrag Porsch über Beteiligung von Ober- und Niederschlesien am Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung** im Vordergrunde stand. In dem Bericht wurde zum Ausdruck gebracht, daß die beiden schlesischen Provinzen in dem Arbeitsbeschaffungsprogramm fast gar nicht berücksichtigt würden. Es wird verlangt, daß unbeschadet des Sofortprogramms des Reiches bestimmte Maßnahmen von Reich und Staat zur Förderung des Verkehrs, zur Anlegung von bäuerlichen Siedlungen, zur Hebung der Bautätigkeit, Beschleunigung der Meliorationsarbeiten getroffen werden. Gefordert wird, daß bei allen Arbeiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms Tariflöhne gezahlt werden. Schließlich wendet sich der Antrag gegen die vorhergesehenen neuen Stillegungsmaßnahmen der Reichsbahn. Unter den Forderungen zur Förderung des Verkehrs befinden sich die Wünsche zur Beschleunigung des Staubeckens von Ottmachau, Ausbau der Bahnhöfe in Breslau, Glatz und Liegnitz, Anlegung von Straßen und Verkehrswegen in den durch die Grenzführung zerrissenen Kreisen, Ausnahmetarife für die schlesische Industrie und Bau von Bahnlinien, wie Beuthen—Hindenburg und in den nördlichen niederschlesischen Grenzkreisen.

In der Debatte sprach zunächst Abg. Conradt (Dnat.), der besonders die gewerblichen Wünsche vertreten und der Staatsregierung Vorwürfe macht.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.)

stellte dann alle Forderungen Schlesiens zusammen. Der Osten ist heute zweifellos noch weniger von der Reichs- und Staatsregierung berücksichtigt als der Westen. Die starke Differenzierung in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zwischen Westen und Osten muß ausgeglichen werden um auch dadurch zu einem stärkeren inneren Zusammenwachsen zum Einheitsreiche zu kommen. Abgeordneter Conradt ist freilich der Allerletzte, der Veranlassung hätte, Vorwürfe gegen die Staatsregierung zu erheben, daß sie ihren Pflichten gegenüber dem Osten nicht in genügendem Maße nachkäme. Denn in der Zeit, in der der Osten in diesem Hause die stärkste Vertretung bei den stärksten Parteien gehabt hat, ist am allerwenigsten für den Osten geschehen. (Sehr richtig!) Es ist schon etwas kühn, wenn von dieser Seite der Regierung

Vorwürfe deswegen gemacht werden, weil sie in ein paar Jahren das nicht nachholen konnte, was Jahrzehnte hindurch versäumt worden ist. (Sehr gut!)

Mit der Vorlegung des Sofortprogramms ist jetzt zum ersten Male der Weg zur praktischen Hilfe eingeschlagen worden. Wir stellen die Zusage fest, daß es sich dabei nicht um eine einmalige Aktion handelt, sondern daß auch Etatsmaßnahmen künftiger Jahre für den Osten vorgesehen werden. Das Gebiet, das durch besondere Maßnahmen berücksichtigt werden soll, darf nicht allzu umfangreich angenommen werden, da dann die am schwersten betroffenen Gebiete nicht in dem Maße gestützt werden können, wie es in einem engeren, örtlichen Rahmen möglich ist.

Redner verlangt sodann eine stärkere Förderung der Siedlung unter Ueberwindung des allzugroßen Bürokratismus im amtlichen Apparat und schilderte die jeder Beschreibung spottenden Wohnverhältnisse in Schlesien, von denen sich der an höhere Wohnkultur gewöhnte Westen kaum eine Vorstellung machen könnte. Er verlangte eine gerechtere Verteilung der Mittel des Arbeitsbeschaffungsprogramms zwischen Westen und Osten, damit der starken Erwerbslosigkeit gerade in den industriellen Gebieten Nieder- und Oberschlesiens erfolgreicher als bisher von Reich und Staat entgegengetreten werde. (Lebhafter Beifall.)

Von den anderen Parteien sprachen Frau Ziegahl (Ztr.), Meyenthin (D. Vp.), Riedel (Dem.) und eine Reihe von Rednern, die Fragen des Arbeitsbeschaffungsprogramms in anderen Gebietsteilen behandelten. Fortsetzung der Debatte und Abstimmungen finden am 1. Dezember statt. Als zweiter Punkt der Sitzung an diesem Tage steht das oberschlesische Umgemeindungsgesetz in zweiter und dritter Lesung auf der Tagesordnung.

Rheinlandfragen im Reichstag.

Mehrere Aufwertungsanträge wurden gestern im Reichstag dem Rechtsausschuß überwiesen. Darauf wird die zweite Beratung des zweiten Nachtragsetats bei dem Haushalt des Reichsverkehrsministeriums begonnen.

Abg. **Kenzler** (Komm.) wünscht die baldige Durchführung der Kanalbauprojekte. Der Redner bespricht dann die Verhältnisse bei der Reichsbahnverwaltung, die ihre Rationalisierungsbestrebungen auf Kosten der Arbeiter durchführe. Darunter müsse die Betriebssicherheit leiden. Es sei eine Unverschämtheit von der Reichsbahn, wenn sie behaupte, die Unfälle der letzten Zeit seien nicht auf Ueberanstrengung des Personals zurückzuführen. Der Haushalt wird darauf nach den Ausschußbeschlüssen angenommen.

Es folgt der **Haushalt für die besetzten Gebiete** in Verbindung mit der Beratung der Ausschußbeschlüsse über erweiternde Maßnahmen zur Linderung der Not der Frankengeldempfänger.

Abg. Kirschmann (Soz.)

spricht die Erwartung aus, daß für das besetzte Gebiet unter Berücksichtigung der Gefahren, denen die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet ausgesetzt ist, in großzügigerer Weise als bisher gesorgt wird.

Der beantragten Erhöhung der für die Unterstützung der Saargänger vorgesehenen 5 auf 8 Millionen Mark wird die Sozialdemokratische Fraktion zustimmen. Es handelt sich hierbei um 2000 deutsche Lohnempfänger, die nicht im Stich gelassen werden dürfen. Aber auch für die Luxemburggänger besteht die Pflicht der Unterstützung.

Wenn nicht eine großzügige Behandlung der Bevölkerung im besetzten Gebiet Platz greift, dann können die großen Aufgaben, die der Regierung gestellt sind, nicht gelöst werden, dann wird auch die Begeisterung und Liebe nicht vorhanden sein, die von uns gefordert wird. Das Ministerium mag sich darauf berufen, daß es in dem ihm gesteckten Rahmen einen Unterschied zwischen den Großindustriellen, den Kleingewerbetreibenden und Arbeitern machen muß, und daß es daran nichts ändern kann. Aber auf Grund der Verhältnisse im besetzten Gebiet wird es immer wieder hören müssen, daß man in großzügigster Weise die Schäden, die die Industrie erlitten hat, mit 700 Millionen Mark abgelöst hat, während man auf der anderen Seite die minderbemittelten Kreise in kleinlichster Weise behandelte. Ihre (zum Minister gewandt) Aufgabe muß es sein, dafür zu sorgen, wiedergutzumachen, was in den schwersten Tagen des besetzten Gebietes und den schwersten Tagen der neuen deutschen Politik versprochen worden ist, das Wort Treue gegen Treue wahrzumachen. Das Reich muß denen beistehen, die einst zu ihm gestanden haben. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. v. **Dryander** (Dnat.) stimmt dem Nachtragsetat zu. Hoffnung der Bevölkerung des besetzten Gebietes auf baldige Räumung sei im letzten Jahre wiederum enttäuscht worden. — Abg. **Hofmann-Ludwigshafen** (Ztr.) begrüßt die Hilfsmaßnahmen für die Saargänger. Auch den Luxemburggängern müsse geholfen werden. Im Grenzgebiet von Saar und Mosel sei die Not ungeheuer groß. Durch die unnatürliche Grenzziehung bei Eupen-Malmedy seien treue deutsche Gemeinden vom Verkehr mit dem übrigen Reichsgebiet geradezu losgerissen worden. Hier sei schnelle Hilfe erforderlich. Leider seien die von Genf und Thoiry erhofften Erleichterungen bisher ausgeblieben.

Abg. Dr. **Zapf** (D. Vp.) begrüßt die Erhöhung des Fonds „Kulturelle Fürsorge für die besetzten Gebiete". Das Rheinland sei den Männern dankbar, die die Locarnopolitik gemacht haben, aber bis zur Stunde warte das besetzte Gebiet auf den Sperling, den man in Locarno in der Hand zu haben glaubte.

Die Definition.

Reichsinnenminister Külz: „Sie vermissen eine Definition, was Schmutz und was Schund ist, im Gesetz? (Zwei Hefte emporhaltend.) Was ich in der rechten Hand halte, ist Schmutz, was ich in der linken Hand halte, ist Schund."

(Aus dem Sitzungsbericht des Reichstags vom 27. November 1926.)

Reichsminister Dr. Bell:

Mit dem Geist von Thoiry und Locarno ist die Fortdauer der Besetzung des Rheinlandes unvereinbar. Wir haben volles Verständnis dafür, wenn von der anderen Seite Achtung vor der Ehre Frankreichs verlangt wird. Wir müssen aber erwarten, zumal nach unserm Eintritt in den Völkerbund, daß auch wir als eine Kulturnation gewürdigt werden und daß man auch jenseits unserer Grenzen nicht vergessen darf, daß auch wir Deutsche eine Ehre haben, deren Schutz wir in vollem Maße für uns in Anspruch nehmen. (Beifall.) Damit ist nicht nur der Fortbestand der Besatzung, sondern vor allem auch die fremde Gerichtsbarkeit und die Art, wie wir bei dieser Gerichtsbarkeit behandelt werden, schlechterdings unvereinbar. Gerade weil mir von der Aufrichtigkeit der Worte Briands voll überzeugt sind, müssen wir erwarten, daß den Worten nun auch endlich Taten folgen.

Der Minister geht dann auf die Hilfsmaßnahmen für die Saar- und Luxemburggänger ein und erklärt, daß auf diesem Wege fortgeschritten werden solle. In größerem Umfange soll auch den notleidenden Kreisen aus Kleingewerbe und Landwirtschaft im westlichen Grenzgebiet geholfen werden. Bisher seien dafür von den Ländern 6 Millionen, vom Reich 3 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Die Erwerbslosenziffer sei im besetzten Gebiet weit größer als in anderen Reichsgebieten. Zur Linderung der Not sollte die Wirtschaft bevorzugt berücksichtigt werden bei der Vergebung von Aufträgen des Reiches, der Länder und der Gemeinden. Neben der Staatshilfe sei notwendig auch die Hilfe durch Handel, Gewerbe und Industrie des unbesetzten Gebietes. Unzutreffend sei die Meinung, daß bei der Ruhrschädenabgeltung die mittleren und kleinen Betriebe der Großindustrie gegenüber benachteiligt worden seien. Die anfängliche Bevorzugung Großindustrie durch Beschleunigung der Hilfe sei nachher wieder dadurch wettgemacht worden, daß das Härteverfahren nur für mittleren und kleinen Betriebe angewandt wurde. Nur für Betriebe sei auch der Härtefonds eingerichtet. Wenn die Wünsche unberücksichtigt bleiben mußten, so liege das an Knappheit der vorhandenen Mittel. 7 Millionen seien bisher dem Härtefonds ausgegeben worden, 2 Millionen ständen noch Verfügung. Der Erhaltung der Theater im besetzten Gebiet werde besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Hierbei sei die Mitwirkung der Landesregierungen erforderlich. Die Revision Ordonnanzen sei eine wichtige Aufgabe des Ministeriums.

Der Etat wird unter Ablehnung der Abänderungsanträge der Ausschußfassung angenommen. Das Haus stimmt einer Schließung des Ausschusses zu, wonach ausreichende Mittel die Theater in Coblenz, Trier und der Pfalz zur Verfügung gestellt werden sollen. Schließlich wird noch der Ausschußantrag genommen, wonach zur Linderung der Not der Frankengeldempfänger eine Reihe von Maßnahmen getroffen werden soll.

Dann vertagt sich das Haus auf Mittwoch, nachmittags 3 Uhr.

Aus dem Reiche.

Der russische Außenminister Tschitscherin ist am Dienstagabend auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin eingetroffen.

Der Rechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit der sogenannten Kleinen Strafprozeßnovelle, die von Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutscher Volkspartei und Wirtschaftlicher Vereinigung beantragt ist, um das Recht auf mündliche Verhandlung gegenüber Haftbefehlen sich zustellen und den Zeugniszwang für Redakteure aufzuheben. Für die Sozialdemokratie erklärte Abg. Rosenfeld, seine Fraktion würde der Vorlage zustimmen, obwohl nicht alle Wünsche erfüllt seien; sie bringe aber immerhin einen wesentlichen Fortschritt. Während der Ausführungen Dr Rosenfelds ließen der Deutschnationale Dr. Everling zu Zwischenrufen hinreißen, die den Vorsitzenden, Abg Dr. Kahl (D. Vp.), veranlaßten, die Anwendung disziplinarischer Maßnahmen anzudrohen. Daraufhin gaben die deutschnationalen Ausschußmitglieder in einer Erklärung ihrem Bedauern nicht über das Verhalten Dr. Everlings, sondern des Vorsitzenden Ausdruck. Abg. Landsberg (S.) wies darauf hin, daß die Mitwirkung hoher richterlicher Beamten an der gehässigen deutschnationalen Erklärung gegen den neuen parteilichen Ausschußvorsitzenden am besten beweise, wessen man sich von manchen Richtern zu versehen habe. Richter, die als Parlamentarier so einseitige Erklärungen abgeben, könnten auch in ihrem richterlichen Amte nicht hinreichend objektiv sein. Mit Stimmenthaltung der Deutschnationalen wurde die Vorlage dann angenommen.

Zum Vorsitzenden des Kyffhäuserbundes der Kriegervereine anstelle des verstorbenen Generaloberst v. Heeringen ist am Dienstag der General der Artillerie a. D. v. Horn gewählt worden.

Ein Verfassungsstreit in Thüringen. Der Landtag von Thüringen hat den Staatsgerichtshof zur Entscheidung darüber angerufen, ob die von der jetzigen Mehrheit beschlossene Abstimmung des Landtagswahlgesetzes, daß die einzelnen Listen miteinander verbunden werden können, mit der Verfassung vereinbar ist. Die Entscheidung war für Sonnabend festgesetzt. Kurz vor der Sitzung aber erließ der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs, der Präsident des Oberlandesgerichts, Becker, einen Beschluß auf Vertagung der Verhandlung, um, wie er ausführte, den einzelnen politischen Parteien Gelegenheit zur Aeußerung über den Verfassungsstreit zu geben. Da Becker als organisierter Deutschnationaler von der jetzigen Ordnungsregierung auf seinen Posten als oberster Richter Thüringens berufen worden ist, so äußerte die Linkspresse starke Besorgnisse der Befangenheit und fürchtete Verschleppung des Verfahrens. Dagegen versucht am Dienstag Herr Becker in längerem Schreiben an die parteigenössische Presse sich zu wehren, unterläßt aber mitzuteilen, wann endlich der neue Termin für die Entscheidung über den Verfassungskonflikt stattfinden soll.

Auch der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schütz wegen seiner Zugehörigkeit zur Opposition aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Er wurde aus einer Ausschußsitzung, an der er noch für die Kommunistische Reichstagsfraktion teilnahm, wegen dieses Ausschlusses herausgerufen und durch einen derzeit noch zur offiziellen Partei zugehörigen Abgeordneten ersetzt.

Nachwahlerfolg der englischen Arbeiterpartei.

London, 30. November. (Eigener Drahtbericht.) **Die Nachwahl in Hull, die durch den Uebertritt des dortigen liberalen Abgeordneten Kennworthy zur Arbeiterpartei veranlaßt wurde, endete mit einem Triumph der Arbeiterpartei. Es gelang Kennworthy, seine frühere 2000 Stimmen betragende liberale Majorität in eine weitaus größere Majorität der Arbeiterpartei von 4600 Stimmen umzuwandeln. Der liberale Kandidat vermochte in diesem bisher liberalen Wahlkreise nicht einmal ein Achtel der abgegebenen Stimmen zu erzielen. Der „Daily Herald" stellt in seinem Leitartikel fest, Hull wie die vorangegangenen Nachwahlen zeigten, daß die nächsten Neuwahlen die Regierung Baldwin hinwegfegen werden.**

Yamile unter den Zedern.

Von Henry Bordeaux.
(Berechtigte Uebersetzung von J. Kunde.)

28 **(Nachdruck verboten.)**

Sie sog die Liebe in sich ein wie schöne, sorgenlose Kinder bei ihren Spielen dem gegenwärtigen Anblick und die Gesundheit in sich aufnehmen. Ihr Gesicht und ihr Körper waren das Bekenntnis eines Glücks, das keine Grenzen kennt.

Sie werden sich die Qual vorstellen können, die ich in meinem Versteck erlitt. Ich fluchte dieser Yamile und bewunderte sie. Ja, ich bewunderte sie, weil sie liebte und auch geliebt wurde, als ob dies ein den Menschen versagter Zustand wäre; ich hatte ihn ja nicht kennen gelernt und sollte ihn niemals kennen lernen. Wie eine reine Quelle entsprang ein Gefühl der Ehrfurcht dieser wunderbaren Begegnung. Ihre Gefährtinnen empfanden diese Ehrfurcht nicht, die mich überwältigte und erquickte, denn ich hörte das Gespräch, welches sie in arabischer Sprache führten. Sie selbst nahm nicht daran teil, wie wenn diese heimatliche Sprache ihr fremd geworden wäre. Sie neckten die schöne Schweigsame und erlaubten sich Anspielungen, welche derb waren und sogar der Scham entbehrten. Aber wie sie zu direkten, dreisten und immer übermütigeren Bemerkungen übergingen, erhob sich Yamile plötzlich und drohte heimkehren zu wollen, wenn sie damit nicht aufhörten oder das Gespräch nicht wechselten. Sie bewahrte in ihrem Liebesrausch eine christliche Scham, welche sie isolierte und ein Zeugnis für ihre Abstammung war. Die Liebe verändert den Charakter nicht und wir bleiben, was wir sind, selbst wenn wir uns völlig hingeben. Ich war beglückt, als in diesem Ausbruch des Zornes ich die Yamile von einst wiedererkannte. Bald darauf verhüllte sie sich mit ihrem Schleier und entfernte sich tatsächlich. Wie sie in der Richtung der Stadt verschwunden war, wurde ich Zeuge der schamlosesten und schlüpfrigsten Unterhaltung. Im Gebirge aufgewachsen, durch meine Leidenschaft geschützt, durch meine geistigen Beschäftigungen und meine Lektüre auf Edleres hingelenkt, war mir die Zügellosigkeit dieser Worte fremd und daß sie aus Frauenmunde kamen, war für mich eine doppelt peinliche Ueberraschung. Es schien mir, als wenn diese Münder Kröten ausspien. Ich wurde zugleich über die Sitten des Harems unterrichtet. Aber eine nur zu menschliche Schwäche war schuld, daß der Ekel mein Ohr nicht verschloß. Ich nahm alle diese Gifte in mich auf. Allmählich taten sie ihre Wirkung. Die physische Eifersucht, welche sie mit ihren rohen Schilderungen der Zärtlichkeiten Omars und Yamiles hervorriefen, brachte mich zur Raserei, bis zur Mordbegier. Beim Anhören dieser rein sinnlichen Geschöpfe wurde ich selbst wieder ein Wesen aus Fleisch und Blut. Mein Schmerz verlor seine Würde, seinen Adel. Er war bereit zur Rache und zum Verbrechen.

Als diese Frauen sich entfernten, war ihr abscheuliches Werk getan, sie hatten mich verändert. Ich kehrte mit dem Entschluß nach El Mine zurück, Butros die Promenaden Yamiles zu verraten, was ich die zwei vorangegangenen Tage unterlassen hatte. Vielleicht wäre ich im letzten Moment vor diesem Verrat zurückgewichen. Aber Butros brauchte meine Entdeckung nicht. Am Abend erzählte er mir die seinige.

Die Falken und die Wachtel.

Adib Saade, unser Gastgeber, mußte in Geschäftsangelegenheiten nach Beirut reisen und überließ uns sein Haus in El Mine. Wir waren die Herren darin. An diesem Abend erklärte mir Butros: „Morgen also geschieht es."

Ich war wie vor den Kopf geschlagen, daß er eine solche Entscheidung getroffen hatte, ohne mich zu Rate zu ziehen und fragte in zweifelndem Ton:

„Morgen?"

„Je," versetzte mein Kamerad, „morgen entführen wir meine Schwester. Alles ist vorgesehen: Ort, Stunde, Pferde, Geld."

Er sprach kein Wort zuviel. Ich wollte Genaueres wissen: „Der Ort? Ist es das Haus Omars?"

„Dort wäre es unmöglich, das Haus ist bewacht. Aber Yamile wird gegen Abend in einen vor dem Tor der Zitadellen gelegenen Friedhof geführt. Wir verbergen uns in einiger Entfernung mit unseren von Elias und Tanus gehaltenen Pferden. Der Posten ist bestochen. Und ebenso Nahil."

„Nahil?"

„Das ist die Frau, die den Haushalt leitet, sie hat die Schlüssel, bezahlt die Rechnungen, hat für das Essen und die Wäsche zu sorgen. Sie zu gewinnen, war nicht leicht."

Er brach in ein lautes Lachen aus, das mich empörte. Es war gleichwohl nur der für den Leiter dieses Unternehmens ganz natürliche Ausdruck der Freude, wenn er seinen Plan mittels einer List gelungen sieht; so freute sich Odysseus, wie er sich die Sache mit dem trojanischen Pferd ausgedacht hatte — falls wir meine klassischen Erinnerungen vom Gymnasium zu Antura nicht trügen. Ich konnte mich ruhig seinem Organisationstalent anvertrauen. Hatte ich nicht den Beweis dadurch, daß er über die Spaziergänge Yamiles außerhalb des Stadtbereiches orientiert war, daß er den kleinen Friedhof kannte?

„Hast du sie gesehen?", fragte ich und beneidete ihn fast um seinen Scharfsinn; ich fühlte wohl daß ich jetzt gewünscht hätte, meine Entdeckung für mich zu behalten.

„Wen? Nahil, sicher; und sogar im Hause Omars und ohne Schleier."

„Ich spreche von Yamile."

„Yamile? Nein, ich habe sie nicht gesehen, oder wenigstens nicht erkannt denn ich sah viele Frauen aus ihrem Hause gehen. Unterm Mandil gleicht ein Weib dem andern."

Wie schlecht hatte er beobachtet, da er seine Schwester nicht von den andern unterscheiden konnte! Ich lächelte mitleidig und ließ die Erzählung seiner Manöver über mich ergehen; er fieberte danach, sie zu berichten.

Als Händler verkleidet, das Gesicht künstlich gebräunt, sah er wie ein Beduine der Wüste aus; der Keffije machte ihn vollends unkenntlich; die ersten Tage beobachtete er das Kommen und Gehen aller, die durch den Torbogen Omars Haus betraten. Schon nach kurzer Zeit gelang es ihm, mit verschiedenen Dienern zu sprechen. Er erfuhr so, daß die beiden Gatten sich in Chrae ihrem Liebesrausch hingaben, auf Diwanen ruhten den unsichtbaren, im Hofe postierten Musikern zuhörten. Sie können sich denken, wie es mich quälen mußte, diese Schilderungen des Butros so kurz nach der im Friedhof vernommenen Unterhaltung zu hören.

Der eine der Diener, namens Ali, war von Butros in eine Hafenschenke geführt und wider alle Gesetze des Propheten mit Wein und Schnaps trunken gemacht worden; er hatte ihm über alle Vorteile aufgeklärt, die für die Dienerschaft aus einer derartig absorbierenden Leidenschaft erwuchsen.

„Du begreifst" sagte er, „die Aufsicht fehlt. Im Hause muß natürlich Ordnung herrschen; denn der Zorn des Gebieters ist schrecklich. Wenn man im Gebirge König auf der Jagd und Rosse gewesen ist, bleibt etwas davon selbst im Rausche übrig. Aber er hat eine offene Hand, lebt in einem Taumel und wir müssen das aus.

(Fortsetzung folgt.)

Außenminister Briand über Verständigungspolitik.

Paris, 30. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Kammer hat am Dienstag die Beratung des Haushalts des Ministeriums des Aeußern in einer Vormittags- und Nachmittagssitzung fortgesetzt. Nachmittags ergriff Briand das Wort und gab einen Ueberblick über die verschiedenen Probleme der internationalen Politik. In China sei ohne Zweifel eine nationalistische Bewegung festzustellen, der Frankreich jedoch nicht in die Arme fallen möchte. In den dunkelsten Teilen des Landes herrsche eine außerordentliche Feindseligkeit gegen die Fremden; es sei eine bedenkliche Propaganda, diese unkultivierten Schichten zur Niedermetzelung der Fremden aufzuhetzen. Frankreich habe in China die gemäßigste Haltung eingenommen. Französische Kanonenboote seien beschossen worden, ohne auf die Herausforderung zu antworten.

Dann ging Briand zu dem Verhältnis Frankreichs zu Italien über. Er erinnerte an die mehrfachen außerordentlich peinlichen Zwischenfälle der letzten Zeit, wegen derer der diplomatische Vertreter Frankreichs bei Mussolini Schritte unternommen und Genugtuung erhalten habe. Die guten Beziehungen seien wieder aufgenommen worden, und gegenwärtig trübe nichts die korrekten Beziehungen zwischen Frankreich und Italien. Italien habe Sorgen wegen seiner Ueberbevölkerung. Aber Frankreich habe großzügig sein Land und seine Kolonien der italienischen Auswanderung geöffnet, umso mehr müsse „der Familienzwist" aufhören.

Auf die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland eingehend, betonte Briand, daß Frankreichs Politik eine Politik des Friedens sei. Um den Frieden zu erreichen, müsse man darauf gefaßt sein, allerhand spöttischen Kritiken ausgesetzt zu werden. Wenn aber zwischen Frankreich und Deutschland keine Annäherung zustande komme, gäbe es nie einen dauerhaften Frieden. Der Völkerbund habe im Interesse des Friedens schon großes geleistet, wenn er dabei auch schwere Kämpfe mit „nationaler Selbstsucht" auszufechten gehabt habe. Aber eines Tages sei es ihm, Briand, als Präsident des Völkerbundsrats trotzdem gelungen einen Krieg zu verhindern, als die beiden Armeen sich schon gegenüberstanden. Die beiden Regierungen hätten sich dem Schiedsspruch des Völkerbundes unterworfen und die Waffen niedergelegt. Die Politik von Locarno sei ein Versuch gewesen, den Völkerbund praktisch auszudehnen. Es sei ohne Zweifel hoch einzuschätzen, daß Deutschland freiwillig ein Abkommen unterzeichnet habe, in dem es Frankreichs Grenzen anerkennt und darauf verzichtet, zur Regelung von Konflikten mit seinen Nachbarn zu den Waffen zu greifen. Dieses Abkommen sei rechtskräftig geworden mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Mehrere Redner hätten von „Enttäuschungen" nach der Besprechung von Thoiry gesprochen. Man dürfe aber nicht vergessen, daß seither erst drei Monate verflossen sind. Die Besprechung von Thoiry sei nur eine von zahlreichen ähnlichen Besprechungen gewesen, die Locarno folgten. Stresemann und er, Briand, hätten es als selbstverständlich angesehen, durch Besprechungen alle Schwierigkeiten zu regeln, die sich zwischen Frankreich und Deutschland ergeben könnten.

Frankreich stehe nicht im Rheinlande, um Deutschland herauszufordern; das Rheinland sei besetzt, weil es ein Pfand darstelle. Die Bestimmungen eines Friedensvertrages könnten, wenn beide Unterzeichner einverstanden seien, ganz gut humaner gestaltet werden, und ebenso könnte eine Besetzung erleichtert werden. Briand warnte dann die Kammer vor den zahlreichen Kommentaren, die sich an die Unterredung von Thoiry und besonders an die Reichstagsreden von Stresemann und Wirth angeschlossen hätten. Stresemann sei ohne Zweifel mit ihm in mehreren Punkten uneinig; aber das sei gerade der Sinn und der Zweck der Diplomatie, sich über Unstimmigkeiten auszusprechen. Deshalb könne eine Besprechung zwischen zwei Ministern in einem Wirtshause nicht plötzlich die Lage zwischen Frankreich und Deutschland umstülpen und eine blutige Vergangenheit auslöschen. Die Hauptsache sei der gute Wille auf beiden Seiten. Das hätten auch die Völker eingesehen, als sie damals ausriefen: „Endlich sprechen sich die beiden aus." (Lebh. Beifall links.) Briand betonte dann, daß er den unumstößlichen Willen habe, eine neue Katastrophe zu vermeiden. In einem neuen Kriege gäbe es weder Sieger noch Besiegte. Es wäre der Zusammenbruch Europas. Frankreich sei stolz darauf, daß es den Frieden wolle. Es wolle natürlich nicht den Frieden ohne Sicherheit. Deshalb müsse die Völkerbundskontrolle an die Stelle der gegenwärtigen Militärkontrolle treten und die Frage der deutschen Entwaffnung endgültig geregelt werden. Gewiß sei der Weg zur deutsch-französischen Verständigung lang, aber man werde ihn bei gutem Willen auf beiden Seiten zurücklegen. Ueberall spreche man von „nationaler Einigkeit", ganz besonders in Frankreich. Man täte besser, diese nationale Einigkeit endlich in der auswärtigen Politik durchzuführen. Frankreich sei nach seiner Ueberzeugung entschlossen, „die Nebel" die noch über dem Lande lasten, abzuschütteln und den Weg des Friedens zu wählen.

Briand streifte dann in kurzen Worten die Rede Dr. Wirths, in der er im Reichstag ausführte, Deutschland habe ein Opfer gebracht, indem es in den Völkerbund eingetreten sei und Locarno unterzeichnet habe. Diese Darstellung Dr. Wirths sei unrichtig. Der Eintritt in den Völkerbund sei kein Opfer, sondern eine Ehre. Opfer habe Frankreich gebracht. 20 Prozent der beschlagnahmten Wohnungen im Rheinland seien den Besitzern zurückgegeben worden; eine weitgreifende Amnestie sei erlassen, neun Zehntel der deutschen Forderungen seien erfüllt worden. Frankreich habe das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt. Das bedeute nicht einen Bankerott seiner Politik. Diese Zugeständnisse habe es gemacht, um die Beziehungen zwischen den beiden Völkern zu verbessern. In der Tat sei auch sofort eine Besserung eingetreten, und die beiden leitenden Außenminister hätten sich ausgesprochen. Das sei bereits ein großer Fortschritt. Vielleicht sei Locarno ein verfrühter Versuch gewesen. Trotzdem glaube er, daß dieser Versuch dem Empfinden der weitaus größten Zahl der Franzosen entsprochen habe. Man habe ihm den Vorwurf gemacht, daß er in Genf einen Fehler gemacht habe, als er dort den Edelmut Deutschlands unterstrich. Wenn das ein Fehler sei, so mache er sich eine Ehre daraus, ihn begangen zu haben. (Lebh. Beifall auf der Linken.)

Wahlkampf in Ungarn. Am 16. November ist die ungarische Nationalversammlung aufgelöst worden. Der Wahlkampf vollzieht sich im Zeichen der bekannten Horthy-Methoden. Schon das Wahlrecht allein verhindert, daß der Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommt. Nur in einigen Wahlbezirken gibt es geheime Abstimmung. In allen anderen, darunter große Industrieorte und die Bergwerksbezirke, ist die Abstimmung öffentlich. Das bedeutet, daß in allen diesen Bezirken die Arbeiterschaft unter den Druck der Behörden gestellt wird, die bewußt im Dienst der Regierungspartei arbeiten. Das Wahlgesetz macht die Propaganda fast unmöglich, indem die Verwendung von Plakaten und Flugschriften nahezu überall verboten ist. Dort, wo Plakate gestattet sind, dürfen sie keinen anderen Inhalt als die bloße Ankündigung der Versammlung haben und so wurde ein Wahlplakat der Sozialdemokraten beschlagnahmt, weil es außer der Angabe von Zeit und Ort der Versammlung noch die Worte „mit brüderlichen Grüßen" enthielt. Für jede Versammlung ist eine besondere Erlaubnis der Behörden notwendig, die von diesen häufig unter dem lächerlichsten Vorwand verweigert wird. So wurden Versammlungen untersagt, weil sie der Polizeibehörde überflüssig erschienen oder weil die Sozialdemokratie bereits genügend Versammlungen abgehalten habe. Die Sozialdemokratische Partei stellt in allen Bezirken Kandidaten auf, wo die Abstimmung geheim ist. Dazu gehören Budapest, die Vororte und sieben größere Städte. Daneben wird auch der Wahlkampf in manchen Wahlkreisen mit offener Abstimmung geführt. Insgesamt stellt die Sozialdemokratische Partei in 42 Wahlbezirken 62 Kandidaten auf.

Juwelenräuber Spruch vor Gericht.

Urteil: 6 Jahre, 2 Monate Zuchthaus.

Am Dienstag begann vor dem Schöffengericht Charlottenburg der Prozeß gegen den Berliner Juwelenräuber Hans Spruch. Wegen Hehlerei hatten sich gleichzeitig seine Schwester Charlotte und die Filmstatistin Else Ringhausen zu verantworten. Spruch, der in der Untersuchungshaft zwei Bände Lebenserinnerungen geschrieben hat, gab zunächst eine Schilderung seines Lebenslaufes. Er erwähnte dabei verschiedene Streiche, die er in seiner Schulzeit ausgeführt hat. Sie weisen darauf hin, daß er schon als Junge außergewöhnlich sensationslüstern war.

Mit acht Jahren schnitt Spruch auf einem Fuhrwerk zwei Säcke mit Mandeln an und verteilte den Inhalt unter die Kinder. Ein andermal ließ er bei einem Zuckerbäcker ein Faß mit Strup auslaufen und beschmierte mit dem Inhalt die Kinder. Im zwölften Lebensjahr machte er einen ersten Selbstmordversuch, da er sich eine Tracht Prügel des Vaters so zu Herzen genommen hatte. Eisenbahnbeamte fanden ihn rechtzeitig und brachten ihn nach Verabreichung einer weiteren Tracht Prügel nach Hause. In jener Zeit hatte er auch eine ausgesprochene Vorliebe für Waffenkataloge und für Zauberbücher. Die Waffenkataloge erhitzten seine Phantasie so sehr, daß er sich im Geiste als Farmer in Südafrika oder als Jäger in den Dschungeln Indiens sah. In der kaufmännischen Lehre hielt er es nirgends lange aus, da ihm die Tätigkeit zu langweilig war. Im Kriege drang er nach seiner Ausbildung darauf, rasch an die Westfront zu kommen, da ihn die Senegalneger, die Australier und Kanadier besonders interessierten. Spruchs Verteidiger wies darauf hin, daß in der Familie des Angeklagten eine schwedische Erbschaft über 180 Millionen Dollars, die von einem im Jahre 1669 verstorbenen Minister herrühren soll, eine große Rolle spielt. Die drei Geschwister seien in dem Glauben erzogen worden, daß sie in den Besitz dieser Erbschaft kämen. Der ganzen Familie habe sich eine grenzenlose Enttäuschung bemächtigt, als nach dem Kriege aus dieser Erbschaft nichts wurde.

Wegen einer Liebesgeschichte verübte Spruch im Jahre 1921 einen zweiten Selbstmordversuch, dem später ein dritter folgte, wozu er sich zwei Mauserpistolen und 400 Schuß Munition gekauft hatte. Auch hier hatte es ihm ein Mädchen angetan, vor dessen Augen er sich erschießen wollte. In der Zwischenzeit war er beim Selbstschutz in Oberschlesien. Als es ihm später immer schlechter ging und sein Handel mit Schrubbern nicht viel einbrachte, verfiel er schließlich auf die Idee, einen großen Coup auszuführen. „Ich hatte mir gesagt", erklärte Spruch, „daß ich nicht als kleiner Mann ein ungeachtetes Leben führen wollte." Zunächst versuchte er es auf dem Wege des Sportsmannes und gab sich als Meisterboxer von Schlesien aus. Dann erwog er weitere Wege, zu einem Namen zu kommen: den des Politikers, den des Künstlers und schließlich den des Abenteurers. Er grübelte lange, welches noch nicht dagewesene Abenteuer er beichen könnte. Im Sommer sei er dann viel im Kino gewesen und haben unter anderem auch die Filme „Der Abenteurer" und „Die Todesfahrt" gefehlen. Dann sei ihm die Polizeiausstellung zu Hilfe gekommen. Da habe er sich gesagt: „Junge, Junge, da kannst du Aufsehen erregen! Es muß ein Ding gedreht werden, daß ganz Berlin und alle Welt Kopf steht. Die Zeitungen müssen spaltenlange Artikel bringen und auf den Straßen müssen Extrablätter verteilt werden. Ich wollte mit einem Schlage in ganz Europa berühmt werden, denn das Dasein ekelte mich an. Der Polizei wollte ich Gelegenheit geben, zu zeigen, was sie kann. Ich wollte nach der Tat der Polizei immer wieder neue Winke geben, um ununterbrochen Aufsehen zu erregen. Aber es kam anders; „der Mensch denkt und Gott lenkt."

Der Angeklagte schilderte dann die Ausführung der Tat und versicherte, bei der Abgabe des Schusses habe er niemand verletzen wollen. Die Flucht durch das Kaufhaus des Westens sei schon vorher verabredet gewesen. Als er dann verhaftet worden sei, habe er furchtbar gelacht, daß er in eine solche Falle gegangen sei. Er habe dafür die Sache mit Sonja aufgebracht, die er so schön beschrieben habe, daß alle begeistert gewesen seien.

Spruchs Schwester Charlotte erklärte bei ihrer Vernehmung, daß ihr Bruder ihr gegenüber niemals von dem Raubüberfall gesprochen habe. Nach dem Ueberfall sei er zu ihr gekommen und habe ihr, ohne sich auszusprechen, nur eine Menge Juwelen in die Hand gedrückt. Else Ringhaus erzählte bei ihrer Vernehmung, wie sie Spruch im Hotel rheinische Lieder vorsingen und vortanzen mußte, angeblich um ihn zu trösten, weil ihn seine erste Liebe verlassen habe. Dafür habe er ihr eine Kette und eine Uhr gegeben.

Während der Staatsanwalt wegen schweren Raubes eine Zuchthausstrafe von insgesamt 8 Jahren 3 Monaten gegen Spruch beantragte, lautete das Urteil wegen schweren Raubes, Nötigung und unbefugten Waffenbesitzes auf eine Gesamtstrafe von 6 Jahren 2 Monaten Zuchthaus und auf 5 Jahre Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Charlotte Spruch und Else Ringhaus wurden wegen Hehlerei zu 5 bzw. 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die französischen Senatswahlen.

Aus Paris wird uns geschrieben:

In einigen Wochen, in den ersten vierzehn Tagen des Monats Januar, werden Senatswahlen stattfinden. Der französische Senat erneuert sich alle drei Jahre für ein Drittel. Die Gewählten sind also Abgeordnete für neun Jahre.

Wir möchten über den Mechanismus des Gesetzes einige Aufklärungen geben. Es handelt sich nicht um allgemeines, sondern um ein äußerst beschränktes Wahlrecht.

Die Wahl findet in den einzelnen Departements statt. Alle ihre Zivilrechte besitzenden Franzosen, die 40 Jahre erreicht haben, sind wählbar. Von rechtswegen sind die Deputierten, die Generalräte und die Kreisräte Wähler. Die Gemeinderäte wählen das Hauptkontingent des Senatskollegs, die nach ihrer Bedeutung verschieden ist. Doch ist das Mißverhältnis der Städte gegenüber dem Lande sehr stark. Ganz Paris verfügt nicht über mehr Wähler als ein mittleres Departement der Provinz, obgleich seine Einwohnerzahl viel größer ist.

Um von der kleinen Anzahl französischer Bürger, die zur Wahl der Senatoren herbeigezogen werden, im Vergleiche mit der Bedeutung des allgemeinen Wahlrechtes eine Idee zu geben, wird ein Beispiel genügen.

Im Departement der Saône et Loire nehmen 170 000 Wähler an den Wahlen zur Kammer teil, um 8 Abgeordnete zu erneuen. Doch 1200 Wähler nur haben das Recht, zur Wahl von 5 Senatoren vor den Urnen zu erscheinen.

Man kann sich denken, daß ein solches System nicht oft mit einer genauen Richtigkeit zusammenfällt. So haben in dem ebengenannten Departement die Sozialisten 68 000 Stimmen bei den Wahlen zur Kammer erhalten, während die Radikalen kaum auf 20 000, die Reaktionäre auf 45 000 und die Kommunisten auf 6000 kamen.

Trotzdem hält die radikale Partei die fünf Senatssitze inne und in der Januarwahl wird sie wahrscheinlich sie weiterhin beibehalten. Nur weil ihr die erworbene Sachlage, die Auswahl der Senatswähler und auch die Spaltung der anderen Parteien zu gute kommen; ziehen doch die Reaktionäre die Radikalen den Sozialisten vor, wie letztere ihrerseits den Reaktionären die Radikalen vorziehen. Die Radikale Partei spielt so ein Doppelspiel und gewinnt ein Spiel, daß sie, ihren eigenen Kräften überlassen, sicher verlieren würde. Wie weit sind wir aber von der ehrlichen und normalen Auswirkung der demokratischen Prinzipien entfernt!

Ein letztes Wort noch über das Stimmsystem. Die Wahl findet nach der Mehrheitsregel, nötigerweise bei drei Wahlgängen, statt. Beim ersten und zweiten Gang werden die Kandidaten, die die absolute Mehrheit erreicht haben, für gewählt erklärt. Beim dritten, wenn er nötig ist, sind diejenigen gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen, welches auch die Stimmenanzahl sei.

Um vollständig zu sein, bleibt uns noch eine Prognose zu machen übrig. Man nimmt für wahrscheinlich an, daß die Rechte und die Gemäßigten ungefähr zwanzig Sitze verlieren können, die Sozialisten und Radikale gewinnen werden. Es wäre möglich, daß die Sozialisten mehr als die Hälfte dieser Siege davontragen. In diesem Falle würde ihre Senatsgruppe — in den letzten Jahren hatten nur einzelne in den Senat eindringen können — von 6 auf 16 oder 20 steigen.

Vater, Mutter

und die Kinder trinken gern „Seelig's kand. Kornkaffee", weil er durch die eigenartige Kandierung so vollmundig und kräftig schmeckt: — Sie ist es, die ihn seit 40 Jahren beliebt macht! Bitte probieren Sie ihn:

„Seelig's kand. Kornkaffee"

1 Pfundpaket nur 50 Pfennig.

Aus aller Welt.

Berlins Ehrenbürger Michelet gestorben.

In der Nacht zum Dienstag ist der älteste Ehrenbürger der Reichshauptstadt, der frühere Stadtverordnete und langjährige Stadtverordnetenvorsteher Paul Michelet im Alter von 91 Jahren gestorben. Michelet war ein Führer des alten Kommunal-Freisinns, dessen kommunalpolitischer Betätigung Berlin außerordentlich viel zu verdanken hatte. Den Posten des Stadtverordnetenvorstehers hatte er von 1908 bis zur Revolution inne. Im Jahre 1913 war er zum Ehrenbürger gewählt worden. Von einer alten französischen Emigrantenfamilie entstammend, war er im Herzen Berlins, Ecke Leipziger und Jerusalemer Straße geboren. Die Stadt Berlin gewährt dem Verstorbenen ein Ehrenbegräbnis.

Von den Schwerverletzten der Explosionskatastrophe auf Zeche de Wendel

ist am gestrigen Tage der Bergmann Sehlhoff im städtischen Krankenhause gestorben, so daß die Zahl der Todesopfer sich auf sieben erhöht hat. Drei der Schwerverletzten schweben noch in Lebensgefahr.

Der Strafantrag gegen die Leipziger Kriminalbeamten.

In dem Prozeß gegen die Leipziger Kriminalbeamten Rouvel und Genossen beantragte der Staatsanwalt am Dienstag nach zwölftägiger Verhandlung gegen Rouvel 8 Jahre Zuchthaus, Kühle und Schäfter 5 bis 6 Jahre Zuchthaus, Grandke 3 bis 4 Jahre Zuchthaus. Gegen die mitangeklagten Taschendiebe wurden wegen Bandendiebstahls und Beamtenbestechung beantragt: Gegen Srebnick und Eisekowicz je 4 bis 5 Jahre Zuchthaus, Amster 8 Jahre Zuchthaus, Wagschal 2 bis 3 Jahre Zuchthaus und Rubin 4 Jahre Zuchthaus. Das Urteil ist erst Ende der Woche zu erwarten.

Grausame Behandlung eines Ehemannes.

Der Bauer Preß in Bannholder (Kreis St. Wendel), jetzt 33 Jahre alt, war im Jahre 1923 plötzlich verschwunden. Alle polizeilichen Ermittlungen waren zwecklos. Die Ehefrau klagte auf Scheidung wegen böswilligen Verlassens des Mannes, die denn auch ausgesprochen wurde. Nunmehr wurde der Ehemann in einem Versteck auf dem Heuboden des Hauses der Ehefrau völlig verkommen, abgemagert und entstellt aufgefunden. Die gerichtliche Feststellung ergab, daß der Ehemann seit drei Jahren von seiner Frau verborgen gehalten wurde. Das Essen wurde ihm nur kärglich gereicht. Sein Zustand machte die Ueberführung ins Krankenhaus notwendig.

Wichtige archäologische Funde in der Nähe von Neapel.

Eine interessante Entdeckung wurde beim Bau der neuen Eisenbahnstrecke Rom—Neapel zwischen Aversa und Vico di Pantano gemacht. Beim Graben hinter dem Friedhof von Frignane Piccolo legten Arbeiter, 16 Fuß unter der Oberfläche, sieben Gräber frei, die in den Tuffstein hineingehauen waren. Man fand hier zahlreiche, zum Teil sehr schön geschmückte Vasen und Amphoren, die dem dritten vorchristlichen Jahrhundert angehören und Malereien im etruskischen Stil aufweisen. Die Arbeiter verbargen viele dieser Funde, aber sie wurden zum Teil bei einem Händler wieder entdeckt und 33 Stück sind bereits gerettet. Auch 12 Alabasterstatuen nebst römischen Waffen sollen gefunden und beiseite gebracht worden sein. Man ist bereits auf ihrer Spur. Der Ort, an dem die Schätze gefunden wurden, befindet sich im Verlauf der Via Appia.

Noch eine neue Landeshauptstadt.

Nachdem Australien sich in der Riesenschöpfung des so zu sagen aus der Erde gestampften Canberra eine neue Hauptstadt geschaffen hat und auch in Indien das seit Jahrzehnten vernachlässigte Delhi mit gewaltigem Aufwand zum neuen Sitz der Zentralregierung ausgebaut worden ist, will auch die südamerikanische Republik Brasilien, die reichlich so groß ist wie ganz Europa, sich eine neue Bundeshauptstadt schaffen. Rio de Janeiro gilt zwar als eine der schönsten Städte der Welt, aber es leidet, abgesehen vom Klima, unter all jenen Unzuträglichkeiten, denen Städte unterliegen, die aus kleinen Anfängen heraus die Entwicklung zur Großstadt genommen haben. Die brasilianische Regierung will sowohl aus verwaltungstechnischen wie strategischen Gründen die neue Hauptstadt weiter ins Land hinein verlegen, und zwar wird sie ihren Platz im Staate Goyaz, zwei Tage Eisenbahnfahrt von Rio de Janeiro entfernt, finden. Abgesehen von dem Wunsch, Brasilien eine seiner Größe und seinem Reichtum würdige Hauptstadt auf großzügigste Anlage berechnet, gewissermaßen anmessen zu lassen, dürfte der Plan auf die Absicht der Regierung zurückgehen, die teilweise recht selbstherrlich gewordenen Einzelstaaten unter die straffere Kontrolle eines stärker zentralisierten Regierungssystems zu bringen.

Stadttheater
Mittwoch, 7 Uhr
„Tannhäuser"
Donnerstag, 8 Uhr.
Abonnements-Vorstell. Serie E 5
„Samson und Dalila"
Freitag, 8 Uhr:
Erstes Gastspiel
Maria G. Németh
Staatsoper Wien.
Der Troubadour

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 36300.
Täglich 8 Uhr:
Die sehenswürdige Operette
„Die Zirkus-Prinzessin"
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
„Die leichte Zsabell"

Lobe-Theater
Tel. Ring 6774
Mittwoch, nachm. ½4 Uhr:
Halbe Preise!
„Maria Stuart"
Mittwoch, Donnerstag abends 8 Uhr:
Hamlet
Prinz von Dänemark

Thalia-Theater
Tel. Ring 6700
Mittwoch, Donnerstag abends 8 Uhr:
Rose Bernd

Pfeifen-Raucher
kaufen Stump.-Abschn. feinster Uebersee-Tabak
Probe-Düte 50 Pf.
C. Kretschmer Schmiedebrücke 29 b

Weihnachts-Kaffeestunde
der Breslauer Hausfrau

Donnerstag, den 2. Dezember 1926
nachmittags 3 Uhr
im Schießwerder 14656

Weihnachtliche Darbietungen
Reichhaltiges Programm
Hauswirtschaftliche Messe

Näheres siehe Anschlagsäulen!

Brauerei und Ausschank
Zum großen Meerschiff
Reuschestraße 28. Inh. Erich Vogel.
2 Minuten vom Königsplatz. Fernsprecher Rg. 2258.
Der Ausstoß von
Bockbier
hat begonnen.
4578

Victoria-Theater – Tel. Rg. 2297
Heute ringen:
Benold gegen Brylla
Pooskoff „ Budrus
Prohaska „ Thompson
Zilch „ Kawan
Vorher Variété-Theater.

Teilzahlung gestattet!
Sprechapparate
Schallplatten
Mandolinen
Ziehharmonikas
Lauten – Violinen.
Alle Reparaturen und Ersatzteile billigst.
Mücke, Weidenstraße 7.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung
Mittwoch, 8. Dezember, abends 7½ Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses:
Jahres-Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Vorstandswahl.
4. Organisationsfragen. Delegiertenwahl.
5. Die Verschmelzung.
6. Verschiedenes.
3132

Liebich-Theater
Heute Mittwoch
den 1. Dezember, abds. 8 Uhr
Première
Sensations-Gastspiel
Zaubermeister Kassner
Die 100 Minuten-Schau des Übersinnlichen
Dazu ein
Internationales Varieté-Programm:
Karl Kremo Familie
Die weltberühmten Ikarier.
Karl Edler
Das größte Sprechwunder.
J. & L. Rätia
Die Tanz-Revue.
M. Beasy's
dressierte Katzen.
Joe Gilbert
Die Sprungseil-Sensation. 14660
Die billig. Einheitspreise v. 50 Pf. an
Jeden Sonn- u. Feiertag, nachm. 3½ Uhr
Familien- und Kinder-Vorstellung
Das volle Programm zu ermäßigt. Preisen
Vorverkauf ununterbrochen Theaterkasse und Verkehrsbüro Barasch.

Vollständiger Ausverkauf
wegen Geschäftsaufgabe zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Pelz
Auto- und Sportpelze
Decken, Fußsäcke
-Westen mit u. ohne Aermel
-Joppen alle Größen
-Hosen für Bahner
-Jacken für Damen
-Kragen auch für Herren
-Futter } in allen
-Besätze } Fellarten
Hüte und Mützen
Skunks-, Alaska-, Kreuz- und Silberfüchse
Ausgearbeitete Katzenfelle 6240
A. Schacher Kupferschmiedestraße **44**

Was Müller hat an lieben Menschen,
sitzt auf dem Land (so: Richtung Berlin).
Terrorisiert, indifferent,
der Müller ist im Element:
schickt „Lachen links", die Freud' ist groß.
So wirbt man gut und kostenlos!
G.

Abonniere „Lachen links" (Nr. 25 Pf.) beim Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, bei den Zeitungsbot. od. durch uns. Buchhdlg.

Volkswacht-Buchhandlung, Breslau,
Neue Graupenstraße 5 und Neue Taschenstraße 11.

Gebirgs-Wacholdersaft
blutreinigend, Stoffwechsel und Appetit anregend, zur Blutreinigung usw. Bei gichtischen und rheumatischen Leiden bewährt. Zur Verstärkung der Kur dient „Präparierter Wacholderöl". Nur echt in
Apotheke zur Hygiea
Breslau, Tauentzienstraße 91, Ecke Grünstraße. Tel. R. 1992

Der moderne
Wintermantel 21.–
in den modernsten Formen und zu haltbaren Qualitäten 32.–, 29.–, 26.–
bis zu den besten Fabrikaten.
Herren-Kleiderfabrik Albrechtstr. 41
(Kein Laden.)
7151

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Weihnachtsgeschenk
für die Halle
Echte Fuchse, Schakale hochelegant verarbeitet 23.50
Große gute Pelzkittel 18.00
Herren-Pelzkragen 7.50
Felle in allen Arten in großer Auswahl 2.50
Pelz-Niederlage, Hirschgasse 50, I.

Immer war
es mein Bestreben, durch Großeinkäufe und Ausnützung jahrzehntealter Verbindungen beste Ware zu billigsten Preisen zu liefern
Immer wird
es mein Bestreben bleiben, meine Billigkeit und die Qualität meiner Waren auf unerreichter Höhe zu halten
Immer bleibt
es also Ihr eigenster Vorteil, bei mir Ihren Bedarf zu decken. Deshalb auf in
die Oder
straße 3 **Mein Weihnachtsangebot**
Laubsägekasten . . von 1.40 an
Schraubstöcke . . von 0.75 an
in allen Preislagen
Handbohrmaschinen von 3.25 an
Taschenlampen, Stabbatterie, vernickelt 0.75
Rasierapparate, Ia Qualität 0.95
in großer Auswahl bei billigsten Preisen.
Portieren-Stangen 14659
komplett, rein Messing . . 3.45
vermessingt 1.80
Kaffeemühlen, Ia 1.95
Brotbüchsen, Ia Emaille . . 4.85
Isolierflaschen mit Garantie . 1.10
Teeglashalter mit Glas . . 0.55
Werkzeuge
Oefen :: Haus- und Küchengeräte
Sie ersehen aus vorgenannten Preisen selbst
das Zentrum
Breslaus ist und bleibt die
Eisenhandlung Zentrum Oderstraße 3
1. Viertel vom Ring.

Albert Endell
Tapezierer u. Dekorateur
Karlsstraße 11 part.
Uebernahme von Wohnungseinrichtungen, Anfertigung u. Umarbeitung von Polstermöbeln und Matratzen. Legen von Linoleum. Einrichten u. Anmachen von Gardinen und sonstigen Dekorationen bei bester Ausführung und billigster Preisberechnung.

Buchdruckerei Volkswacht
Flurstraße 4/6

Kleine Anzeigen
sind kompreß gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. s. nur von Privaten. Wort 3 Pfg., fett 4 Pfennige

Konzert-Harmonika, dreireihig (Sternberg) bill. zu verkaufen bei Lehmann, Georgenstraße 17 27

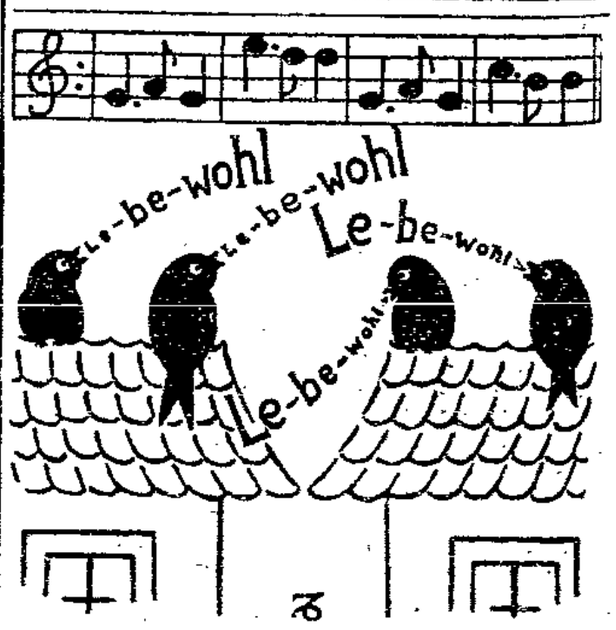
Gutr. Herren-Paletot und Herren-Anzug (groß, schlank) billig zu verkaufen Bahnhofstraße 32, II. links. 852

Arbeitsmarkt

Schneider
auf Kammgarn-Sakkos und Mäntel, nur gute Arbeiter, Reichstatif Serie III, melden sich mit Probestück und Ausweis bei
Schlesinger & Grünbaum
Büttnerstraße 32/33. 7123

Schirmnäherinnen
können sich stets melden
A. Ehrmann & Co.
Schweidnitzer Straße 38/40
14651

ZIEHUNG 18. DEZEMBER
Arbeiterwohlfahrt
Weihnachts-Lose
50 Pf.
PORTO UND LISTE 25 Pf. EXTRA
165302 GEWINNE IM WERTE VON MK
811500
HAUPTGEWINNE IM WERTE VON MARK
50000
25000
20000
15000
Gr. S. W. Kr. S. W.
Glücksbrief mit 10 Losen einschließl. Porto u. Liste 5 Mk.
Zu haben in allen durch Plakate kenntlich gemachten Stellen



6. **Ihr Spatzen, pfeift es von den Dächern,**
Verkündet's zu der Menschheit Wohl:
Es gibt ein Hühneraugenmittel,
Das ist und bleibt „Lebewohl"*)!

Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl mit druckmilderndem Filzring für die Zehen und Lebewohl-Ballenschutzringe für die Fußsohle, Blechdose (8 Pflaster) 75 Pf., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pf. erhältlich in Apotheken und Drogerien. 1465

Für die Redaktion verantwortlich: Franz Zimmer, für den Anzeigenteil: Max Lehmann. — Redaktion: Zimmerplatz 3. — Hauptexped.: Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 1. Dezember

Im Dezember.

Er bringt uns nun endgültig den Winter. Sein Vorgänger war in diesem Jahre ein launischer Geselle. Zwischen trüben Nebeltagen schenkte er uns auch eine Reihe schöner, warmer Sonnentage, an denen man wähnte, anstatt im Herbst, im Frühling zu leben. Im Dezember sind solche Tage in der Regel schon seltener. Immer trüber, dunkler und kürzer werden die Tage. Tief hängen oft die mit Schnee gefüllten Wolkensäcke über dem Land. So schwer und dicht, daß oft ihr schwaches Gewebe reißt und große, weiße Flocken vom Himmel heruntertanzen und alles, Täler und Berge, Felder und Wälder, Dörfer und Städte, in eine dichte, weiße Decke hüllen.

Die Kinder jubeln. Nichts Schöneres gibt es dann für sie, als so nach Herzenslust im Flockenreigen herumzutollen, heiße Schneeballschlachten zu schlagen und jauchzend auf leichtem Schlitten die Abhänge herunterzusausen.

Die Eltern aber seufzen. Der Verdienst ist gering. Viele haben überhaupt keinen. Und doch stellt gerade der Winter alle Jahre so große Anforderungen an den Geldbeutel. Besonders, wenn er lang und hart ist, denn wer sitzt gern in der kalten Stube? Dem Ofen aber muß man eine Schaufel Kohle nach dem anderen zu fressen geben, wenn er jene behagliche Wärme spenden soll, in der sich die Menschen nun einmal erst wohlfühlen. Muß man auf die kalte Straße hinaus, o wie schön ist es dann, wenn man sich einen schützenden Schal um den Hals legen und einen warmen Mantel anziehen kann. Wie vielen wird aber gerade das alles in diesem Winter wieder fehlen?

Tausende und Abertausende laufen arbeitslos in der Stadt herum. Wo sollen sie das Geld hernehmen, um sich vor der winterlichen Unbill zu schützen? Die karge Unterstützung langt kaum zum Sattessen. Beharrlich aber lehnen bürgerliche Regierungen und Parlamentsmehrheiten es ab, die Arbeitslosen wirksam vor Hunger und Kälte zu bewahren.

Millionen von Menschen ins Unglück stürzen — das können sie wohl, die Vertreter und Verteidiger der Klassengesellschaft, aber dann den Unglücklichen wieder aus der Not heraushelfen, das können sie n i c h t! Da versagen ihre von ihnen selbst so oft und mit so großem Stolz gepriesenen wirtschaftlichen Fähigkeiten.

Dafür feiern sie aber, wenn der Dezember und damit das Jahr sich ihrem Ende zuneigen, mit großem Gepränge und mit viel Gefühl das „Fest der Liebe", den Geburtstag des Messias, der vor nahezu zweitausend Jahren auf die Erde kam, um den Menschen die Nächstenliebe zu lehren und sie besser und edler zu machen.

Daß sie es nicht geworden sind — wir wissen es. Zwar ziehen alle Jahre in der vorweihnachtlichen Zeit fromme Diener der Kirche und vornehme Damen der „Gesellschaft", nach Auszeichnungen lüsterne Spießer und spekulative Zeitungsunternehmer mit dem Klingelbeutel herum, um zu beweisen, daß auch im Busen der Wohlhabenden ein Herz für die Armen und Schwachen schlägt. Doch, es ist eine eigenartige Wohltätigkeit, die erst durch allerlei Genüsse und Amüsements oder durch die Aussicht, für den bewiesenen Edelmut in der Zeitung genannt und gelobt zu werden, bei den Wohltätern erzeugt werden muß.

Aber so ist sie nun einmal, die bürgerliche Klassengesellschaft:

„Hand wird nur von Hand gewaschen,
Wenn du nehmen willst, so gib!"

Und sie glaubt, mit ein paar in einer lichten Stunde gereichten Gaben sich frei zu machen von ihrer Schuld an den vielen Tausenden darbender Menschen, die ihre Unfähigkeit und Selbstsucht ins Unglück stieß.

Sie ist es schon längst wert, aus der Welt zu verschwinden, um einer besseren Ordnung der Dinge Platz zu machen, in der a l l e Menschen ein R e c h t auf Licht in ihrem Leben haben. Dann erst wird „die Zeit erfüllet" und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen sein!

Die Geschäfte am silbernen und goldenen Sonntag.

Für die letzten beiden Sonntage vor Weihnachten, den 12. und 19. Dezember, wird die Zeit von 1½ Uhr bis 6 Uhr nachmittags als Verkaufszeit für alle Zweige des Handelsgewerbes, soweit stehender Handel in Frage kommt, freigegeben. Das Gleiche gilt für den auch dieses Jahr wieder hier stattfindenden Christmarkt. Das Zuendebedienen über 6 Uhr hinaus ist nicht gestattet. Die für einzelne Gewerbebetriebe an Sonn- und Feiertagen sonst freigegebenen Verkaufsstunden bleiben bestehen.

Gleichzeitig wird der Straßenhandel mit Eßwaren, Blumen, geringwertigen Gebrauchsgegenständen, Erinnerungszeichen und ähnlichen Gegenständen auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, soweit diese nicht für den Straßenhandel verboten sind, an den genannten Tagen in der Zeit von 3 bis 6 Uhr nachmittags gestattet.

Um die Baracken am Neumarkt.

Der Magistrat schreibt:

Nachdem die Baracken am Blücherplatze beseitigt worden sind, ist der Ruf immer lauter geworden, daß auch die Baracken auf dem Neumarkte abgebrochen werden mögen. Insbesondere sind es die Anwohner, die sich über allerhand Mißhelligkeiten beklagen. Der Magistrat hat sich der Berechtigung dieser Wünsche nicht verschlossen und hat möglichst baldige Abhilfe zugesagt. Leider wird es nur nicht möglich sein, die Baracken noch vor Ende dieses Jahres abzureißen, da der bevorstehende Winter und die Ueberfüllung des Asyls für Obdachlose auf der Schuhbrücke die Weiterverwendung der Baracke als Notunterkunft erforderlich machen. Erst im Frühjahr 1927 wird die Gebäudeanlage vom Wohlfahrtsamte endgültig aufgegeben und der Platz geräumt werden können.

Vom Psychotechnischen Institut Breslau.

Die niederschlesische Provinzialverwaltung veranstaltete in den letzten Wochen in Görlitz, Bunzlau, Waldenburg, Groß-Wartenberg und Breslau sehr interessante Bezirkskonferenzen für Berufsberatung. Bei dieser Gelegenheit berichtete in öffentlicher Versammlung der Leiter des Psychotechnischen Instituts beim Berufsamt der Stadt Breslau, Dr. R o s e, zum Teil unter Vorführung von Lichtbildern, über die psychotechnische Feststellung der geistigen Veranlagung. Jede Arbeit enthält Elemente der geistigen Tätigkeit, daher muß jede psychotechnische Prüfung neben der sinnesphysiologischen Anlagen-Ermittlung, sei es etwa des Augenmaßes, der Gelenkempfindung usw., auch die wesentlichen geistigen Funktionen überprüfen. Es handelt sich dabei um allgemeine Intelligenzprüfungen, die etwa nötig werden bei der Einschulung in höhere Lehranstalten, oder bei der Feststellung des Entwicklungsstandes eines Schwachbefähigten. Ferner werden besondere Prüfungen spezieller geistiger Veranlagung notwendig beim Berufswechsel oder bei der Eingliederung in einzelne Berufe, wie etwa im Vorjahre 55 Schüler höherer Lehranstalten ihre technische Begabung ermitteln ließen. Im einzelnen gelangte zur Darstellung, wie das unmittelbare Behalten, Raumanschauung und Raumvorstellung, Kombinationsgabe, Beobachtungsgabe, technisches Verständnis und anderes mehr geprüft werden. Die Darlegungen fanden allgemein regstes Interesse, besonders bei den Vertretern der Wirtschaft, des Handels und Handwerks, die die neuen Methoden der Eignungsfeststellung lebhaft begrüßten und wiederholt den Wunsch äußerten, daß solche Methoden auch in ihrem Bezirk zur Anwendung gelangen möchten.

Betriebsvertrauensleute des Einheitsverbandes der Eisenbahner und Funktionäre der SPD.

Montag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Zimmer 3 (neben dem großen Saal) im Gewerkschaftshause,

V e r s a m m l u n g.

Chefredakteur Genosse B i r n b a u m wird über das bedeutsame Thema:

„Das Wesen der Wirtschaftskrise"

sprechen.

Kollegen und Genossen! Grade dieses Thema ist notwendig, in Funktionärkreisen besprechen zu werden. Sorgt für guten Besuch, haltet euch den Abend bestimmt frei. Siehe die Handzettel.

Hyänen der Wohnungsnot.

Sie alle sind so schnell verschwunden und in Vergessenheit geraten, wie sie auf dem mit Not gedüngten Boden einer außer Rand und Band befindlichen Wirtschaft auftauchen konnten. Alle die Kriegs- und Nachkriegserscheinungen sind — zum Wohle der Gesamtheit — vom Schauplatz ihrer ruhmlosen Tätigkeit abgetreten, nur eine einzige will nicht recht dem Gang der Selbstverständlichkeit folgen und verharrt in einem künstlichen Daseinskampf in der Hoffnung, daß die Raumnot sich verewigen könnte oder daß die große Zahl der Harmlosen nie ein Ende nehmen wird.

Die von Jahr zu Jahr immer noch größer werdende Wohnungsnot hat auf der Bildfläche einer jeden Großstadt sogenannte Wohnungsvermittler erscheinen lassen, denen es viel weniger darum zu tun ist, den Wohnungslosen zu einem eigenen Heim zu verhelfen, als sich ein wirtschaftlich wertloses, aber darum um so leichteres Dasein zu verschaffen. Dem Scheine nach zu urteilen, muß auch heute noch das Geschäft leidlich florieren denn es wimmelt in einer jeden größeren Stadt von den bezeichneten Existenzen und die Anzeigen der Tagespresse sind mit ihren Angeboten in einer Weise gefüllt, daß man den Eindruck gewinnen müßte, als bestünde eine Not, für alle die freien und freiwerdenden Wohnungen überhaupt noch Mieter aufzutreiben.

Geht man aber solchen Angeboten näher nach, so kommt sehr bald die wahre Menschenfreundlichkeit dieser Auchvermittler zum Vorschein, und zwar in einer so nackten Irreführungsabsicht, daß man sich nur wundern muß, wie diese Existenzen es fertig bringen, noch heute auf Kosten eines wohnungslosen Publikums zu leben.

Das junge Ehepaar Soundso bewohnt seit etwa einem Jahre ein möbliertes Zimmer mit Küchenbenutzung und kommt auch — was heute häufiger der Fall ist als vor wenigen Jahren des größten Zimmermangels — mit dem Hauptmieter gut aus. Nun meldet sich (eine ganz natürliche Sache) ein angehender Mitbewohner und da heißt es, sich nach anderen Räumen umsehen. Das Ehepaar faßt den Entschluß, sich selbst unter größten Opfern, in den Besitz einer eigenen, wenn auch noch so kleinen Wohnung zu setzen und urteilt nach den großen und zahlreichen Zeitungsanzeigen auf die Tüchtigkeit der einzelnen Wohnungsvermittler. Ein Blick in die Zeitung genügt, um einen solchen in nächster Nähe ausfindig zu machen und eine halbe Stunde später beginnt die Verhandlung um den Erwerb einer eigenen Wohnung.

Der Vermittler verfügt angeblich über eine große Zahl zusagender Wohnungen in allen Stadtvierteln und zu günstigen Bedingungen, auch die Genehmigung des Wohnungsamtes wird er — höchst wahrscheinlich — nach Abschluß des Kaufobjektes und — was noch wichtiger ist — nach Zahlung seiner Provision erlangen können. Zuvor jedoch überfällt er die Wohnungssuchenden mit der klassischen Frage: Sind Sie schon auf der Zuweisungsliste vorgemerkt? Auf die aus einem verdutzten Gesicht kommende Gegenfrage was es damit für eine Bewandtnis habe, erfolgt prompt die Erwiderung: „Ei, Sie müssen doch hier vorgemerkt sein und das kostet 10 Mark" Wer einmal im Leben bereits ein solches Opfer gebracht hat, sieht sofort, worauf das hinausgeht und schützt sich durch alsbaldiges Verlassen eines solchen typischen Vermittlerbüros vor einem Zehnmarkverlust. Zahlreiche junge Ehepaare aber — und es gibt ja deren immer neue und unerfahrene — bringen gern das Opfer in der Hoffnung, nun über kurz oder lang in den Besitz einer Wohnung zu gelangen.

Gewiß wäre die Beschaffung eines eigenen Heimes eine sofortige Ausgabe von 10 Mark wert. Wie aber die erwartete Vermittlung aussieht, zeigt die nachfolgende Blütensammlung von Vermittlerangeboten:

Fall 1: Es wird eine Adresse angegeben die der Vermittler irgendwo selbst in der Zeitung gelesen hat und die nun, ohne sich dagegen schützen zu können, von Wohnungssuchenden überlaufen wird.

Fall 2: Der Wohnungssuchende wird an jemand verwiesen, der angeblich seine Wohnung gegen Entgelt (laut Gesetz übrigens fast in allen Fällen unzulässig und daher nichtig) hergeben will. Schon nach wenigen Augenblicken aber erfährt der Suchende, daß er seine eigene Wohnung hergeben müsse, da nur ein Tausch geplant ist.

Fall 3: Das suchende Ehepaar wird zu einer älteren Dame geschickt, die auswandern will, angeblich bereits die Genehmigung des Wohnungsamtes zur entgeltlichen Ueberlassung der Wohnung habe und „nur" tausend Mark fordere. Bei der Unterhaltung stellt sich heraus, daß der Kaufpreis ein vierfaches beträgt, da die Möbel käuflich übernommen werden müssen, und daß die Genehmigung des Wohnungsamtes vom Käufer erst verschafft werden müsse.

Fall 4 (einer der häufigsten): Die Wohnung ist bereits vor einer Reihe von Monaten in andere Hände übergegangen und noch niemals eine Hergabe gegen Zahlung beabsichtigt worden. Zumeist wissen die jetzigen Mieter überhaupt nichts von einem beauftragten Vermittler.

Fall 5 (der unverschämteste): Die angegebene Adresse ist nicht auffindbar.

Die vorstehende Sammlung könnte beliebig fortgesetzt werden und immer neues, gleichartiges Material für staatsanwaltliche Tätigkeit zutage fördern. Verlangt der Geprellte seine zehn Mark zurück so wird ihm zur Beruhigung weiteres Adressenmaterial in die Hand gesteckt oder er muß sich Grobheiten gefallen lassen.

In allen solchen Fällen ist Vorsicht am Platze, da der Wohnungsuchende vielfache Gelegenheit zum Geldverlieren hat, zum mindesten aber einen Zehnmarkschein nutzlos opfert.

Schmisse.

Die Straßenbahn kommt von der Freiheitsbrücke her.

Auf dem Perron steht ein übelzugerichteter Paukant: Blutgerinnsel auf dem Kopf und im Gesicht. Verstinkt den Wagen mit Karbol und Lysoform.

Ein Mann mit Holzbein und zernarbtem Gesicht hebt seinen Sechsjährigen in den Wagen. Und steigt selbst mühsam ein.

„Vater, du sagst doch, der Krieg ist aus?"

„Freilich, Junge, schon lange, bevor du auf der Welt warst, ist er ausgewesen."

„Aber der Mann da hat ganz junge Granaten ins Gesicht wie du, Vater?"

„Das sind keine Granaten, Kind. Wie die Granaten pfiffen da war der Mann noch ein Hosenmatz."

Der Paukant steigt an der Feldstraße hastig aus.

„Vater, der Mann hat aber einen Orden gehabt. An der Uhrkette hat er gebaumelt."

„Ja, Junge, der war dafür, daß der Mann viele Gläser Bier getrunken hat."

„Kriegt man denn da auch einen Orden? Warum bist du dann in den Krieg gegangen, Vater? Biertrinken ist doch schöner . . ."

„Ja, ja . . . und kostet keine Beine."

Der Junge sieht seinen Vater schweigend und sehr nachdenklich an. G. H.

Ueber Bernard Shaw

den englischen Dichter und sozialen Revolutionär, spricht Sonntag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, in der Aula des Matthiasgymnasiums (Schuhbrücke), Genosse Prof. Dr M a r c k. Partei- und Jugendgenossen sind eingeladen. Eintritt: Erwachsene 20 Pf., Jugend 10 Pf.

Die Tat einer Hysterischen.

In die Lebens- und Leidensgeschichte einer krankhaft veranlagten Frau leuchtete eine Verhandlung hinein, die am Montag vor dem Breslauer Schwurgericht stattfand. Jetzt 36 Jahre alt, hat die Gertrud O t r e m b a aus Oppeln schon schwere Leiden durchgemacht. Ihr Vater, ein Fuhrwerksbesitzer in Oppeln, war geistesschwach und wurde deshalb entmündigt. Die Ehe der Eltern wurde schon geschieden, als die Tochter erst sechs Jahre alt war. Der Vater endete bald durch Selbstmord. Sie war immer ein schwächliches Kind und offenbar vom Vater her erheblich erblich belastet. Von der Schule mußte sie wochenlang fernbleiben, weil sie allzu oft ohnmächtig wurde. Besuchte sie Sonntags die Kirche, und die Orgel fing an zu spielen, so wurde sie ebenfalls sofort ohnmächtig. Sobald sie das vierzehnte Lebensjahr erreicht hatte, mußte sie arbeiten. Später ging sie als Wirtschafterin und im Jahre 1920 kam sie als solche auf das Dominium in Goldschmieden zu dem Oberinspektor K ü r z e l. Hier hatte sie einen außerordentlich schweren Posten, denn sie mußte nicht nur den Haushalt führen, sondern auch Tiere füttern und den Gemüse- und Obstgarten versehen. Doch sie hielt tapfer aus; denn es hatte sich inzwischen ihr und dem Oberinspektor ein Verhältnis entwickelt, das im Laufe der Jahre zu einem heimlichen Verlöbnis führte und sobald Kürzel eine gutbezahlte Stellung haben würde, wollten Beide heiraten. Durch Ueberanstrengung und als Folge einer Grippe und Nervenlähmung, die sie im Jahre 1922 durchgemacht hatte, versagten anfangs dieses Jahres ihre überreizten Nerven vollständig. Kürzel drängte sie, daß sie etwas ausspannen solle, um sich zu erholen. Davon wollte sie jedoch nichts wissen. Als sie dann aber Ende März d. Js. ihre 71 Jahre alte Mutter in Oppeln besuchte, hielt Kürzel offenbar den Augenblick für gekommen, die Otremba zu zwingen, sich einige Wochen zu schonen. Er sandte ihr einen Brief nach Oppeln, daß er ihr ihre Sachen nachschicke und sie vorläufig in Oppeln bleiben solle. Die Otremba glaubte jedoch, daß sie Kürzel los sein wolle; deshalb geriet sie in große Aufregung. Sie kam sofort nach Breslau zurück wo sie auf dem Bahnhof mit Kürzel zusammentraf. Dieser beruhigte sie wieder und mietete ihr vorläufig in Breslau ein Zimmer. Lange hielt sie es aber hier nicht aus und ihr oft gehegter Plan, sich ums Leben zu bringen, sollte nun ausgeführt werden. Doch sollte dies vor den Augen des Kürzel geschehen. Sie kaufte sich ein Messer und fuhr am 1. April mit dem letzten Abendzuge nach Goldschmieden. Dort trug sie in ihrem Zimmer ein Küchenbeil, ein Rasiermesser, einen Nickfänger und zwei Flaschen Natronlauge und Salzsäure zusammen. Nachdem sie noch die Sicherung aus der elektrischen Leitung herausgeschraubt hatte, damit es im Hause kein Licht gebe, telephonierte sie Kürzel an, der sich im Kegelklub befand, er möchte gleich nach Hause kommen, ein Stück Vieh sei krank geworden. Die Otremba hatte sich inzwischen zum Teil entkleidet, hatte dann eine tüchtige Menge Rum getrunken und wartete nun mit einem Topf voll Salzsäure und einem Messer in der Hand auf die Heimkehr Kürzels, damit sie sich vor seinen Augen umbringe. Dieser erschien auch bald; doch da das elektrische Licht versagte, zündete er ein Streichholz an. Nun bemerkte er die Otremba und eingedenk ihrer Selbstmordabsichten, fiel er ihr sofort in die Arme, wobei die Salzsäure verschüttet wurde. Bei dem Ringen wurde er aber selbst durch Salzsäure verbrannt, mit dem Messer an der Nase verletzt, sodaß die Nasenspitze herunterhing. Er rief nun Leute herbei und schickte sie ihr nach. Diese war in ihr Zimmer gegangen und hatte sich eingeschlossen. Als sich die Leute durch Eintreten der Tür Eintritt in das Zimmer verschafft hatten, fanden sie die Otremba blutüberströmt im Bett. Da sie keinen Laut von sich gab, nahmen sie an, daß sie tot sei. Als sie dies dem Kürzel berichteten, fuhr er sofort zum Arzt und holte diesen herbei. Die Otremba hatte sich eine sehr schwere Stichverletzung in die rechte Schläfe beigebracht und durch den starken Blutverlust war sie sehr geschwächt. Nachdem sie notdürftig verbunden worden war, wurde sie noch in derselben Nacht nach Breslau ins Allerheiligen-Hospital gebracht, wo sie drei Wochen verblieb. Nach ihrer Wiederherstellung wurde sie am 30 April in Untersuchungshaft genommen. Am 25. Mai jedoch wieder entlassen. Die Verletzung des Kürzel war keine schwere. Er wurde genäht und die Wunde heilte recht gut. Am Abend der Tat hatte Kürzel aber zu verschiedenen Personen gesagt, daß er von der Otremba gestochen worden sei. Auch dem Landjäger gegenüber hatte er am nächsten Tage solche Aeußerungen getan. Dieses gab die Veranlassung dazu, daß die Staatsanwaltschaft gegen die Otremba Anklage wegen v e r s u c h t e n M o r d e s erhob. Kürzel dagegen hatte bei seiner gerichtlichen Vernehmung sofort angegeben, daß er sich selbst dabei verletzte, als er versucht habe, die Otremba von einem Selbstmord abzuhalten. Diese Bekundungen hielt er auch jetzt als Zeuge vor Gericht aufrecht, denn obwohl sich beide noch als Verlobte betrachten und sich auch heiraten wollen, machte er von dem Rechte der Zeugenverweigerung keinen Gebrauch, ja, das Gericht schritt sogar, nach eindringlicher Verwarnung, zur Vereidigung dieses Zeugen. Die vernommenen ärztlichen Sachverständigen wiesen darauf hin, daß es sich hier um eine schwer belastete Person handele, die im größten Grade hysterisch sei und deren einziges Ziel an dem betreffenden Abend auf die Selbsttötung eingestellt war. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen versuchten Mordes fallen und hielt die Angeklagte des v e r s u c h t e n T o t s c h l a g e s für schuldig indem er ihr zugute hielt, daß sie nicht mit Ueberlegung gehandelt habe. Er beantragte deshalb s e c h s M o n a t e G e f ä n g n i s. Das Gericht kam zur F r e i s p r e c h u n g der Angeklagten, da zur Urteilsfindung lediglich die Angaben der beiden Beteiligten verwandt werden konnten und kein Anlaß vorlag, dem vereideten Kürzel nicht zu glauben.

Volksschulkinder-Elend.

Ohne Zweifel wird heutzutage von seiten der Stadt viel Gutes an den Kindern unserer Volksschulen getan, die sich fast alle aus den Kreisen der unbemittelten und armen Bevölkerung rekrutieren. Aber einmal geschieht dies nur deshalb, weil es ein rechter Jammer und ein großes Elend um Breslaus Proletarierkinder ist, über das wohl nur die Proletarierreltern selber im rechten Bilde sind — viele der anderen haben davon kaum eine Ahnung —, sodann sind diese Hilfsaktionen lange nicht ausreichend genug. Ganz andere einschneidendere Maßnahmen müßten ergriffen werden, von denen viele natürlich nichts wissen wollen, weil sie nur möglich sind bei Umgestaltung der gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Es ist eben dieselbe Forderung, die wir zur Bekämpfung auch der anderen Nöte und Drangsale des armen und unbemittelten Teiles unseres Volkes immer erhoben haben.

Bekanntlich finden auf Veranlassung der Behörden des öfteren Umfragen und Untersuchungen in allen hiesigen Volks-, Hilfs- und Sammelschulen statt, um einen Ueberblick über die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnisse dieser Schulkinder zu erhalten. Bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse werden die Kinder befragt, wieviele ohne erstes Frühstück, wieviele ohne zweites Frühstück zur Schule kommen müssen, wieviele ein warmes Mittagessen nicht regelmäßig erhalten, wer das Bett mit anderen teilen muß, in welchen Familien der Ernährer erwerbslos ist und ähnliche Fragen mehr. Die ärztliche Untersuchung forscht nach, welche Kinder gut ernährt (Ernährungsgruppe I), bei welchen Zusatzernährung erwünscht (Gruppe II), welche dringend speisungsbedürftig sind (Gruppe III), welche einen Aufenthalt in einem Erholungsheim durchaus nötig haben. In regelmäßig wiederkehrenden Untersuchungen von seiten der Schulärzte werden die Kinder auf Körpergewicht, Körperlänge, Augen und Zähne untersucht, erst recht natürlich darauf hin, welche ernstlicheren Krankheitssymptome vorhanden sind, wobei hauptsächlich auf die beiden großen Ernährungskrankheiten geachtet wird: auf Tuberkulose und Rachitis.

Das Resultat wird von Jahr zu Jahr erschütternder. Die Ergebnisse der diesjährigen Untersuchung sind um kein Haar besser. Mit Absicht wollen wir nicht die Anzahl der befragten Kinder angeben, glauben wir doch in der Annahme nicht fehlzugehen, daß es derartig Mitleidslose und Hartherzige geben könnte, die den Prozentsatz der kranken und unterernährten Volksschulkinder noch nicht hoch genug finden und bei sich denken, so lange dazu nicht fast alle Kinder gehören, ist die Sache ja noch nicht so schlimm. Auch wollen wir nicht vergessen, daß Statistiken immer zu niedrig greifen, weil unmöglich alle Fälle erfaßt werden. Schlimm genug ist es doch gewiß, wenn nach der diesjährigen Untersuchung und Statistik 703 Breslauer Volksschulkinder ohne erstes und zweites Frühstück zur Schule kommen, 1004 ohne zweites, 1027 kein warmes Mittagessen regelmäßig erhalten, 18 318 das Bett nicht für sich allein haben, 7330 Familien festgestellt wurden, deren Ernährer erwerbslos ist.

Die ärztliche Untersuchung ergab, daß bei 14 600 Kindern Zusatzernährung erwünscht, daß 11 200 dringend speisungsbedürftig, 6800 der Verschickung in ein auswärtiges Erholungsheim dringend bedürftig seien. Dieselbe Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß für Breslau die Durchschnittsgewichte und -maße schlechthin bei allen unter der Norm liegen. Die Zahl der an Rachitis erkrankten Kinder in nur fünf Schuljahrgängen wurde auf rund 6000 geschätzt.

Der amtliche Bericht selbst bezeichnet das diesjährige Ergebnis erschütternd. Auch in diesem Jahre nennt er, und zwar mit Recht, den Krieg als den Hauptschuldigen dieses Jammers und Elends. Möchten sich doch dies jene merken und zu Gemüte führen, die sich immer nur über die gegenwärtige Misere entrüsten und nicht bedenken, daß ihre Ursache nur im Kriege liegt und in jenen, die für ihn warben und noch werben. Es sei aber auch darauf hingewiesen, daß der amtliche Bericht selbst mit folgenden Hinweisen auf die Ursachen schließt: „Es wäre falsch, den schlechten Gesundheitszustand der Kinder lediglich auf unzureichende Ernährung zurückzuführen. (Die Hauptursache besteht hierin offenbar. D Red.) Viele andere Ursachen haben mit dazu beigetragen das geschilderte Kinderelend hervorzurufen, so z. B. der Kohlenmangel und die damit zusammenhängende Unmöglichkeit die Zimmer genügend zu lüften und die Kinder baden zu können. Die Schlafzeit der Kinder wird verkürzt, weil die Mutter früh zur Arbeit gehen muß Die berufliche Tätigkeit der Mutter bringt die Kinder um den Aufenthalt in frischer Luft. Vor allem haben zu dem sich ergebenden traurigen Gesamtbilde beigetragen die ungünstigen klimatischen Verhältnisse und die außerordentlich große Wohndichte in Breslau. Der Staub- und Rußgehalt unserer Luft ist auffallend groß und die Wohnverhältnisse sind mit am schlechtesten in ganz Preußen."

Also haben wir recht, wenn wir eingangs sagten, ganz andere Maßnahmen zur Hilfe werden nötig sein, als die bisherigen, so sehr diese auch anzuerkennen sind, soll dem Breslauer Volksschulkinderelend gesteuert werden. Die Ursachen müssen von der Wurzel aus entfernt werden. Das aber scheuen so viele, denn solches ginge natürlich nicht vor sich ohne eine soziale Reform.

Ringkämpfe im Viktoria-Theater.

Am Dienstag rangen Brylla-Breslau gegen Pogrzeba-Berlin. Sieger: Brylla nach 5 Minuten. Ferner Barotti-Italien gegen Willing-Berlin. Ergebnis: unentschieden. Pohl-Spandau stand gegen Prochaska-Tschechoslowakei, letzterer errang den Sieg. Der Kampf zwischen Kunst-Elberfeld und Lindmayer-Tirol endete nach heißem Kampf unentschieden. Für Mittwoch sind folgende Kämpfe angesetzt: Benold gegen Brylla, Proshoff gegen Budrus, Prochaska gegen Thompson und Zilch gegen Kawan.

Schwarz-Rot-Mostrich keine strafbare Aeußerung.

Am 25. Oktober 1925 hatte der Kyffhäuser-Bund eine Delegiertenversammlung in Wohlau, in der der Geschäftsführer des Deutschnationalen Landesverbandes, Adolf Jankowski, der auch Vorstandsmitglied des Provinzial-Kriegerverbandes ist, einen Vortrag hielt. In seiner Rede sprach er auch von „Mostrichbrüdern" und von „Schwarz-Rot-Mostrich". Da er solche Redewendungen mehrmals gebrauchte, nahmen eine Anzahl Besucher daran Anstoß und so kam dieser Vorgang auch zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft, die Anklage wegen Beschimpfung der Reichsfarben erhob J. wurde am 12. August dieses Jahres freigesprochen, obgleich vier Zeugen unter ihrem Eide bekundeten, daß sie an den Aeußerungen des J. Anstoß genommen hätten, da er mit seinen Ausführungen nichts anderes hätte meinen können, als unsere Reichsfarben. Der Angeklagte gab zu, von „Mostrichbrüdern" gesprochen zu haben, er habe damit die Angehörigen des Reichsbanners gemeint und habe sagen wollen, daß der Bund mit diesen „Mostrichbrüdern" nichts zu tun haben wolle. Das Große erweiterte Schöffengericht hatte ihn freigesprochen, trotzdem der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von einem Monat beantragt hatte. Gegen das freisprechende Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Am Dienstag vor der Großen Strafkammer ergab die Verhandlung dasselbe Bild, wie vor dem Schöffengericht. Vier Zeugen, alles angesehene Leute, bekundeten unter ihrem Eide daß sie bei den Worten des J. das Gefühl hatten, daß er die Reichsfarben beschimpfen wollte und sie die Pflicht in sich fühlten, diese Worte zurückzuweisen. Eine Reihe Zeugen, die der Angeklagte benannt hatte, haben nur die Aeußerungen „Mostrichbrüder" gehört. Auch wäre ja die Versammlung eine absolut geschlossene gewesen und es glaubte man unter Gleichgesinnten zu sein. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob diese Zeugen mit Bestimmtheit behaupten könnten, daß die Worte „Schwarz-Rot-Mostrich" im Zusammenhang mit Ausführungen über die Staatsform nicht gefallen seien, bekundeten sie, daß sie solche nicht gehört hätten. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis und stellte anheim die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umzuwandeln. Nach den eidlichen Aussagen der vier Zeugen stehe fest, daß die verfassungsmäßigen Farben beschimpft wurden. Das Gericht verwarf die Berufung des Staatsanwalts. Es habe sich nicht erweisen lassen, daß J. bewußterweise die Reichsfarben beschimpft hat. Mit größter Wahrscheinlichkeit sei anzunehmen, daß er die beanstandeten Aeußerungen in bezug auf das Reichsbanner getan hat. Es ist wohl anzunehmen, daß diese Angelegenheit noch die Revisionsinstanzen beschäftigen wird.

---

* **Silberhochzeit** feiert heute das Ehepaar Heinrich und Anna Winter, Augustastraße 135. Die „Volkswacht" ist während der ganzen Dauer der Ehe in der Familie. Wir gratulieren herzlich.

* **Die Weihnachts-Kaffeestunde der „Breslauer Hausfrau"** findet am Donnerstag, den 2. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Schießwerder statt (Siehe Inserat.)

* **Die Straßenbahnlinien 10 und 11** werden vom 6. Dezember ab nicht mehr durch die Oderstraße—Kupferschmiedestraße bzw. Burgstraße—Herrenstraße verkehren, sondern zwischen Ring und Ritterplatz durch die Albrechtstraße—Weiße Ohle—Münzstraße bzw. Sandstraße—Katharinenstraße—Albrechtstraße geführt. Beide werden eine 10-Minuten-Wagenfolge aufweisen. Die Linie 11 wird außerdem zu den Hauptverkehrszeiten an Stelle der Linie 9 bis zu den Gräbschener Friedhöfen durchgeführt werden. Die Haltestelle in der Albrechtstraße, Ecke Mäntlergasse, ist in Richtung nach Scheitnig verlegt worden vor den Eingang zum Hauptpostamt, die bisher gegenüber dem Hauptpostamt befindliche Haltestelle in Richtung nach dem Ring ist an die Adalbert-Kirche, Dominikanerplatz zurückverlegt worden

* **In dem Wohltätigkeitskonzert,** das am Donnerstag abend im Konzerthaus Zoo zum Besten des Wiederaufbaus des Breslauer Zoologischen Gartens stattfindet soll auch ein Werbegesang zum Vortrag kommen. Er ist in dankbarer Erinnerung von den anhänglichen Raubtieren, Schlangen und Vöglein aus den Urwäldern und Wüsten Afrikas und der umliegenden Erdteile für Propagandazwecke an Frau Betty Will weitergegeben und soll nach der Melodie „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren", gesungen werden.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Auf vielfachen Wunsch!

Das Werden des Menschen!

Von der Empfängnis bis zur Geburt. Säuglingspflege. * Ufa-Wochenschau.

Nur für Erwachsene! 3133

Donnerstag, den 2. Dezember und Freitag, den 3. Dezember nur 6.15 und 8.30 Uhr.

Erwerbslose nur zu den ersten Vorführungen 25 Pf

Sonst Einheitsplatz 50 Pf. — Geschlossene Vorstellungen

Vortragende Aerzte: Dr S. Juliusburger u. Dr. Preuß.

Man achte morgen auf den lokalen Teil

Arbeiter-Sport-Kartell E. V.

* **Breslauer Volksbühne.** Zu dem am Montag, 6. Dezember, stattfindenden Orchesterkonzert des Schlesischen Landesorchesters unter Leitung von Kapellmeister Hermann Behr, bei dem unter anderem die Euryanthen-Ouvertüre von Weber und die 5. Sinfonie von Mahler zur Aufführung gelangen, steht den Mitgliedern der Volksbühne eine beschränkte Anzahl von ermäßigten Eintrittskarten zum Preise von 85 Pfennigen und für Plätze der besseren Platzgruppe von 1,25 Mark in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, zur Verfügung.

* **Breslauer Volksbühne.** Zu dem zweiten Vortrag der „Gesellschaft der Kunstfreunde" am Montag, den 6. Dezember, im Vortragssaal des Museums der bildenden Künste, bei dem Professor Kurt Gerstenberg-Halle über: „Stammescharakter der deutschen Kunst" sprechen wird, erhalten die Mitglieder der Volksbühne ermäßigte Eintrittskarten zum Preise von 75 Pf. in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32.

* **Eine gemeinsame Sitzung der Handwerkskammern** Breslau, Liegnitz, Frankfurt a. O. und der sächsischen Gewerbekammer Zittau findet am 6. und 7. Dezember in dem Handwerker-Erholungsheim Mittelschreiberhau statt. In erster Linie soll über ein gemeinsames Vorgehen der Kammern in Lehrlingsfragen und Angelegenheiten des Baugewerbes beraten werden. Ferner werden ausführliche Referate über das Arbeitsbeschaffungsprogramm, über die das Handwerk berührende Gesetzentwürfe und Steuerfragen zum Vortrage gelangen.

* **Die Vorstände des Claassenschen Siechenhauses und der Brüder Littauer-Stiftung** bitten zum bevorstehenden Weihnachtsfeste um Zuweisung freundlicher Gaben, die zur Bescherung verwandt werden sollen. In erster Reihe kommen Naturalien (Fleisch- und Backwaren), ferner Kleidungsstücke, Wäsche und für die Männer etwas Tabak in Frage. Auch Geschenke von Büchern und von barem Gelde werden dankbar entgegengenommen. Die Gaben sind an die Inspektionen des Claassenschen Siechenhauses, Elbingstraße 30 (Fernsprecher 3094), und der Brüder Littauer-Stiftung, Brüderstraße 23/25 (Fernsprecher Ring 1224) abzuliefern. Auf Wunsch erfolgt nach telephonischem Anruf auch Abholung aus der Wohnung.

* **Verkehrsfilm.** Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 11 Uhr, läuft im Kristallpalast Klosterstraße 47, der Verkehrsfilm der Schutzpolizei Breslau „Die Gefahren der Straße ihre Ursachen und ihre Verhütung". Die Eintrittspreise sind auch diesmal so niedrig gehalten daß jeder Einzelne sich den Film ansehen kann. Vorverkauf beim Verkehrskommando, Ring, (früher Rathauswache) und im Kristallpalast

* **Das Kasperle-Spiel** im Jungmännerheim fällt am nächsten Donnerstage aus.

* **Straßensperrung.** Wegen Erneuerung der Straßenbahngleise und -weichen wird die Steinstraße zwischen dem Grundstück 75 und der Lohestraße in der Zeit bis 12. Dezember für Fahrzeuge aller Art gesperrt.

* **Erloschene Viehseuche.** Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindviehbestande im Gehöft Waltischstraße 5 ist erloschen. Die Sperre ist aufgehoben.

* **Die Feuerwehr** mußte am 30. November, vormittags, kurz vor 12 Uhr, nach dem Ratsweinkeller ausrücken, weil durch Abbrechen eines Hahnes Wasserschaden entstanden war. Nachmittags, kurz nach 4 Uhr, erfolgte ein Alarm nach Anderssenstraße 57, es handelte sich aber nur um blinden Lärm, da Klempner auf dem Dache Teer angewärmt hatten. Heute früh, gegen ¾4 Uhr, wurde die Hilfe der Feuerwehr Weinstraße 83, in Anspruch genommen, weil ein Pferd in die Kellergrube gefallen war.

* **Schwindler.** Ein unbekannter, etwa 30jähriger Mann, bediente sich des Namens Paul Merges, Messergasse 13, und läßt sich im Auftrage des Merges Photographien zu Vergrößerungen geben, wobei es ihm gelingt, Anzahlungen zu erhalten. Geschädigte wollen sich alsbald bei der Betrugsdienststelle, Schuhbrücke 27 II. einfinden. Falls der Betrüger erneut auftritt, ist er dem nächsten Polizeibeamten zu K. P. IIIb 4480 zur Festnahme zu übergeben.

* **Vorsicht vor Kollekten!** Es wird von einem jungen Mann unberechtigt für den evangelischen Pressverband gesammelt. Da eine derartige Sammlung nicht genehmigt ist, und es sich anscheinend um einen Schwindler handelt, wird ersucht, den falschen Sammler dem nächsten Polizeibeamten zu übergeben. Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß jeder Kollekteur oder Sammler einen polizeilich beglaubigten Ausweis vorweisen muß.

* **Geschäftseinbruch.** In der Nacht zum 29. November ist in ein am Wäldchen befindliches Zigarrengeschäft eingebrochen worden und dortselbst Zigarren und Zigaretten von verschiedenen Sorten im Werte von etwa 1000 Mark gestohlen worden. Sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei Zimmer 58.

* **Lagereinbruch.** In der Nacht zum 30. November sind durch Einbruch und Mauerdurchbruch aus einem Lagerraum in der Matthiasstraße 68 gestohlen worden: 1 Wittler-Herrenfahrrad Nr. 165 613, mit schwarzem Rahmen und grün abgesetzt; 1 Blizzard-Herrenfahrrad, neu, mit roter Gummibereifung; 1 Gehrockanzug, 1 gelber Mantel für große Figur, 1 dunkler Herrenmantel, 1 Anzug 10 bis 12 Einsatzhemden, 4 neue Oberhemden, 5 bis 6 Damenstrickjacken, 1 Posten reinwollene Socken und Strümpfe, eine Anzahl Betten und Wäsche sowie ein gebrauchter Koffer (braun), 1 grauer Rucksack mit eingesetztem neuem Stück, 2 Maurerbohrer, 30×2 Zentimeter, 2 neue Hämmer mit Stielen. Für Wiedererlangung der Sachen ist gute Belohnung zugesichert.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 30 November.

Der Auftrieb betrug 833 Rinder, 976 Kälber, 441 Schafe, 2327 Schweine. Ueberstand vom vorigen Markte waren 1 Rinder, — Kälber, — Schafe, 1 Schweine.

		Es wurde gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht Mark
I. Rinder.	834 Stück	
A. Ochsen:	88 „	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 1 jüngere		52—58
2. ältere		52—58
b) sonst vollfleischige 1. jüngere		42—46
2. ältere		42—46
c) fleischige		30—35
d) gering genährte		20—25
B. Bullen:	187 Stück	
a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts		54—59
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		46—49
c) fleischige		41—44
d) gering genährte		—
C. Kühe:	482 Stück	
a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts		51—54
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		38—43
c) fleischige		25—29
d) gering genährte		17—23
D. Färsen (Kalbinnen):	112 Stück	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts		54—50
b) vollfleischige		42—46
c) fleischige		34—37
E. Fresser:	15 Stück	
Mäßig genährtes Jungvieh		38—44
II. Kälber.	976 Stück	
a) Doppelter bester Mast		—
b) Beste Mast- und Saugkälber		65—73
c) Mittlere Mast- und Saugkälber		55—62
d) Geringere Kälber		45—50
III. Schafe.	441 Stück	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast		—
2. Stallmast		53—58
b) Mittlere Masthammel, ältere Mastlämmer und gut genährte Schafe		43—48
c) Fleischiges Schafvieh		26—34
d) Gering genährtes Schafvieh		—
IV. Schweine.	2328 Stück	
a) Fettschweine über 150 Klg (3 Zentner) Lebendgewicht		77—80
b) vollfleischige Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgew.		77—80
c) „ „ „ 200—240 „		76—79
d) „ „ „ 160—200 „		72—76
e) fleischige „ „ 120—160 „		65—68
f) „ „ unter 120 Pfund Lebendgewicht		—
g) Sauen		62—70

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Geschäftsgang: Bei Schafen gut, sonst mittel.

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 30. November gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln die sich Frachtparität Breslau verstehen) Tendenz Getreide Abgeschwächt. — Hülsenfrüchte: Weiter ruhig. — Rauhfutter: Bei stärkerem Angebot ruhiger. — Futtermittel: Befestigt. — Mehl Abgeschwächt.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):

Getreide:	30.	29.	Oelsaaten:	30.	29.
Weizen 75 kg†)	27.80	28.00	N. Winterraps	—	30.00
Weizen 71 „ §	26,80	27,00	Leinsamen	—	33.00
Roggen 71 „ †	24,10	24,20	Senfsamen neu	—	46.00
Roggen 68 „ §	23,20	23,40	Hanfsaat	—	25.00
Hafer*)	17,90	17,90	Blaumohn	—	94.00
Braugerste*)	24,00	24,00			
Mittelgerste	19,50	19,50			
Winter-Gerste*)	18,50	18,50			

†) Gute Qualität. §) Durchschnitts-Qualität. *) Mittlere Art und Güte.

Feine Ware über Notiz.

Hülsenfrüchte (je 100 kg): mittlerer Art und Güte der letzten Ernte.

	30	26		30.	26.
Viktoriaerbsen	54,00-60,00	54,00-60,00	Pferdebohn	20,00—22,00	20,00—22,00
grüne „	41,00-46,00	41,00-46,00	Wicken	24,00—26,00	24,00—26,00
kl. gelbe Erbsen	35,00-39,00	35,00-39,00	Peluschken	23,00—25,00	23,00—25,00
Futtererbsen	—	—	Lupin. gelb	—	—
weiße Bohnen	24,00-27,00	24,00-27,00	Lupin. blau	—	—

Gelbe Mittelerbsen 43,00—48,00. Hirse — Buchweizen —.

Rauhfutter:	30	26.		30.	26.
R. u. W. Drahtpreßstr	1,15	1,15	geb. Gerst. u. Haf.-St	—	—
R. u. W.-Bdfpreßstr.	0,75	0,75	Roggen-Str., Breitdr	1,20	1,20
G.-u. H.-Drahtpreßstr.	1,05	1,05	Rogg.-Str., Flegeldr	—	—
G.- u. H.-Bdfpreßstr.	0,75	0,75	Heu, gesund, trocken	*2,80	*2,80
geb. Weiz.- u. R.-Str.	—	—	Heu, gut. ges., trocken	*3,20	*3,20

Beste Sorten entsprechend höher.

Futtermittel. Nachstehende amtliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 kg Parität Waggon frei Breslau für ganze Wagenladungen.

	30	25		30	25
Weizenkleie	12,00-13,75	12,25-13,75	Malzkeime	13,75-14,75	13,75-14,75
Roggenkleie	12,50-14,50	12,25-14,25	Trockenschnitzel	10,50-11,50	10,50-11,50
Leinkuchen	22,50-23,50	22,50-23,50	Weizenkleiemelasse	9,75-10,25	—
Rapskuchen	17,50-18,50	17,00-18,00	Biertrebermelasse	10,50-11,00	—
Palmkernkuch	16,00-17,00	16,00-17,00	Palmkernmelasse	9,50-10,00	—
Sesamkuchen	23,00-24,00	23,00-24,00	Lorbmelasse	—	—
Kokoskuchen	18,75-20,75	18,75-20,75	Mais	20,25-21,25	20,25-21,25
Palmkernschrot	15,50-16,50	15,00-16,00	Sojaschrot ca. 44 %	21,25-22,25	21,25-22,25
Reisfuttermehl 24 %	14,50-15,50	14,00-15,00			
Kartoffelflocken	25,50-26,50	25,25-26,25			
Biertreber	14,00-15,00	13,75-14,75			

Gerstenkleie 17.50—20.50.
Sonnenblumenkuchen (46 %) 17,00—18,00.
Baumwollsaatmehl (50 %) 20.50—21.50.
Erdnußkuchen (50 %) 21,50—22,50

Hauptvertretung u. Fabriklager: **Franz Kaneel** Yorckstraße 19 Fernruf: Steph. 36890

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon Ohle 3652

Distriktsführer! Schriftführer! Von der Distriktsversammlung im November haben wiederum noch einige Distrikte zu [...]richten und zwar: Distrikt 5, 8, 10, 11, 20, 25, 37, 39. Holt dieses [...]ort nach!

Achtung! Die Distriktsführer rechnen bis [h]eut abend im Parteibüro ab.

Abteilung Sandlor. Sämtliche Funktionäre der Distrikte 21 und 22 erscheinen heute abend, 8 Uhr, bei Klenner. Sehr [wi]chtige Tagesordnung.

Distrikt 25. Abrechnung der Bezirkskassierer heute, abends [...] Uhr, bei Lamert. Anschließend abends 8 Uhr, Sitzung [sä]mtlicher Funktionäre, betr. Weihnachtsfeier. Kein [Fu]nktionär darf fehlen.

Distrikt 26. Am Montag, den 6. Dezember, findet abends [...] Uhr unsere Distriktsversammlung zusammen mit Distrikt 27 bei [...]rlich, Löschstraße 13, statt.

SAB. Probe für Sonnabend, heut abend 9½ Uhr, im „Bergkeller". Der B.-Kursus fällt aus. Morgen, Donnerstag, [...] Uhr, Pestalozzischule antreten. (Sonnabend vgl. Vereins[ka]lender). Sonntag abend besuchen wir die Veranstaltung der [J]ungsozialisten.

Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Der für Dezember vorgesehene Vortrag muß wegen Behinde[ru]ng des Referenten ausfallen. Die nächste Versammlung findet [du]nn am Freitag, den 7. Januar, statt. Es wird, wie vorher, [re]cht guter Besuch erwartet. Nähere Mitteilung an dieser Stelle.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Zentralverband der Angestellten, Jugendabteilung. Achtung! [B]ei der gestrigen Bekanntmachung ist insofern ein Fehler unter[la]ufen, da die gemeinsame Mitgliederversammlung erst [D]onnerstag, den 9. Dezember (nicht 3. Dezember), statt[f]indet. Alle Jugendfreunde, die zu der Ausgestaltung des [zwe]iteren Teiles bei der Weihnachtsfeier etwas beitragen wollen, [mü]ssen sich bis spätestens Sonntag im Heim melden. Spätere [M]eldungen können nicht berücksichtigt werden. Ferner machen [w]ir darauf aufmerksam, daß der Verkauf der Theaterkarten [(J]ugend-Volksbühne) ebenfalls nur bis spätestens Sonntag statt[f]indet. Säumige gehen ihres Platzes verlustig!

Jungsozialisten — Arbeiterjugend.

Jungsozialisten. Heute abend, bestimmt Gruppenabend in [de]r Margareten- und Benderschule. Anfang pünktlich 8 Uhr. [F]ür Sonntag abend ist rege Propaganda zu machen.

Organisationskommission. Donnerstag, 8 Uhr, Sitzung im [G]ewerkschaftshause, Zimmer 70.

Mitgliederversammlung. Freitag findet unsere General[v]ersammlung in der Aula des Matthiasgymnasiums, Schuh[br]ücke 37, pünktlich 8 Uhr, statt. Die Tagesordnung lautet: [1.] Geschäftliches; 2. Berichte; 3. Unsere neue Arbeit; 4. Wahlen; [5.] Statuten; 6. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Chor. Donnerstag, Uebungsabend im Heiligengeist-Gym[na]sium. Alles muß erscheinen.

Kassierer! Heute abend, ½8 Uhr, müssen sämtliche Beiträge [fü]r November und die restlichen Beiträge für Oktober abgerechnet [w]erden.

Heim 4. Heute findet, wie üblich, unser Gymnastik[k]ursus statt.

Heim 5. Mittwoch sind alle in der Posener Schule zur Ar[be]itsgemeinschaft mit den Jungsozialisten. — Ferner findet [D]onnerstag der Heimabend statt, da Freitag die Hauptversamm[l]ung ist.

Heim 7 und 11. Alle Volksbühnen-Jugendmitglieder [br]ingen Freitag abend 50 Pfennige mit.

Heim 10. Zur Funktionärsitzung kommen wir heut abend [zu]sammen. Wir sind in der Uferschule und beginnen pünktlich [...] Uhr. Erscheinen aller Funktionäre ist notwendig. Nachher: [H]eim.

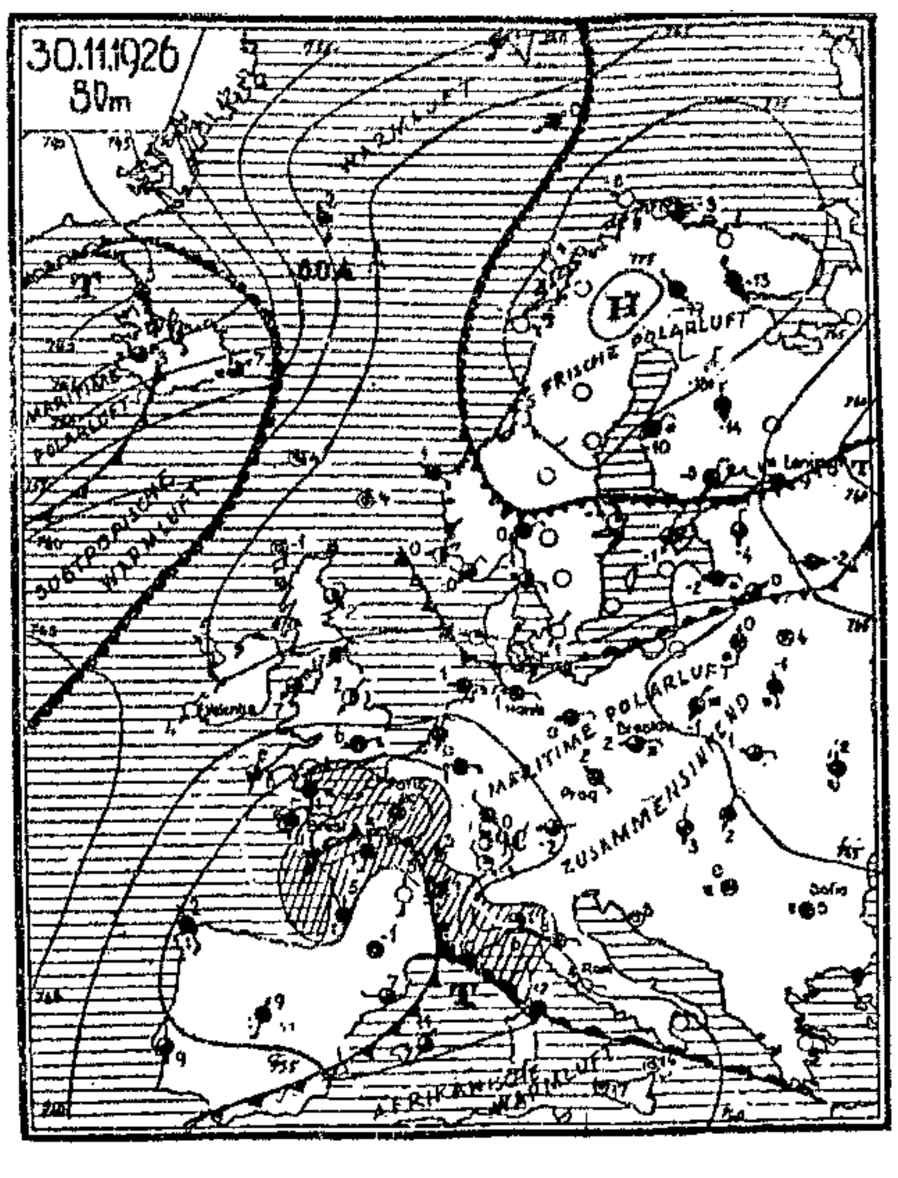
Heim 14. Wir haben heute abend Geselligkeit und Volks[t]änze. Das Geld für die Volksbühne muß mitgebracht werden. [D]ie Mitglieder des Heimes 3, welche nicht in das Theater gehen, [k]önnen heute abend zu uns kommen.

Von den Arbeiterkinderfreunden!

Eltern und Erzieher von Nikolaitor und Pöpelwitz. Alles kommt Freitag, um 8 Uhr, zur Versammlung der [K]inderfreunde in die Posener Schule. In einem Lichtbilder[vo]rtrag wollen wir euch den Unterschied der Erziehung des [b]ürgerlichen und proletarischen Kindes zeigen. Darüber hinaus [w]ollen wir uns über die Arbeit in unserem Stadtteil unter[h]alten. Die Wichtigkeit der Erziehung des Kindes im [so]zialistischen Sinne verpflichtet alle Eltern, zu erscheinen.

Eltern und Genossen aus Gräbschen und Süden. Donners[ta]g, den 2. Dezember, findet in der Vorschule, Schulhaus 2, eine [E]lternversammlung statt. Genossin Zils-Eckstein spricht [ü]ber die Erwerbsarbeit des Kindes in Familie und wirtschaft[li]chem Leben. Unterstützt uns durch zahlreiches Erscheinen.

Gruppe 2 (Scheitnig). Mittwoch, von 5—7 Uhr, sind alle [K]inder im Heim. Wir lesen Peter Stoll. — Freitag, von 5 bis [...] Uhr: Bastelstunde der Mädchen. Schere, Nadeln, Fingerhut [u]sw. nicht vergessen. Die Mütter sind herzlich willkommen. [S]onnabend, von 5 bis 6 Uhr, Büchertauschen. Vergeßt nicht, das [S]pargeld mitzubringen, damit ihr euch die neuen Liederbücher [k]aufen könnt.



Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Die Störung 59 C ruft in der Schweiz und in Oberitalien immer noch kräftige Regenfälle hervor. Am Nordrand der Sudeten hat sich vorübergehend stellenweise leichte Föhnwirkung eingestellt. Nach dessen Beendigung dürfte erneut Polarluft von Nordeuropa vordringen. Dabei kann es auch in Mitteleuropa zu Niederschlägen, meist Schnee kommen. Aussichten für das schlesische Flachland: Bei zeitweise auffrischendem südlichem Winde wolkiges, stellenweise durch Föhnwirkung aufheiterndes Wetter, nur vorübergehend etwas milder. Aussichten für die schlesischen Mittelgebirge: Bei auffrischendem Südost vorübergehend föhnige Aufheiterung, etwas milder. Aussichten für die schlesischen Hochgebirge: Bei frischem, südlichem Winde teilweise neblig, trübe, etwas milder.

Letzte Wetternachrichten.

Datum 1. 12. 26.	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Grünberg	1	2	1	bedeckt Nebel	NO	0,1	
Görlitz	2	2	—	„	ONO 1	0,?	
Lobris, Kr. Jauer	3	3	1	„	SO 1		
Bad Flinsberg	0	2	—4	„	SW 1		15
Heufuderbaude	—3	—2	—3	halbbedeckt	SO 1		40
Oberschreiberhau	—0	2	—1	bedeckt	SW 1		85
N. Schles. Baude	—3	—1	—4	bedeckt Nebel	still		51—55
Reifträgerbaude	—4	—2	—4	„			61—65
Schneekoppe	—5	—1	—6	„	SSO 4		26
Dietzdorf	2	4	1	„	OSO 2		
Krietern	3	4	3	bedeckt Regen	SO 1		
Zobten	2	2	—0	bedeckt Nebel	SSO 2		2
Bad Salzbrunn	1	3	—2	„	still		
Friedland (Bez. Breslau)	2	2	1	„	S 1	1	
Reinerz	1	2	1	„	SW 2	1	gering
Landeck	2	4	2	„	still	0,1	
Reichenstein	2	2	—2	„	S 1	1	
Festenberg	3	4	—1	bedeckt	NO 1		
Neisse	3	3	0	bedeckt Nebel	still		
Proskau	2	3	1	„	O 1	gering	
Kreuzburg	1	5	0	„	still		
Gleiwitz	3	6	—2	„	SW 2		
Beuthen	0	6	0	„	SO 1		

Wasserstand

1. Deember.

Ratibor	1,66	Ranfern (Unter-Pegel)	3,42
Neisse (Stadt) v. 30. 11.	—0,40	Dyhernfurth	2,67
Neissemündung (Unter-Pegel)	2,00	Abflußmenge sekundlich 203 cbm	
Brieg (Mastenkran)	2,92	Fürstenberg v. 29. 11.	1,90
Treschen	1,12	Wasserwärme + 5,1	

Aus Schlesien.

Schwerer Zusammenstoß zweier Güterzüge auf dem Bahnhof Croischwitz bei Schweidnitz

Am Dienstag, den 30. November, abends gegen 11 Uhr, fuhr auf Bahnhof Croischwitz ein Eilgüterzug infolge Ueberfahren eines auf „Halt" stehenden Signals mit einem rangierenden Güterzug zusammen. Beide Lokomotiven wurden schwer beschädigt, die Lokomotive des rangierenden Güterzuges kam zur Entgleisung. Ein Schaffner wurde schwer verletzt. Die Gleise waren auf mehrere Stunden gesperrt, weshalb der Verkehr zwischen den Stationen Schweidnitz und Camenz längere Zeit eingleisig durchgeführt werden mußte.

Ist das Verkehrssicherheit?

In Bauerwitz, Kreis Leobschütz, hielt am Sonnabend abend der Personenzug 856 nach Ratibor plötzlich hinter dem Bahnhof. Eine dem Zuge folgende einzelne Lokomotive fuhr auf ihn auf und brachte einen Personen- und einen Milchwagen zur Entgleisung. Die hintere Wand des Personenwagens wurde eingedrückt, wobei vier Reisende verletzt wurden.

Nun wird's aber Zeit!

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft scheint tatsächlich ein Kontrollorgan nötig zu haben. Uns wird ein Frachtbrief überreicht, der, vom 19. November 1926 datiert, den Kontrollstempel von Ober-Rosen, Kreis Strehlen, trägt, durch den man feststellen kann, daß wir 8 Jahre nach der Staatsumwälzung noch immer eine „Königliche Eisenbahndirektion Breslau" haben. Von der Lächerlichkeit solcher aus Fahrlässigkeit oder Rückständigkeit entstehender Schnitzer ganz abgesehen, scheint es uns nun doch reichlich an der Zeit, daß die Reichsbahndirektion mit solchem Unfug endlich einmal aufräumt. Man kann solche zum Teil gewollten Albernheiten bestenfalls nur noch als Lümmeleien ansprechen, denn schon allein durch die unausgesetzte öffentliche Kritik auch gegenüber anderen staatlichen Einrichtungen aus den gleichen Ursachen müßte jeder Beamte, wenn er nicht ein notorischer Dummkopf ist, sich sein Handwerkszeug etwas genauer ansehen.

Daß auch solche Beamte von der Republik ihr Gehalt beziehen, ist ihnen sicher geläufig. Für einen republikanischen Beamten sollte die Wissenschaft auch schon bei der Gehaltsfrage aufhören. Wie gesagt, es wird Zeit, daß sich die Reichsbahn endlich einmal um ihre Amtsstellen kümmert und Mißstände dieser Art beseitigt.

Den Vogel erkennt man an den Federn.

Am Sonntag, den 28. November, nachmittags 3 Uhr fand in Steinau a. O. im Schützenhause eine vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen einberufene öffentliche Versammlung statt, in welcher Kamerad Stope-Breslau das Referat über das Thema: „Reichsbund oder Reichsverband" übernommen hatte. Von den dort im Reichsverband organisierten Kriegsopfern waren etwa 50 Personen anwesend, desgleichen der Sekretär des Reichsverbandes, Kamerad Siegert.

Der Referent schilderte in ausführlicher, klarer Weise die Unterschiede, welche auf Grund der Satzungen zwischen den beiden Organisationen vorhanden sind, und behandelte auch die Frage der Kriegsopfer zur Staatsform. Er stellte unter anderem fest, daß die Beitragsleistung im Reichsbunde eine geringere gegenüber derjenigen des Reichsverbandes sei, daß jedoch die Leistungen der Sterbekasse höher sind, als die des Reichsverbandes. Besonders interessant waren die Auseinandersetzungen über die Kriegsteilnehmerfrage. Während der Reichsbund schon durch seinen Namen bekannt gibt, daß er auch Kriegsteilnehmer, die gewillt sind, Seite an Seite mit den Kriegsopfern für die Verwirklichung ihrer Ziele zu kämpfen, in seinen Reihen aufnimmt, lehnt es der Reichsverband satzungsgemäß ab, Kriegsteilnehmer in seinen Reihen aufzunehmen. Dieser Kautschukparagraph der Satzungen des Reichsverbandes dient allerdings dazu, die Oeffentlichkeit zu täuschen, während in Wirklichkeit Kriegsteilnehmer genau so gut im Reichsverband aufgenommen werden, wie im Reichsbund. — Der erste Diskussionsredner, Kamerad Siegert, erklärte, daß der Reichsverband nach wie vor zur Frage der Staatsform keine Stellung nehmen werde, sondern daß es für eine Kriegsopfer-Organisation ganz gleich sei, ob sie diese Frage in ihren Satzungen geklärt hätte oder nicht. Im übrigen versuchte er, seinen Mitgliedern den Nachweis zu erbringen, daß die Satzungen, welche nach seinen eigenen Worten Gesetz für eine Organisation sein müssen, ja gar nicht in der Art und Weise durchgeführt werden, wie es tatsächlich sein müßte nach dem Wortlaut der Satzung.

Als zweiter Diskussionsredner war der Kreisleiter des Reichsverbandes, Kamerad Schiller-Steinau, zum Wort gemeldet. Ehe dem Kameraden Schiller durch die Versammlungsleitung das Wort erteilt wurde, ersuchte der Referent den Kameraden Schiller, im Interesse seiner eigenen Person auf seine Wortmeldung zu verzichten, da er annehmen müsse, daß er so viel Taktgefühl bewahren würde, um in einer Versammlung, in welcher Kamerad Stope als Referent wirke, zu schweigen. Durch einen Zwischenruf wurde dem Referenten durch Schiller mit dem Staatsanwalt gedroht, falls er in seinem Schlußwort irgend welche persönlichen Angriffe gegen Schiller hervorbringen würde. Trotz der Warnung durch den Referenten gebrauchte Schiller die Redefreiheit dazu, um zum Teil gegen frühere Mitglieder des Reichsverbandes und gegen die Tätigkeit des Reichsbundes in scharfer Stellungnahme Front zu machen. Auch wurde durch Zuruf Schiller Recht gegeben, daß er stets nur als Idealist für die Kriegsopfersache in Steinau gearbeitet habe. Durch die Drohung mit der Staatsanwaltschaft und die Art der Diskussion, in welcher sich Kamerad Schiller gefiel, wurde nun der Referent in seinem Schlußwort veranlaßt, in der Oeffentlichkeit festzustellen, daß Schiller bereits am 10. Mai 1925 in Fühlung mit Kamerad Stope getreten war und Verhandlungen einleitete, die den Zweck hatten, den Reichsverband geschlossen zum Reichsbund überzuführen. Zum damaligen Zeitpunkt hatte Schiller angeblich noch nicht die erforderliche Macht, um dieses sein Projekt durchzuführen, trotzdem er voll und ganz davon überzeugt war, daß die Arbeit im Interesse der Kriegsopfer im Reichsbunde eine ganz andere, also eine bessere, sei, als im Reichsverband. Er wolle nur erst die notwendigen Vorarbeiten leisten, um die Macht des damaligen Kreisleiters, Herrn Tschisgale, zu brechen. Alle weiteren Einzelheiten über das Wie wurden in Zeugengegenwart besprochen. Nachdem es nunmehr Herrn Schiller gelungen ist, durch Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für seine Person eine monatliche Aufwandsentschädigung von 50 Mark zu erreichen, ist er anscheinend anderen Sinnes geworden, und versucht nunmehr, in der gehässigsten Weise den Reichsbund in Steinau zu verhindern. Der Referent richtete nunmehr an die Versammlung die Frage, ob sie jetzt auch noch von dem Idealismus eines derartigen Kameraden überzeugt sei, der sein eigenes Nest derartig beschmutzt habe. Zum Schlusse seiner Ausführungen forderte der Referent den Kameraden nochmals auf, nunmehr von seiner Drohung mit der Staatsanwaltschaft Gebrauch zu machen, da ja der Referent in der Lage ist, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen führen zu können. Nach Schluß der Versammlung erklärte Schiller in Gegenwart des Kassierers des Reichsverbandes und des Kameraden Siegert, daß er gar nicht daran denke, die Staatsanwaltschaft gegen den Referenten anzurufen, da das, was

Apotheker Hommel's Salz (?) Nur echt in blauer Packung mit dem Bilde des Erfinders ... Folgen schlecht Verdauung u. Sodbrennen. Fordern Sie grat. u. franko Probe m. Gebrauchsanweisung. Pulver 250 g 0.60. Tabl. 0.25 u. 1.50. ...

Konzerte.

Orchesterkonzert.

Man hört es dem Frühwerk Arnold Schönbergs, das im [f]ünften Abonnementskonzert des Breslauer Orchestervereins im Konzerthaus aufgeführt wurde, [d]urchaus nicht an, daß sich sein Schöpfer kurz darauf zu dem [M]ann entwickeln würde, der das Rad des heut allgemein [g]ültigen atonalen Kompositionsstils eigentlich erst ins Rollen [b]rachte. Die ursprünglich als Streichsextett geschriebene, dann [...] für Streichorchester umgearbeitete „Verklärte Nacht", Opus 4, [z]eigt sich von Wagnerscher Harmonik stark abhängig, wie der [g]rößte Teil der ebenfalls um die letzte Jahrhundertwende ent[st]andene Komposition. Schönberg wandte die damals in Mode [st]ehende Programmusik auf sein kammermusikalisches Stück an, [in]dem er ihm ein lyrisch-episches Gedicht Dehmels zugrunde legte. [E]r las aus den Worten nur die nächtlich-feierliche Stimmung [h]eraus, die er mit Hilfe orchestraler Effekthaschereien auch wieder[zu]geben vermochte. Die erfindungsarme Melodik ist in lang[w]eilige Breite gezogen, die ewige, steigerungsunfähige Weich[l]ichkeit des Grundcharakters wirkt ermüdend. Das Landes-Orchester, unter Leitung Professor Dr. Georg Dohrns, [b]emühte sich um eine sorgfältige Nachgestaltung mit [so]lcher Hingabe, daß die rein klanglichen Reize Ersatz [f]ür die Mängel des Werkes boten. — Solistin des Abends [w]ar die hier bekannte Mezzosopranistin Ilona Durigo, die Beethovens Lied „An die Hoffnung", Händels Arioso „Dank sei [d]ir, Herr" und drei, in der Instrumentation als Liedbegleitung [z]u aufdringliche, melodisch geradezu geschmacklose, Lieder eines [gl]ücklicherweise wenig bekannten Neutöners, A. Maria Herz, mit [k]larer Phrasierung sang. Der Stimme fehlte es diesmal an Wärme, dem Vortrag an Ueberzeugungskraft. — Den Abschluß des Konzertes bildende Brahms Symphonie in F-Dur Nr. 3.

W. S—der.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, Anfang 7 Uhr, „Tannhäuser".

Lobetheater. Heute nachmittag, 3½ Uhr, zu halben Preisen: „Maria Stuart" als Schüler- und Jugendvorstellung. Mittwoch, Donnerstag und die folgenden Tage, abends 8 Uhr, wird „Hamlet, Prinz von Dänemark", in der Inszenierung Carl Behrs, wiederholt.

Thaliatheater. Heute und täglich: „Rose Bernd" in der Inszenierung Julius Arnfelds und Besetzung der Premiere.

Schauspielhaus. Heute, Mittwoch und die folgenden Tage geht die neue erfolgreiche Operette von Emmerich Kalman „Die Zirkusprinzessin" in Szene. Sonntag nachmittag gelangt die [lusti]ge Operette „Die leichte Isabell" zur Aufführung.

Arbeiter-Sport

Freie Sportabteilung 1925, Gaswerk Odertor. Freitag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, Vollversammlung bei Kynast, Enderstraße. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Unentschuldigtes Fernbleiben wird mit Spielverbot bestraft.

Sportkartell. Heute abend, ½8 Uhr, treffen sich alle „Peter-Squenz"-Spieler bei Koschek, Luisenstraße 13. — Morgen, Donnerstag, Arbeitsgemeinschaft, Büchertausch, Stenographie, anschließend Spiel- und Leseabend. Alle Teilnehmer des Stenographie-Kursus müssen unbedingt erscheinen. — Die für morgen angesetzte Elternversammlung fällt aus.

Freie Turnerschaft Breslau, e. V., 2. Männer-Abteilung. Freitag, den 3. Dezember, nach dem Turnen, wichtige Abteilungsversammlung bei Zoudlich, Königgrätzerstraße Nr. 34. Tagesordnung: 1. Wie gestalten wir unseren Turnbetrieb interessanter und neuzeitlicher? 2. Unsere kommenden Veranstaltungen. 3. Anschaffungen. 4. Wahl eines Jugend-Obmannes. 5. Festsetzung und Stellungnahme zur Abteilungs-Generalversammlung.

Die Wintersonnenwendfeier unserer Schüler-Abteilung findet am Dienstag, den 21. Dezember, abends 7 Uhr, in der Turnhalle, Brockauerstraße, statt.

Geschäftliches.

Wie entsteht eine Singer-Nähmaschine?

Unter vorstehendem Titel gibt die Singer-Nähmaschinen-Aktiengesellschaft ein prächtig ausgestattetes Heft heraus, das in Wort und Bild einen Gang durch das Singer-Werk zu Wittenberge, Bez. Potsdam, schildert. Ein Deutscher, der Hamburger Kaufmann Georg Neidlinger, war es, der die jetzige Singer-Nähmaschinen-Aktiengesellschaft gründete. Tausende, in langjähriger Dienstzeit bewährte Angestellte, über das ganze Reich zerstreut, sowie eine bodenständige Arbeiterschaft von etwa 4000 Köpfen, finden heute ihren Unterhalt im Singer-Unternehmen. Ein Gang durch das Singerwerk in Wittenberge beweist, daß in Deutschland die Technik einen stolzen Höhepunkt erreicht hat. Diesen Eindruck gewinnt man auch bei der Durchsicht des vorliegenden Kataloges, der auch drucktechnisch höchstes Lob verdient. Auf die einzelnen Abteilungen, die vorbildlich organisiert sind, näher einzugehen, verbietet der Raum. Welcher Wertschätzung sich die Singer-Nähmaschinen gerade auch in unserem Bezirke erfreuen, ist allgemein bekannt. Die hiesige Geschäftsstelle wird jedem Interessenten weitere Aufklärung geben.

Vereinskalender.

Sozialistischer Kampfbund (SKB.) Sonnabend, den 4. Dezember, im „Bergkeller". Kameradschaftsabend. Theater. Bunte Bühne. Tanz. Gesinnungsfreunde willkommen. (Nachrichten unter SKB. beachten).

selbiger gesagt hat, wörtlich den Tatsachen entspricht. Er glaubte, als er den Zwischenruf machte, es handle sich um Fehler, die ihm im Jahre 1920 passiert seien. Wie muß die Weste des betreffenden Kameraden aussehen, wenn er glaubt, daß der Referent noch ganz andere Dinge von ihm weiß, als die tatsächlich zugegebenen.

Ein Urteil über die Fähigkeit einer derartigen Person als Führer in der Kriegsopferbewegung überlassen wir der dortigen Mitgliedschaft.

Um die parteipolitische Neutralität des Reichsverbandes nicht zu verletzen, ist Schiller aus der SPD. ausgeschieden.

Drei Unfälle auf der Melchiorgrube.

Auf der Melchiorgrube in **Waldenburg** trat der Rangierer Karl **Beier** aus Dittersbach beim Rangieren in eine Schlinge des Seiles. B. wurde von dem Seil ein großes Stück mitgeschleift, bis er an einem eisernen Mast hängen blieb. Dort wurde ihm der Fuß der in der Schlinge steckte, buchstäblich abgerissen. Beier ist ledig, hat aber seine alte Mutter vollständig zu unterhalten. Auf dem gleichen Werk verunglückten in der Kokerei die Schlosser Fritz **Ehser** aus Sandberg und Heinrich **Gallus** aus Dittersbach bei der Reparatur einer Stoßmaschine bei Gruppe 5. Ehser erlitt eine schwere Beckenquetschung, während Gallus mit leichteren Verletzungen davonkam.

Giehren, Kreis Löwenberg. In Krämpfen gestorben. Um ihrem Vater eine Geburtstagsfreude zu machen, ging das einzige, zehn Jahre alte Töchterchen des Wirtschaftsbesitzers und Kriegsinvaliden B. J. mit ihrem achtjährigen Bruder nach dem eine Stunde entfernten Friedeberg, um ein Geburtstagsgeschenk zu kaufen. Auf dem Rückwege verirrten sich die Kinder und gerieten auf einen falschen Weg. Eine Holzsammlerin teilte zweien von Friedeberg kommenden Herren mit, daß unweit im Walde ein Kind unter Körperzuckungen liege. Die zwei Herren nahmen sich der ihnen bekannten Kinder an, und brachten das kranke Mädchen zu den Eltern, wo es nach kurzer Zeit verstarb. Das bedauernswerte Kind war plötzlich von Krämpfen befallen worden, und ein Gehirnschlag beendete das junge Leben.

Hoyerswerda. Erneute Hochwassergefahr. Die Niederschläge der letzten Tage haben der Elster sehr große Wassermassen zugeführt, für die sich das Flußbett nach den Erfahrungen des Sommers natürlich als zu klein erwiesen hat. Der Wasserspiegel ist in den letzten 24 Stunden allein um fast 60 Zentimeter gestiegen. Die schmutziggelben Wassermengen führen viel Laub und anderen Unrat mit sich und haben bereits das Bett verlassen. Weite Wiesenflächen stehen wieder unter Wasser. Die Wintersaat ist an verschiedenen Stellen bereits wieder gefährdet. Es fehlen bis zu dem Stande am 17. Juni nur noch 40 Zentimeter. Falls die Niederschläge nicht nachlassen, ist mit einer zweiten Hochwasserkatastrophe zu rechnen. Die bestehenden Verhältnisse zeigen also mit großer Deutlichkeit, wie außerordentlich notwendig eine Regulierung des Elsterlaufes ist. Hoffentlich tragen die Zustände zu einer beschleunigten Bearbeitung dieses Projektes bei, da die dauernden Ueberschwemmungen der Grundstücke der Landwirtschaft, die oft genug schwer zu ringen hat, ungeheuren Schaden zufügen.

Häslicht, Kreis Striegau. 154 Stück Hamster wurden von drei Schulknaben in den letzten Wochen auf den hiesigen Feldern ausgegraben. Die Baue waren bis zu einem Meter tief und reichlich mit Körnerfrüchten angefüllt, welche aber schon gekeimt hatten und dadurch zur weiteren Verwendung unbrauchbar waren. In einem Bau konnten 50 Pfund Eicheln herausgegraben werden. Als große Seltenheit war auch ein schneeweißer Hamster dabei. Sämtliche Tiere wurden von den Knaben abgezogen und ihre Felle verkauft.

Gleiwitz. Ein Justizwachtmeister in die Gleiwitzer Gefangenenbefreiung verwickelt. In Verbindung mit der Befreiung zehn politischer Gefangener aus dem Gleiwitzer Gerichtsgefängnis wurde am Montag abend der Justizwachtmeister **Krause**, der zur Zeit der Tat zusammen mit seinem erschossenen Kollegen den Wachtdienst versah, unter dem Verdacht der Mittäterschaft und der Bestechung verhaftet und dem Untersuchungsrichter zugeführt. Bei der Vernehmung verwickelte er sich in mehrere Widersprüche. Außerdem wurde bei ihm ein Betrag von 300 Mark vorgefunden, den er von seiner Braut aus Leobschütz erhalten haben will.

Beuthen O.-S. Eine Falschmünzerwerkstatt ausgehoben. Die hiesige Kriminalpolizei hat eine Falschmünzerwerkstatt ausgehoben und einige Verhaftungen vorgenommen. Dieselbe Werkstatt war schon vor zwei Jahren ausgehoben worden. Die Personen, die seinerzeit in die Affäre verwickelt waren, sind auch diesmal beteiligt.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Schwerer Eisenbahnunfall.

An dem Bahnübergang zwischen Drachenbrunn und Schwoitsch bei Breslau hat sich ein schweres Unglück zugetragen. Der dem Händler Mai aus Meleschwitz gehörige Heuwagen wurde von dem Personenzug Meleschwitz—Breslau überfahren, wobei Mai selbst vom Wagen geschleudert und schwer verletzt wurde. Das eine Pferd war sofort tot, das andere ist später notgeschlachtet worden. Man nimmt an, daß Mai auf dem Bock eingeschlafen ist und darum beim Bahnübergang, der übrigens keine Schranken hat, das Nahen des Zuges nicht bemerkt hat. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert.

Oswitz. Filmveranstaltung. Am letzten Sonntag bot sich sowohl für Kinder als auch für Erwachsene die Gelegenheit, anläßlich der vom Bezirks-Bildungsausschuß in der hiesigen Volkshalle veranstalteten Filmvorführungen einige recht gemütliche Stunden zu verbringen. Wenn es auch bedauerlich war, daß an Stelle des für die Kinder bestimmten Films „Rumpelstilzchen" „Das kalte Herz", nach einem Märchen von Hauff, gespielt werden mußte, so war es aber doch trotzdem erfreulich, zu beobachten, wie aufmerksam die Kleinen auch diesem, im Gegensatze zu ersterem, viel schwerer verständlichem Filmstück, folgten. Da auch die zweite für Erwachsene bestimmte Vorführung „Skifahrt ins Glück" nicht gegeben werden konnte, stellte das Lustspiel „Paulchen als Sportsmann" einen vollwertigen Ersatz dar. Der beste Beweis dafür waren die stürmischen, nicht endenwollenden Lachsalven der Besucher, die durch die grotesken Szenen im feuchten Element hervorgerufen wurden. Vorher wurde noch der mit den modernsten Einrichtungen versehene Betrieb der „Volkswacht" vor Augen geführt und dabei auf die Tatsache hingewiesen, daß die dortige Rotationsmaschine die größte Ostdeutschlands ist. Um dem Bezirks-Bildungsausschuß aber auch in Zukunft derartige weitere Veranstaltungen zu ermöglichen, sei an dieser Stelle noch der Wunsch ausgesprochen, daß sich dann die Erwachsenen noch viel zahlreicher daran beteiligen mögen. Während die Kindervorstellung von 120 Personen besucht war, wies die Vorführung für Erwachsene nur eine Besucherzahl von 100 Personen auf.

Oswitz. Mittwoch, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, findet in der „Volkshalle" eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt, in der Arbeitsnachweisleiter **Klose** über die heutige Erwerbslosenfürsorge spricht. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, daß alle Mitglieder, sowie Erwerbslose erscheinen.

Tschansch. Veranstaltungen. Am Donnerstag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr findet bei Gastwirt **Taube**, Klein-Tschansch eine Zusammenkunft statt, in welcher über „Die wirtschaftlichen Vorgänge und die Ziele und Aufgaben der Genossenschaft" gesprochen wird. Sämtliche Funktionäre, die in der Arbeiter-, Gewerkschafts- und Sportbewegung stehen, sind dazu geladen, ebenso daran interessierte Frauen. — Ebenso laden wir zum Lichtbildervortrag am Freitag, den 3. Dezember abends 7 Uhr, bei Gastwirt **Pete** ein. Programm: 1. „Mit Colin Roß durch Zentralasien". (70 farbige Lichtbilder.) 2. „Die deutsche Reichsverfassung". (60 farbige Lichtbilder.) Eintritt: Erwachsene 20 Pf., Arbeitslose und Kinder 10 Pf.

Tschechnitz-Kattern. Am Sonnabend, den 27. November, hatte die Ortsgruppe Kattern ihre Mitglieder zu einem geselligen Beisammensein in **Gürtlers** Lokal in Kattern zusammengerufen. Diese Familienveranstaltung war von der Parteigenossenschaft, sowie ihren Familienmitgliedern und durch mit uns Sympathisierende sehr gut besucht. Es wurde hier wenigstens einmal Gelegenheit geboten, daß auch die Arbeiter untereinander sich mal einige frohe Stunden leisteten und der innige Kontakt, der immer zwischen der Arbeiterschaft bestehen muß, aufs neue bekräftigt wurde. Durch eine Festansprache, welche Genosse **Schiffer** hielt, wurden die Anwesenden darauf hingewiesen, daß derartige Veranstaltungen nicht dazu angetan sind, lediglich eine gewisse Vergnügungssucht zu befriedigen, sondern, daß daraus geboren werden muß, das Gelöbnis, erst recht und immer wieder erneut für unsere Partei zu arbeiten. Man kann sagen, daß es auch hier so gewesen ist, denn es wurden an dem Abend selbst zehn neue Parteimitglieder gewonnen und eine ganze Anzahl abseits Stehender werden in Zukunft auch den Weg zu uns finden, weil man erkennt, daß alles Persönliche oder Unliebsame in dem Augenblick, wo es gilt, dem Proletariat zu helfen, alles zurück zu stellen. Deshalb wollen wir in Zukunft weiter so arbeiten zum Wohle und Gedeihen der Ortsgruppe und der Partei insgesamt.

Neukirch. Heut, am 1. Dezember, feiert der Genosse **Franke** mit seiner Frau das Fest der silbernen Hochzeit. Genosse Franke, wie auch seine Frau, sind ebenso lange Leser der „Volkswacht" und Mitglieder der Partei. In der Arbeiterbewegung selbst waren beide stets sehr rührig. Wir wünschen dem Paar weiterhin alles Gute.

Schmolz. Gemeindevertretersitzung. Am Montag, den 29. November, fand eine Gemeindevertretersitzung statt, welche sich mit einer sehr reichhaltigen Tagesordnung zu beschäftigen hatte. Der Hauptpunkt war wohl die Pflasterung des Siedlungsweges. Es ist auf die Dauer unmöglich, den Siedlern zuzumuten, diesen lebensgefährlichen Weg vielleicht noch jahrelang benutzen zu müssen. Obwohl die Gemeinde nicht gerade in den rosigsten Finanzverhältnissen steckt, wurde doch beschlossen, daß, wenn man einen Zuschuß vom Kreise und der Provinz, sowie eine Unterstützung von den Anliegern selbst erhalten, die Gemeinde eine Last bis zu 7000 Mark zur Schaffung einer vernünftigen Straße aufnehmen würde. Es sollen jedoch erst noch einige Fragen geklärt werden, bevor ein endgültiger Beschluß gefaßt wird. Neben einigen anderen Punkten hatte die Sozialdemokratische Fraktion eine Anfrage, was die Gemeindevertretung den Erwerbslosen und Sozialrentnern als Weihnachtsgratifikation zukommen lassen will, gestellt. Nach eingehender Begründung durch einen unserer Gemeindevertreter wurde einstimmig beschlossen, den verheirateten Erwerbslosen und Sozialrentnern zwei Zentner Kohlen und einen halben Zentner Holz zu gewähren. Bei den Ledigen soll das nach der Bedürftigkeit geschehen. Unsere bürgerlichen Gemeindevertreter, welche bereits einige Tage vor der Sitzung über unseren Antrag genau informiert worden sein müssen, haben es für notwendig gehalten, weil sachliche und positive Arbeit bei ihnen nichts gilt, einen echt kindlichen, aber einen ebenso verächtlichen Antrag durch den Gemeindevorsteher stellen zu lassen. Man könnte sagen, es staunten die Götter, was sich hier vor den Augen der rund 30 Zuhörer abspielte. Man höre: Folgender Antrag wurde vom Gemeindevorsteher verlesen und auch gleichzeitig von ihm begründet: „Wir bitten den Herrn Gemeindevorsteher, in der nächsten Gemeindevertretersitzung folgenden Antrag zu stellen: Was gedenkt die Gemeindevertretung den Steuerzahlern der Gemeinde Schmolz zu Weihnachten für eine Gratifikation zu bewilligen?" Unterzeichnet vom Sattlermeister Schmidt, Lehmann, Koschmieder." 1. Ist Vorstehendes kein Antrag, denn man verlangt ja vom Gemeindevorsteher, daß er den Antrag stellen soll. Er hat es getan, weil er stets ein williges Werkzeug deutschnationaler Gemeindevertreter ist. Man benützt also die Gemeindevertretung zum Verhöhnen der Erwerbslosen genau so, wie es im Reichstage durch die Deutschnationalen geschehen ist. Nun hören wir, daß bei der nächsten Gemeindevertretersitzung einige Gemeindeeinwohner beantragen werden, daß der Gemeindevorsteher einen Antrag stellen soll, daß allen deutschnationalen Gemeindewählern, die solche Vertreter ins Parlament schicken, Hörner beschafft werden sollen. Hoffentlich begründet der Gemeindevorsteher diesen Antrag dann ebenso tapfer, wie er den oberen begründet hat. Der Herr Gemeindevorsteher wird unseres Erachtens bestimmt diese Antragsteller nicht anders behandeln als jene, zumal der letztere nicht allzu große Unkosten verursachen dürfte. Die Gemeindewähler werden sich natürlich für eine derartige Kinderei bei ihren Vertretern bedanken können. Uns wird die Arbeit der bürgerlichen Gemeindevertreter, die ja fürs arme Volk wenig oder gar nichts übrig haben, bestimmt nichts schaden, sondern wir werden den Vorteil daraus ziehen. Herr **Schmidt** soll also auch in Zukunft den Ruhm für sich in Anspruch nehmen dürfen, der Vater solcher krankhaften Machenschaften zu sein.

Neumarkt. Auch eine Aufgabe der Schule? Im „Neumarkter Kreisblatt" vom 3. November wird von den Landwirten die Vergiftung der Mäuse verlangt. Das ist recht so. Weniger recht ist es, wenn es im Abschnitt 6 heißt: „Es empfiehlt sich, auch die Schulkinder unter Führung der Lehrer zur Bekämpfung der Mäuseplage heranzuziehen. Anträge sind durch die Hand der Herren Lehrer beim Herrn Kreisschulrat zu stellen, den ich gebeten habe, ihnen möglichst zu entsprechen." Dazu ist die Schule wirklich nicht da. Die Kinder könnten sich beim Auslegen des Giftes selbst gesundheitlich schwer schädigen. Auf die Einstellung von Erwerbslosen hat man sich nicht besonnen, obwohl auch hier die produktive Erwerbslosenfürsorge hätte platzgreifen können. Es ist gut, daß der Schulrat dem Landrat nicht untergeordnet ist, sonst müßten die Landschulen auf Befehl zur Mäusejagd ausziehen, weil die Landwirte zu bequem sind, die Nager rechtzeitig zu vertilgen.

14657

Unübertroffen billige

Weihnachts-Preise!

Beste Stoffe — Zu extra billigen Preisen — Nur erstklassige Verarbeitung

Mäntel		Kleider		Strickwaren	
Reinw. Affenhaut-Mäntel mit Skunksziege besetzt, mod. Faltenpartie. Weihnachtspreis	21⁰⁰	Eolienne-Kleider mit Bordüre, in aparten Lichtfarben, jugendliche Fasson, Weihnachtspreis	13²⁵	Strick-Jacken Kragen, Aermel und unten mit Wollpelz besetzt Weihnachtspreis	14⁷⁵
Reinw. Ottomane-Mäntel aparte Garnierung, moderne Farben, auch schwarz Weihnachtspreis	35⁰⁰	Wollstoff-Kleider reine Wolle, glattfarbig, nett garniert, in modernen Farben, Weihnachtspreis	16⁷⁵	Pullover reine Wolle, in neuen Mustern, a. schwarz-weiß u. ganz schwarz Weihnachtspreis	9⁵⁰
Reinw. Ottomane-Mäntel m. Biberett bei, weite Frauenfasson, in verschiedenen Farben Weihnachtspreis	45⁰⁰	Crêpe de Chine-Kleider mit gemalter Bordüre elegantes Tanzkleid, Weihnachtspreis	18⁰⁰	Pullover reine Wolle, mit Kragen und Gürtel, in modernen Mustern Weihnachtspreis	10⁷⁵
Eleg. Affenhaut-Mäntel Kragen, Stulp. u. unten vollständig mit Biberett besetzt Weihnachtspreis	31⁵⁰	Reinwollene Rips-Kleider in modernen Farben, auch in Frauengrößen, mit Garnierung, Weihnachtspreis	32⁵⁰	Kinder-Strick-Westen glattfarbig, in verschiedenen Größen, mit Kragen u. Gürtel Weihnachtspreis	3⁷⁵
Seal-Plüsch-Mäntel auch für starke Figuren, mit Futter . . . 68.00 Weihnachtspreis	47²⁵	Reinwollene Rips-Kleider jugendliche Fasson, lang. Aermel und Garnierung, Weihnachtspreis	20⁵⁰	Strick-Westen nur neue Muster, mod. Kragenform und Gürtel . . . 7.50 Weihnachtspreis	5²⁵
Seal-Plüsch-Mäntel pa. Qual. mit gutem Seiden-Damassee-Futter Weihnachtspreis	77⁵⁰	Crêpe de Chine-Kleider hochelegant, mit reicher Frontengarnierung, verschiedene Farben, Weihnachtspreis	45⁰⁰	Strick-Mäntel vollständig mit Wollpelz besetzt, 100/110 lg., ganz aparte Muster Weihnachtspreis	24⁷⁵

Ulster- und Mantelstoff-Reste: Auch die besten und schwersten Qualitäten.

Reinwoll. Flausch- und Velour-Moulinés Reste 1½ bis 3 m Länge, auch glattfarbig . . . Einheitspreis per Meter 7³⁵	Gute Affenhaut Reste in verschied. Farb., sämtl. 140 cm brt., 2 bis 3½ m Länge, Einheitspreis per Mtr. 4³⁵	Prima Reinwollene Velour de laine Reste verschiedene Farben, 2 bis 3½ m Länge Einheitspreis per Meter 5⁰⁰

N. Berger, Ring 45.

An stürmischen Herbsttagen

wandert sich's wohlgemut in warmen Wollkleidern, die immer elegant aussehen, wenn sie mit LUX Seifenflocken gepflegt werden. Der milde LUX-Schaum reinigt sie gründlich und erhält sie in Farbe und Form wie neu. Für Wolle gibt es einfach nichts besseres.

Doppelgroße Packung 90 Pfg.
Normalpackung 50 Pfg.

LUX SEIFENFLOCKEN

L 49 „SUNLICHT" MANNHEIM

Die Volksschule als Einheitsschule

Von Dr. Max Apel.

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen

Ankaufsgebote

Schallplatten

gebrauchte, kauft Höfchenstraße 54 (Laden). 10083

Unterhaltung

Das Ereignis.

Erzählung von Anton Tschechoff.
Aus dem Russischen von E. Mempel.

Es war morgens. Helle Sonnenstrahlen drangen durch die Eisfiguren, welche die Fensterscheiben bedeckten, ins Kinderzimmer. Wanja, ein Knabe von sechs Jahren mit geschorenem Köpfchen und einer Nase, die einem Knopfe ähnlich sah, und seine Schwester Nina, lockig, weich und rundlich und auch nicht ein für ihr Alter, erwachten und sahen sich durch das Gitter ihrer Bettchen böse an.

„Hu! Ihr Unverschämten!" brummte die Kinderwärterin. „Die guten Leute alle haben ihren Tee schon getrunken, aber ihr könnt nicht mal die Augen aufreißen ...."

Die Sonnenstrahlen spielten lustig auf dem Teppich, an den Wänden, auf dem Schoß der Kinderfrau, gleichsam, als wollten sie einladen, mit ihnen zu spielen; aber die Kinder beachteten es nicht. Nina zog ein Schmollmündchen, machte ein saures Gesicht und begann mit langgezogener Stimme: „Tee, Njanka*, Tee!"

Wanja runzelte die Stirn und dachte bei sich nach, mit wem er wohl Händel suchen könnte, um loszubrüllen. Er blinzelte schon mit den Augen und öffnete den Mund, als in demselben Augenblick aus dem Gastzimmer die Stimme der Mutter herüberklang: „Vergeßt nicht der Katze Milch zu geben; sie hat jetzt junge Kätzchen!"

Wanja und Nina machten erstaunte Gesichter, und zweifelnd sah eins das andre an! dann schrien sie beide mit einem Male auf, sprangen in ihren Bettchen herum und, die Luft mit einem durchdringenden Geschrei erfüllend, liefen sie barfuß, nur mit einem Hemdchen bekleidet, in die Küche.

„Die Katze hat Junge bekommen!" schrien sie. „Die Katze hat Junge bekommen!"

In der Küche stand unter der Bank ein kleiner Kasten; es war derselbe, in welchem Stefan den Koks heraufschleppte, wenn der Kamin geheizt wurde. Aus dem Kasten guckte die Katze heraus. Ihr graues Gesichtchen drückte äußerste Ermüdung aus, die grünen Pupillen waren matt, sentimental .... An ihrem Gesicht sah man, daß sie die Vollständigkeit ihres Glückes nicht begriff; nur das Augenblickliche im Kasten existierte für sie, durch ihn — den Vater ihrer Kinder — dem sie sich ohne Gelübde zu eigen gegeben hatte. Sie wollte miauen, sie öffnete ihr breites Mäulchen, aber aus ihrer Kehle kam nichts heraus als ein heiseres Zischen .... Man hörte nur das Winseln der kleinen Kätzchen.

Die Kinder hockten sich nieder vor dem Kasten und, sich nicht bewegend, den Atem anhaltend, schauten sie auf die Katze. Sie waren so verwundert, in Erstaunen, daß sie nicht hörten, wie die Kinderfrau ihnen brummend nachgesetzt war. In den Augen beider leuchtete dieselbe innige Freude.

In der Erziehung und im Leben der Kinder spielen die Haustiere kaum merklich, aber ohne Zweifel, eine wohltätige Rolle. Wer von uns erinnert sich wohl nicht mehr lebhaft an großmütige Hunde, Schmarotzer der Bologneserhündchen, an Vögel, die in der Gefangenschaft gestorben sind, an die stumpfsinnigen, aber anmaßend stolzen Truthühner, an die sanften alten Katzen, welche uns noch verziehen, wenn wir uns daran belustigen, sie auf den Schwanz zu treten, und wir ihnen dadurch einen reinigenden Schmerz zufügten? Mir scheint sogar bisweilen, daß Geduld, Treue, eine gewisse verzeihende Güte und Innigkeit, welche unsern häuslichen Geschöpfen eigen sind, bei weitem stärker und entschiedener auf den Verstand des Kindes wirken, als die langen Bemerkungen eines mageren und bleichen Karl Karlowitsch** oder gar einer finsteren, viel Worte verschwendenden

„Wie sie klein sind!" rief Nina, wobei sie große Augen machte und in freudiges Gelächter ausbrach. „Sie sehen aus wie kleine Mäuschen!"

„Eins, zwei, drei ..." zählte Wanja vor. „Drei Kätzchen! Also eins für mich, eins für dich und eins noch für irgend jemand."

„Rrr — rrr rrr", schnurrte die kleine Wöchnerin und schaute aufmerksam um sich. „Rrr ..."

Weil sich die Kinder nicht sattsehen konnten an den Kätzchen, nahmen sie welche von ihnen in ihre Händchen, begannen zu streicheln und dann — noch nicht zufrieden damit, rafften sie ihre Hemdchen zusammen, legten die Kätzchen hinein und liefen ins Zimmer. „Mama, die Katze hat kleine Kätzchen bekommen", riefen sie.

Die Mama saß im Gastzimmer mit irgend einem unbekannten Gast. Als sie die Kinder erblickte, ungewaschen, zerzaugezogen, mit heraufgerafften Hemdchen, wurde sie verwirrt und machte strenge Augen.

„Laßt die Hemdchen herunter, Ihr Unverschämten!" sagte sie. „Geht heraus, ich befehle es Euch!"

Aber die Kinder beachteten weder die Drohung der Mutter, noch die Anwesenheit des fremden Menschen. Sie legten die Kätzchen auf den Teppich und begannen ein ohrenbetäubendes Geschrei anzuheben. Um sie herum ging die Wöchnerin und miaute flehentlich bittend. Indessen nach kurzer Zeit wurden die Kinder ins Kinderzimmer geschleppt. Man kleidete sie an, ließ sie beten und Tee trinken. Sie waren von dem leidenschaftlichen Wunsch erfüllt, sich von diesen prosaischen Obliegenheiten nur möglichst schnell zu befreien, um wieder in die Küche zu laufen. Die sonst üblichen Beschäftigungen und Spiele waren ganz Nebensache.

Die Kätzchen traten mit ihrem Erscheinen in den Vordergrund und verdunkelten gleichsam alles andre auf der Welt. Es war etwas lebendiges Neues für sie und wurde Tagesgespräch. Hätte man Wanja oder Nina für jedes Kätzchen ein Pud Konfekt oder tausend Zehnkopekenstücke hingelegt, sie hätten ohne das geringste Schwanken den Tausch abgelehnt. Kurz vor dem Mittagessen achteten sie nicht mal auf die heftigen Proteste der Kinderfrau und der Köchin; sie saßen in der Küche an dem Kasten und beschäftigten sich mit den Kätzchen. Ihre Gesichter waren ernst, konzentriert und drückten Sorge aus. Nicht nur die Gegenwart der Kätzchen beunruhigte sie, sondern sogar die Zukunft. Sie hatten beschlossen, daß eins von den Kätzchen zu Hause bleiben solle bei der alten Katze, damit es seine Mutter erfreue; das andre solle auf das Landhaus fahren, und das dritte im Keller leben, wo es sehr viel Ratten gab.

Aber etwas sahen sie nun, was Nina nicht begreifen konnte. Ihre Augen waren ja blind, wie bei den Bettlern.

Auch Wanja beunruhigte diese Frage. Er bemühte sich, einem Kätzchen die Augen zu öffnen, pustete und schnaubte lange — doch seine Operation blieb erfolglos. Nicht wenig beunruhigte auch der Umstand, daß die Kätzchen sich hartnäckig weigerten, wenn sie ihnen Fleisch und Milch vorlegten. Alles, was sie ihnen vor ihre Mäulchen legten, verschlang die graue Mutter.

„Laß uns den Kätzchen Häuser bauen!" schlug Wanja vor. „Sie werden in verschiedenen Häusern wohnen, und die Katze wird dann zu ihnen zu Gast gehen ...."

In verschiedenen Ecken der Küche waren Hutkartons aufgestellt. In diese legten sie die Kätzchen hinein. Aber diese Verteilung der Familie erwies sich als zu früh. Die Katze, den flehentlich bittenden und sentimentalen Ausdruck auf ihrem Gesichtchen beibehaltend, ging in alle Kartons und trug ihre Kinder auf den alten Platz zurück.

„Die Katze ist ihre Mutter," bemerkte Wanja, „aber wer ist ihr Vater?"

„Ja, wer ist der Vater?" wiederholte Nina.

„Ohne Vater dürfen sie nicht sein!"

Wanja und Nina berieten lange hin und her, wer wohl der Vater der Kätzchen sein konnte, und am Ende fiel schließlich ihre Wahl auf das große, dunkelbraune Pferd mit dem ausgerissenen Schwanz, welches in der Rumpelkammer unter dem Kinderzimmer irgendwo herumlag und hier mit anderem Spielzeugkram zusammen sein Leben beschloß. Sie zogen es aus der Rumpelkammer hervor und stellten es an den Kasten.

„Paß ja auf!" drohten sie ihm. „Bleib hier stehen und sieh zu, daß sie sich anständig betragen."

Sie machten eine ernste Miene, als sie alles das sagten, und der Ausdruck der Sorge war auf ihrem Gesicht. Wanja und Nina wollten von nichts anderem auf der Welt etwas wissen, als nur von dem Kasten mit den Kätzchen. Ihre Freude kannte keine Grenzen. Aber es sollten noch schwere, quälende Minuten für sie kommen.

Vor dem Mittagessen saß Wanja im Zimmer des Vaters und sah träumerisch auf den Tisch. Nahe der Lampe auf dem Stempelpapier wälzten sich die Kätzchen. Wanja verfolgte ihre Bewegungen und stieß das eine mit dem Bleistift ins Mäulchen — das andre mit dem Streichholz .... Plötzlich, wie aus der Erde gewachsen, erschien der Vater am Tisch.

„Was ist denn das?" hörte Wanja eine zornige Stimme.

„Das ...s das sind die Kätzchen, Papa ..."

„Warte, ich werde dir die Kätzchen geben! Sieh, was du gemacht hast, unartiger Junge! Das ganze Papier hast du mir schmutzig gemacht!" —

In seiner großen Verwunderung konnte Wanja nicht verstehen, daß Papa seine Sympathie für die Kätzchen nicht mit ihm teilte. Statt, daß er in Entzücken ausbrach und sich freute, zog er Wanja am Ohr und rief: „Stefan, nimm dies ekelhafte Zeug fort!"

Bei dem Mittagessen wieder Skandal ....

Als man den zweiten Gang auftrug, hörte man plötzlich ein Winseln. Man begann die Ursache zu ermitteln und fand bei Nina unter der Schürze ein Kätzchen.

„Nina, bring das unter dem Tisch hervor!" sagte der Vater erzürnt. „Noch in diesem Augenblick werden die Katzen in den Ausguß geworfen. Wenn doch bloß dieses ekelhafte Zeug nicht im Hause wäre ...."

Wanja und Nina gerieten in Schrecken. Den Tod im Ausguß! — — Abgesehen von seiner Grausamkeit, drohte er noch, der Katze und dem hölzernen Pferd ihre Kinder wegzunehmen, den Kasten leer zu machen und den Zukunftsplan zu zerstören. Diese herrliche Zukunft, wenn ein Kätzchen seine alte Mutter trösten wird, die zweite auf dem Landhaus leben — und die dritte die Ratten im Keller haschen wird .... Die Kinder weinten und flehten die Katzen zu schonen. Der Vater willigte ein, aber unter der Bedingung, daß die Kinder nicht mehr in die Küche gehen und die Kätzchen berühren dürften.

Nach dem Mittagessen trieben sich Wanja und Nina in allen Zimmern herum und langweilten sich. Das Verbot, in die Küche zu gehen, stürzte sie in Verzagtheit. Sie verzichteten auf Süßigkeiten, waren launisch und grob zur Mutter. Als abends Onkel Peter kam, zogen sie ihn beiseite und beklagten sich bei ihm über den Vater, der die Kätzchen in den Ausguß werfen wollte.

„Onkel Peter", baten sie den Onkel, „sag der Mama, daß sie die Kätzchen ins Kinderzimmer stellen soll: j—a—a—g!"

„Ja, ja; schön ..." Der Onkel machte sich von ihnen los. „Gut!"

Onkel Peter kam aber gewöhnlich nicht allein. Mit ihm erschien Nero, ein großer, schwarzer Hund von dänischer Rasse mit herabhängenden Ohren und einem Schwanz, so hart wie ein Stock. Dieser Hund war still, finster und von dem Gefühl der eigenen Würde erfüllt. An die Kinder wandte er sich nicht mit der geringsten Aufmerksamkeit, und wenn er bei ihnen vorbeiging, so schlug er mit dem Schwanz genau so an sie, wie an den Stuhl. Die Kinder haßten ihn aus ganzer Seele — aber diesmal hatten sie etwas Praktisches in Erwägung gezogen; und ihre Stimmung war wieder gehoben.

„Weißt du was, Nina?" sagte Wanja, wobei er große Augen machte. „Anstatt des Pferdes laß Nero Vater sein! Das Pferd ist tot, aber er ist doch lebendig."

Den ganzen Abend warteten sie auf den Augenblick, wo Papa sich zum Kartenspiel hinsetzen würde, und sie Nero unbemerkt in die Küche führen könnten ... Und siehe, endlich! Papa saß hinter den Karten. Mama hatte am Samowar zu schaffen und achtete nicht auf die Kinder ... Der glückliche Moment trat ein.

„Gehen wir", flüsterte Wanja der Schwester zu.

Aber in diesem Moment trat Stefan ein und meldete mit einem Lachen:

„Gnädige Frau, Nero hat die Katzen aufgefressen!"

Nina und Wanja erbleichten und sahen mit Schrecken auf Stefan.

„Bei Gott!" ... lachte der Diener. „Er ging zum Kasten und verschlang sie."

Den Kindern schien es, als müßten alle Leute, so viele ihrer im Hause waren, sich entsetzen und sich auf den Uebeltäter Nero werfen. Aber die Leute saßen ruhig auf ihren Plätzen und wunderten sich nur über den Appetit des riesigen Hundes. Papa und Mama lachten. Nero ging um den Tisch, wedelte ab und zu mit dem Schwanze und mit sich zufrieden beleckte er sich ... Beunruhigt war nur die Katze. Sie hatte den Schwanz eingezogen und ging durch die Zimmer. Mißtrauisch sah sie auf die Leute und miaute kläglich.

„Kinder, es ist schon zehn Uhr! Es ist Zeit schlafen zu gehen!" rief die Mama.

Wanja und Nina legten sich schlafen, weinten, und dachten noch lange nach über die gekränkte Katze und den frechen, unbestraften Nero.

*) Njanka = die russische Kinderwärterin.

**) Mit Karl Karlowitsch ist der deutsche Hauslehrer gemeint. Gouvernante, welche sich bemüht, den Kindern zu beweisen, daß das Wasser aus Sauerstoff und Wasserstoff besteht.

Blutiges Sonett.

Ersehnter Friede, o, zu uns dich wende,
Kehr bei uns ein mit dem Olivenzweige,
Sei uns Gedeihen, Ansporn, Amme, die da säuge.
Jedwedes edle Streben, neue Hoffnung sende!

Erstick des Zwistes Fackel, mach ein Ende
Dem Haß der Völker, daß schon niemals beuge
Verzweiflung, Eltern über Gräbern. Zeige
Uns nimmer Witwen, Waisen, ringend Hände.

Dein goldenes Berühren heile alle Wunden ...
Nimm auf in dein Gefolg uns, sei uns Lenker
Zu Zielen aus dem Vorsatz guter Stunden:

Triumph o, wenn statt Grauens Freude bliebe,
Das Fundament des Lebens — Arbeit ernster Denker ...
Nah, Brüderlichkeit und du Königreich der Liebe!

Hriezdoslav.
Uebersetzt von J. Reismann.

Das weiße Gift.

Von Dr. W. Schweisheimer, München.

Als in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der arzneiliche Gebrauch des Kokains eingeführt wurde, äußerte ein selbst morphinistischer Arzt die Ansicht, der Morphinismus ließe sich durch Kokain vertreiben. Der bekannte Giftforscher L. Lewin erhob dagegen sofort Einspruch und sagte voraus: es würde dadurch nur erreicht werden, daß ein solcher Mensch dann beide Stoffe gebrauchen würde.

Das ist in der Tat auch eingetreten. Aber noch viel Schlimmeres ist geschehen: der Mißbrauch von Kokain hat fortschreitend weitere Kreise ergriffen. „Sie alle", sagt Lewin, „die glauben, auf diese Weise durch die Pforte des Vergnügens in den Tempel des Glückes gestiegen zu sein, sie bezahlen ihr Augenblicksglück mit ihrem Leib und ihrer Seele. Sie wandern bald durch die Pforte des Unglücks in die Nacht des Nichts."

Das Kokain ist der wirksamste Bestandteil des in Peru und Bolivien wachsenden Kokastrauches. Die Blätter des Kokastrauches werden in seinen Heimatländern allein oder mit verschiedenen Zusätzen im Mund gekaut. Pizarro fand schon 1533 die Pflanze überall in Peru vor und sah sie als Genußmittel gebraucht werden. Das reine Kokain kommt hauptsächlich in der Form eines weißen Schnupfpulvers zur mißbräuchlichen Verwendung, aber auch als Einspritzung unter die Haut wird es benutzt. Auch auf chemischem Wege läßt sich Kokain herstellen; seine Wirkungen und die seiner Ersatzmittel sind jenen des Pflanzenkokains sehr ähnlich.

Der Einfluß des Kokains äußert sich in einer erregenden und euphorischen (Wohlgefühle erzeugenden) Wirkung, die von den Kranken hauptsächlich herbeizuführen gesucht wird. Mit zunehmender Gewöhnung an das Gift sind größere Gaben zur Erzielung gleicher Wirkung erforderlich. Diese Gewöhnung an das Gift geht nicht ohne die schwersten Schädigungen des Körpers und des Allgemeinbefindens vor sich. Die Kokaingewöhnten verfallen rasch einer fortschreitenden Abmagerung, die sie für Krankheiten aller Art besonders empfänglich macht. Hand in Hand mit diesen körperzerstörenden Zeichen gehen Sinnestäuschungen verschiedener Art, Verfolgungswahn, in den leichteren Fällen wohl auch nur Gedächtnisschwäche und Unfähigkeit zu geistiger Konzentrierung.

Die Persönlichkeit eines Kokainisten wird vollkommen verändert und zerstört. Er ist nicht mehr sein eigener Herr, sondern steht unter fremdem Einfluß, unter der schwerlastenden Hörigkeit des Giftes. Wer einmal dem Kokainismus verfallen ist, kommt nur mit einer Willensanstrengung wieder davon los, wie sie nur wenigen derartigen Kranken zur Verfügung steht.

Die Verbreitung des Kokainmißbrauches hat in dem letzten Jahrzehnt stark zugenommen. Ueber den Verlauf dieser Ausbreitung unterrichtet uns eingehend ein bei Thieme in Leipzig neu erschienenes Buch des Züricher Psychiaters Hans W. Maier über den Kokainismus. In der Schweiz wurden die ersten zahlreicheren Fälle in den Jahren 1915/16 festgestellt, und zwar meist bei Leuten, die aus Paris kamen. In den kriegführenden Ländern haben sich nicht wenige Leute an den Kokainmißbrauch gewöhnt (durch Verführung und schlechtes Beispiel), die im Frieden nie dazu gekommen wären. Die vielfach gelockerten Gesetze setzten dem Umsichgreifen keinen ernstlichen Damm entgegen.

In erster Linie griff die Kokainsucht in den Großstädten um sich. Auch jetzt noch wird in Großstädten ausgedehnter Straßenhandel mit Kokain getrieben. In Restaurants, Bars und anderen Nachtlokalen wird von bestimmten Personen das Gift an die Lokalbesucher mit hohem Aufschlag verkauft. Der umherziehende Musikant birgt es in seiner Gitarre, der almosenheischende Kriegsversstümmelte in seinem Stelzfuß. Das Wort „Kokain" ist bei derartigen Geschäften freilich verpönt und wird durch alle möglichen Deckworte ersetzt. Die Kokainkranken fühlen sich untereinander solidarisch, teilen einander ihre heimlichen Bezugsquellen mit und helfen sich mit Kokain aus. Auch dem behandelnden Arzt gegenüber werden die Bezugsquellen in der Regel geheim gehalten.

In Deutschland und Oesterreich hat die Stimmung der Revolutions- und Inflationszeit der Ausbreitung der Kokainsucht Vorschub geleistet. Aus Maiers Mitteilungen geht hervor, daß die Behörden damals so gut wie nichts gegen den Kokainismus tun konnten. Als schon ärztliche Berichte über die Ausbreitung der Kokainseuche in den Fachblättern erschienen waren, wußten die gesundheitlichen Behörden vielfach noch gar nichts von der Existenz dieses neuen Genußmittelmißbrauchs. Es erschienen bald Berichte aus allen Staaten, aus Italien, Belgien, der Schweiz usw. Im Jahre 1920 mußte in Newyork eine Spezialklinik für Kokainkranke eröffnet werden. Von den ersten 3262 Aufnahmen waren 2647 Männer und 615 Frauen, 2802 Weiße und 460 Neger. Fast in allen Fällen war die Ursache zu der Sucht Verführung durch die Gesellschaft, Neugier und ähnliches.

Die Kokainsucht führt schließlich unter hochgradiger Abmagerung und schweren Depressionszuständen zum Tod, dem freilich nicht wenige Kokainsüchtige in einem Depressionszustand durch Freitod zuvorkommen. Wie leichtsinnig die Verführung zum Kokainaenuß oft vorgenommen wird, geht aus einer Schilderung von Maier hervor. An einer Universität wurde es Sitte, daß Studenten ihre Examensangst mit Kokain zu überwinden suchten und später bei ähnlichen Anlässen die Gewohnheit beibehielten. Bei Künstlern kommt es zuweilen zu einem fast epidemischen Umsichgreifen der Sucht, wenn von irgendeiner bewunderten Größe bekannt wird, daß sie zuweilen Kokain gebraucht. Nur energische Mittel lassen in einem solchen Milieu die Gewohnheit wieder ausrotten.

Die Abgewöhnung der Kokainsucht muß mit Energie durchgeführt werden, sollen nicht rascher Verfall aller Körper- und Geisteskräfte und baldiger Tod die Folge sein. Im Gegensatz zum Morphinismus bringt der plötzliche Entzug des Kokains keine gefährlichen Folgen für den Kranken mit sich. Das Kokain kann also mit einem Schlage entzogen werden. Die Behandlung in einer Heilanstalt wird die sichersten Erfolge bringen. Wo noch ein kräftiger Wille besteht, läßt sich die Abgewöhnung auch außerhalb einer Anstalt durchführen. Wesentlich ist es, daß auch andere Genußmittel sehr eingeschränkt werden. Alkoholisierung zum Beispiel führt leicht zur Willensschwäche und damit zu neuer Kokainverführung. Die gesetzlichen Vorschriften, die freie Kokainabgabe verbieten, lassen bei strenger Handhabung eine entscheidende Einschränkung der Kokainsucht und damit die wichtige Verhinderung von Neuansteckungen erreichen.

Kokain und seine Abkömmlinge sind als örtliche Betäubungsmittel für die Medizin unentbehrlich. Der Arzt muß sich darüber klar sein, daß häufige Anwendung von Kokain bei einem willensschwachen Patienten Veranlassung zu Kokainsucht geben kann. Es besteht aber die Hoffnung, daß neuere Ersatzpräparate, so das von Willstätter 1924 gefundene Psikain, den medizinischen Bedürfnissen gerecht werden, ohne auch bei längerer Anwendung zum Kokainismus die Disposition zu schaffen.

Sozialistische Literatur-Rundschau

Eine neue Theorie des Imperialismus.

Ein Buch, das vor seinem Erscheinen mit großen Erwartungen begrüßt wurde, und das nun, da es vorliegt, mit ebenso scharfen Anfeindungen aufgenommen wird, ist Fritz Sternbergs „Imperialismus" (Malik-Verlag, Berlin, 614 S.). Die kommunistische Parteizeitschrift „Die Internationale" lehnt es in einer schimpfwortreichen Besprechung so scharf ab als ob es ein Sozialdemokrat geschrieben hätte, anscheinend nur, weil der Verfasser sich zu Rosa Luxemburgs Krisentheorie bekennt, die der parteioffizielle bolschewistische Theoretiker Bucharin als „Akkumulation des Unsinns" bekämpft hat. So einfach wird der ernsthaftere Teil der sozialistischen Bewegung mit diesem Werk nicht fertig werden.

Seine Fehler liegen freilich deutlich zutage. Es ist schriftstellerisch keine ausgeglichene Leistung: fesselnd, aber durchaus nicht leicht geschrieben, fremdwortreich, mit breiten Zitaten aus älteren wissenschaftlichen Schriftstellern belastet, auf Schlagworte nicht verzichtend, die im Lauf der Darstellung dem aufmerksamen Leser vom Verfasser selbst wieder fragwürdig gemacht werden. Der zuletzt genannte Umstand führt auch bereits zu inhaltlichen Mängeln. Sternberg will eine systematische Erklärung des Zusammenhangs zwischen Kapitalismus und Imperialismus geben, wie das vorher vor allem Hilferdings grundlegendes Werk „Das Finanzkapital" und Rosa Luxemburgs geniale Skizze „Die Akkumulation des Kapitals" versucht haben. Ueber diese kommt er insofern hinaus, als er im Imperialismus zunächst einen Ausweg für den Kapitalismus starker Staaten aus der Wirtschaftskrise erkennt und damit eine vorübergehende Erleichterung für die Arbeiterklasse, nicht also wie Rosa Luxemburg eine Verschärfung der revolutionären Situation. Er schließt sich den Tatsachenfeststellungen der Revisionisten der Vorkriegszeit an, ohne freilich ihre Folgerungen daraus anzuerkennen. Denn der Zusammenhang zwischen solcher Entspannung in der Lage der Arbeiterklasse und der Zuspitzung der zum Krieg treibenden internationalen Gegensätze drängt auch ihm — trotz geradezu pessimistischer Beurteilung ihrer Aussichten — ein Bekenntnis zur Revolution auf. Seine Vorstellungen über angebliche Förderung revolutionärer Gesinnung durch imperialistische Kriege (!) verlaufen dann freilich höchst romantisch.

Das Zentrum dieses Gebäudes liegt in der Theorie der Wirtschaftskrisen im Kapitalismus. Hier bleibt eine Anzahl von Unklarheiten. Sternberg unterscheidet den Frühimperialismus, der hauptsächlich Warenabsatz in Kolonialgebieten sichern will und spätere Phasen, in denen der Kapitalismus des „aktiv imperialistischen Landes" zum Kapitalexport übergeht. Damit aber schließlich der Arbeiterklasse seines Landes keine auch nur vorübergehende Erleichterung mehr schaffen kann. Er vertieft sich in die so verschiedenartig erklärten „Schemata", die Marx im „Kapital" als Beispiele für das „Funktionieren" der kapitalistischen Krise entwarf, weicht aber trotz seinem Bekenntnis zu Rosa Luxemburg einer klaren Auseinandersetzung mit ihrem Kritiker Bucharin aus. Man muß ihn erst „auslegen", um zu ahnen, ob er an eine „Endkrise" des Kapitalismus und seinen notwendigen Zusammenbruch nach Durchkapitalisierung der ganzen Erde glaubt wie die Luxemburg oder „nur" an eine Tendenz zu wachsendem Druck auf die Arbeiterklasse wie Otto Bauer, Hilferding und jetzt auch die Russen. Vielleicht darf man sagen, daß sich hier nicht ein fertiges System zeigt, vielmehr ein mit den Problemen noch ringender Kopf. Aber darinberuht auch ein starker Reiz des Buches, das durch Vorführung des ökonomischen Denkprozesses in aller Breite für die Probleme tiefer zu interessieren vermag als manche ältere gerundetere Leistung.

Ein Kapitel „Der soziologische Raum der materialistischen Geschichtsauffassung" zeigt Sternberg fernab vom Buchstaben-Marxismus und methodisch auf der Höhe marxistischer Schulung. Umfangreiche Materialbeigaben über den Imperialismus der wichtigsten heutigen Großstaaten sind zum Teil erstmalig (gekürzt) früher in der „Volkswacht" erschienen. Geschulten Lesern — nur sie werden von dem Buch Gewinn haben — mag dieser erste Hinweis vorerst genügen.

Sozialpolitik gegen Klassenkampf?

Robert Wilbrandt: Die moderne Industriearbeiterschaft.

Verlag E. H. Moritz, Stuttgart, 1926.

Die vor wenigen Monaten erschienene Schrift des bekannten Tübinger Professors reiht sich jenen Manifesten und Publikationen an, die der antisozialpolitischen Strömung, welche sich nach dem Niedergang der Revolution der deutschen Hochschulwissenschaft bemächtigt hatte, entgegentreten und eine neue Aera sozialpolitischen Wirkens einzuleiten bestrebt sind. So sucht Wilbrandts Buch vor allem bewußt zu machen, daß die „Arbeiterfrage" noch mit der gleichen Dringlichkeit wie in den Vorkriegsjahren besteht, um dann durch eine Darstellung des Klassenkampfes und der Klassenlage der modernen Industriearbeiterschaft eine wissenschaftliche, objektive Beurteilung sozialpolitischer Maßnahmen zu ermöglichen und ihre Notwendigkeit wissenschaftlich zu erweisen.

Es gereicht dem Buche Wilbrandts zum anerkennenswerten Vorzug vor ähnlichen Schriften bürgerlicher Gelehrter — es sei nur an Adolf Uebers „Kampf zwischen Kapital und Arbeit" erinnert — nicht nur, daß sich sein Verfasser mit psychologischem Verständnis in die Arbeiterklasse einzufühlen strebt, sondern vor allem, daß die sachliche Analyse des Werkes an vielen Stellen die fünfzigprozentige Infektion des Autors durch den Marxismus nicht verbergen kann. Dadurch wird Wilbrandt vor den seichten Betrachtungen jener Oekonomen bewahrt, die die Wurzeln des Klassenkampfes in der Ideologie des Sozialismus, anstatt in der Klassenlage des Proletariats suchen; andererseits befähigt ihn die Beeinflussung durch die Marxsche Lehre auch, diese Klassenlage selbst wieder als einen notwendigen Faktor der kapitalistischen Produktion und Reproduktion zu begreifen. Aber daß sich Wilbrandt über die Entwicklungstendenzen dieser kapitalistischen Reproduktion keine Rechenschaft abzulegen scheint, verhindert das Fruchtbarwerden jener an sich erfreulichen Erkenntnisse und erklärt den kurzsichtigen Sozialreformismus, in dem die Analyse des Wilbrandtschen Buches schließlich endet.

In Wirklichkeit sind die Grenzen der Sozialpolitik viel enger gezogen als Wilbrandt selbst zugibt. Sie sich vergegenwärtigen aber heißt, sich darüber klar werden, daß Sozialpolitik auf die Dauer Klassengegensätze nicht einmal abschwächen, geschweige denn überbrücken kann. Gerade in der Gegenwart sind die Hoffnungen der Sozialreformer unbegründeter denn je. Die die kapitalistische Reproduktion bedingende Profithöhe, auf die Wilbrandt als Grenze der Sozialpolitik hinweist, ist die absolute Maximalschranke, die die Sozialpolitik immer in den denkbar günstigsten Fällen erreichen könnte. Wie weit sie sich ihr nähert oder wie weit der Lebensstandard des Arbeiters durch das Existenzminimum bestimmt bleibt, das aber hängt im wesentlichen von den Absatz- und Arbeitsmarktverhältnissen der kapitalistischen Wirtschaft ab — wofür jede Krise den Beweis erbringt. Nun treibt die Akkumulation des Kapitals dahin, auf jenen Märkten Verhältnisse zu schaffen, die die Möglichkeit sozialpolitischen Wirkens aufs äußerste einengen. So nähert sich Europa mit Riesenschritten eine Epoche, in der infolge des Schwindens überseeischer Absatzmärkte Krisen und Arbeitslosigkeit in immer größerem Umfange der kapitalistischen Gesellschaft ihren Stempel aufdrücken werden und in der die Verelendungstendenzen, die dem Proletariat drohen, jede Milderung des Klassenkampfes illusorisch machen werden. Dieser dynamischen Gesetzlichkeit des Kapitalismus gegenüber ist die Sozialpolitik ohnmächtig. Der entscheidende Fehler Wilbrandts liegt darin, daß er die Rückwirkungen, die sich aus dieser Entwicklung für die Erfolgschancen der Sozialpolitik ergeben, nicht erkennt, weil er vor den Tendenzen der kapitalistischen Akkumulation, deren Erforschung das Kernstück der ökonomischen Theorie des Marxismus bildet, den Augen verschließt.

ew.

Schlesier des 18. und 19. Jahrhunderts.*)

Der zweite Band dieses aus öffentlichen Mitteln geförderten Unternehmens ist von Prof. Andreae, Direktor Dr. Hippe, Dr. Knötel und Dr. Schwarzer redigiert, während Prof. Wendt aus der Redaktionskommission ausgeschieden ist, aber offensichtlich den reichhaltigen Band noch durch Anregungen und Ratschläge stark gefördert hat. Galt der erste Teil des Werkes Schlesiern des 19. Jahrhunderts, so führt die vorliegende Fortsetzung Gestalten des 18., des 19. und teilweise auch des 20. Jahrhunderts vor. Es ist bei einem solchen Werk selbstverständlich, daß die Beiträge nicht gleichwertig sind. Doch muß anerkannt werden, daß die Bemühung der Redakteure um Berücksichtigung aller Richtungen des öffentlichen Lebens Schlesiens nicht erfolglos sind, daß im besonderen die nur geschäftlich erfolgreichen, kulturell aber höchst gleichgültigen Unternehmer diesmal etwas zurücktreten. Mancher Wunsch bleibt freilich unerfüllt und manche Einzelheit gibt Anlaß zu Beanstandungen.

Der Band wird mit einer kleinen Sammlung von Biographien führender Staatsmänner aus der Zeit Friedrichs des Großen eröffnet. Gleich die erste von ihnen ist leider in falsche Hände gelegt worden. Schlabrendorf, der schlesische Bauernschützer, den Friedrich mit gröbstem Undank der Opposition des großgrundbesitzenden Adels opferte, wird von dem „Kreuzzeitungs"-Historiker Hermann von Petersdorff geschildert, der die Gegensätze zu mildern sucht, den sozialen Hintergrund dieser Tragödie eines Sozialpolitikers im Feudalstaat verschleiert und damit weit hinter der Darstellung von Ziekursch zurückbleibt. Kritischer ist die Darstellung Hoyms von Viktor Loewe und anregend sind die auf gute Vorarbeiten gestützten Lebensbeschreibungen der Rechtsreformer Carmer und Suarez von Eberhard Schmidt. Von den übrigen Beiträgen über diese Zeit wird die Skizze über den Reitergeneral Seydlitz von Laubert trotz reichlicher Verwendung heroisierender Schmuckworte für manchen Leser die Zerstörung einer friederizianischen Legende bedeuten. Beiträge, wie der über Tauentzien, könnten wegbleiben, da sie nicht über ältere biographische Skizzen wie in diesem Falle die von Markgraf hinauskommen. Die Darstellung des Aufklärungs-Philosophen Christian Wolff von Hönigswald ragt durch eine knappe Andeutung des Wolffschen Denksystems hervor. Wie eine kleine Novelle liest sich Andreaes Lebensgeschichte von Friedrichs Günstling, dem italienischen Abenteurer und späteren Breslauer Domherrn Bastiani.

Etwas zu knapp im Verhältnis zur Bedeutung des Dargestellten ist die kundige Lebensbeschreibung des großen Breslauer Baumeisters Langhans, des Erbauers unseres Oberpräsidiums und des Brandenburger Tors in Berlin, ausgefallen, die Peter Brieger beigesteuert hat. Wir übergehen eine Anzahl geringerer Größen und erwähnen die mit liebevoller Versenkung in die umfangreiche Literatur ausgearbeitete Darstellung des gänzendsten Journalisten der Napoleonzeit, des Breslauer Friedrich Gentz, die Kurt Groba geschrieben hat. Den altliberalen Oberpräsidenten Merckel schildert wieder Viktor Loewe, eine Eichendorff-Skizze steuert der geistvoll-einseitige Literatur-Geograph Josef Nadler bei.

Aus der Zeit der revolutionären Kämpfe des 19. Jahrhunderts wird der Deutsch-Katholik Johannes Ronge, der Kämpfer gegen den „heiligen Rock" von Trier, von Paul Knötel und der Früh-Sozialist Rees von Esenbeck von seinem dafür besonders berufenen Fachkollegen und Gesinnungsgenossen Hubert Winkler beschrieben. Der liberale Abgeordnete Heinrich Simon findet eine kurze, an den Problemen der Zeit vorbeigehende Würdigung von Ernst Maetschke. Der in Breslau gewählte Landtagspräsident und zeitweilige Handelsminister Karl August Milde erhält eine eingehende erstmalige Charakterisierung von seinem Nachkommen Gerhard von Schultze-Gävernitz, eine für die Wirtschafts- und Ideengeschichte des deutschen Liberalismus in seiner Blüteperiode besonders ertragreiche kleine Arbeit. Ganz in oberflächlicher Personenverherrlichung befangen, wo man wirtschaftsgeschichtliche Aufklärung sucht, bleibt die Schilderung des Unternehmers August Borsig von Syndikus Schöler.

Von literarischen Größen werden der in Wien zur Geltung gekommene Heinrich Laube und der Berliner Lokalhumorist David Kalisch von Mario Krammer geschildert. Dem Freiheitsdichter Max Waldau steht sein Biograph Karl Schumacher gesinnungsmäßig offenbar zu fern, um seine Bedeutung zu verstehen. Sorgfältige Arbeit liefert Hugo Bieber über den Literaturhistoriker Rudolf Haym. Recht subjektiv in ihren Urteilen, aber frisch geschrieben, sind die Beiträge des verstorbenen Felix Priebatsch über den jüdischen Historiker Graetz und über den vom Sozialismus noch nicht berührten schlesischen Arbeiter Karl Fischer, den Verfasser einer vielgelesenen Selbstbiographie. Priebatsch hat auch der mehr seltsamen als bedeutenden Gestalt des Bunzlauer Oekonomen Carl Jentsch aus Neisse einen kleinen Beitrag gewidmet.

Durch Selbständigkeit der Quellenerschließung und kritisches Urteil zeichnet sich der Beitrag von Heinrich (nicht Heinz) Lutz über den einstigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten von Breslau, Julius Kräcker, aus, den unsere Leser bereits aus dem Abdruck in der „Volkswacht" kennen. Man möchte wünschen, daß das reichhaltige Material, wie es vor allem Theodor Müller als wertvollen Rohstoff zusammengetragen hat, in den folgenden Bänden dieses Werkes von ebenso sachkundiger Hand ergänzt und zu ebenso abschließenden historischen Darstellungen der führenden Männer der schlesischen Arbeiterbewegung ausgewertet wird. Für die Geschichte der katholisch-kirchlichen Politik liefert Hermann Hoffmann einen interessanten Beitrag mit der Biographie des Kardinals Kopp, die freilich nicht ebenso kritisch im Urteil bleibt wie der ebengenannte Beitrag eines Sozialdemokraten. Die konservativen Politiker der Bismarckzeit sind durch den freikonservativen Grafen Frankenberg vertreten, den Friedrich Thimme mit lebhafter Sympathie schildert.

Noch keine historische Würdigung, sondern mehr den Nachruf eines Freundes gibt Adolf Heilberg über Oberbürgermeister Bender. Noch nicht zu einer kritischen Beurteilung selbst der schwächsten (theoretischen) Leistungen kann auch die Lebensbeschreibung des Historikers Eberhard Gothein von Arnold Bergsträßer vorstoßen. Auch Graf Heinrich York von Wartenburg, der geistreiche konservative Herrenhäusler, steht seinem Biographen Alfred Hillebrandt offenbar noch zu nah für eine historische, unbefangene Würdigung, während der Historiker Rachfahl von seinem immer kampflustigen konservativen Kollegen von Below kritischer gesehen und im übrigen als Kronzeuge für unabgeschlossene Kämpfe zitiert wird. Den großen Syphilisüberwinder Paul Ehrlich würdigt sein Fachkollege Hans Sachs, den Geographen Jos. Partsch sein Nachfolger Friedrichsen. Ueber den 1924 verstorbenen geistreichen und im Gegensatz zu seinen Kollegen auch durchaus nicht deutschnationalen Redakteur der „Schlesischen Zeitung", Otto Röse, schreibt die eigene Tochter.

Der Abstand der Verfasser zu ihren Helden bestimmt meist den Wert der einzelnen Aufsätze. Man möchte für die nächsten Bände eine noch weitergehende Zurückdrängung der nur als Material wertvollen Beiträge und der Totenbeschwörungen von Leuten wünschen, die der Gegenwart nichts mehr zu sagen haben.

—m

*) Schlesische Lebensbilder, herausgegeben von der Historischen Kommission für Schlesien. 2. Band. Breslau 1926. Verlag M. & H. Marcus. XII und 390 Seiten mit zahlreichen Bildbeilagen.

Buchbesprechungen.

Jahrbuch für Soziologie. Eine internationale Sammlung. 1. Band. Herausgegeben von Professor Dr. G. Salomon, Karlsruhe 1925. 385 Seiten.

Die Zusammenstellung einer Reihe kleiner Aufsätze in einem Sammelbande ist stets ein fragwürdiges Unternehmen. Allzu leicht wird die Verknüpfung zwischen den einzelnen Beiträgen locker, auch wenn ein systematischer Wille des Herausgebers obwaltet. Unvermeidlich auch werden die einzelnen Aufsätze ungleichwertig. Diese Bedenken müssen ebenfalls gegenüber der vorliegenden Sammlung gelten, wenn auch ein Ueberblick über die so intensiv betriebene Soziologie der Gegenwart interessant bleibt und immerhin gewisse Grundmotive in dem vielstimmigen Chor deutlich herauszuheben sind. Nicht alle Aufsätze des ersten Bandes sollen hier besprochen werden, sondern nur ein paar wesentliche seien herausgegriffen. Unter diesen fassen sich die drei Gruppen der soziologischen Methodenfragen, der Grenzfragen zwischen Soziologie und Jurisprudenz und der Aufsätze von mehr geschichtsphilosophischer Färbung, unterscheiden. Von den erstgenannten sind besonders Max Adler: „Soziologie und Erkenntniskritik" (Carl Brinkmann: „Wissenschaftsgeschichtliche und erkenntnistheoretische Grundlagen der Soziologie" hervorzuheben. In ziemlich weitem Abstande von diesen beiden lehrreichen Abhandlungen folgen hier C. Bouglé: „Die philosophischen Tendenzen der Soziologie Emile Durkheims" und Charles A. Ellwood „Die Beziehungen der Soziologie zur Sozialpsychologie". In allen diesen vier Aufsätzen spielt die Abgrenzung der Soziologie von der Psychologie eine Rolle. Max Adler behandelt diese Frage in einer sehr prägnanten Zusammenfassung seines bekannten Standpunktes hinsichtlich der Verknüpfung von Ursache und Wirkung in der Natur- und in der Gesellschaftswissenschaft, mit Betonung des sozialen Charakters der Wissenschaft gerade in ihrem Streben nach Allgemeingültigkeit. Er schafft auf dieser Grundlage die für ihn charakteristische Verknüpfung des Marxismus und der klassischen deutschen Philosophie. Auch Brinkmann hebt hervor, daß sich mit dem Aufkommen einer nicht mehr naturwissenschaftlich orientierten Psychologie die Kluft zwischen Soziologie und Psychologie zu schließen beginnt.

Auf den Grenzgebieten zwischen Soziologie auf der einen und Oekonomie sowie Jurisprudenz auf der anderen Seite bewegen sich die beiden Aufsätze von Franz Oppenheimer: „Soziologie des Staates" und Hermann Kantorowicz: „Staatsauffassung". Der Oppenheimersche Aufsatz enthält die Grundgedanken seines großen soziologischen Werkes über den Staat, das einen Hauptteil seiner mehrbändigen Soziologie bildet. Seine Unterscheidung eines subhistorischen Tierstaates, eines prähistorischen der Urgesellschaft, eines posthistorischen des wissenschaftlichen Sozialismus eines unhistorischen Staates der Utopisten, eines nichthistorischen der Juristen vom eigentlich historischen Staate der Soziologen und Geschichtsforscher bringt Klärung in die oft verwirrende Diskussion des Staatsproblems. Mit dem Marxismus ist er in der Fassung des historisch soziologischen Staates als eines Klassenstaates einig, von dem noch ein Fichte, befangen in seiner rein philosophischen Staatsidee, sagen konnte, daß er die Erleuchteten nichts anginge. Oppenheimers sehr beachtenswerte Staatsdefination lautet: „Eine in Klassen gegliederte Rahmengruppe, die eine mit Machtmitteln versehene Anstalt für den Grenz- und Rechtsschutz besitzt." Kantorowicz setzt sich in seiner vorzüglichen Abhandlung mit dem Verhältnis von Staat und Recht auseinander, dessen Diskussion vor allem die Schriften Kelsens sehr in den Vordergrund gerückt haben. Er teilt alle Gegenstände der Erkenntnis nach ihrer möglichen Betrachtungsweise als Wirklichkeit, als Sinngebilde und als Wert ein (empirische, konstruktive und kritische Methode). Indem auch das Recht in die Möglichkeiten dieser Betrachtungsweisen hineinrückt, wird der Streit, ob Staat und Recht voneinander zu unterscheiden oder miteinander gleichzusetzen sind, kritisch geschlichtet. Denn sowie man das Recht als Wirklichkeit und nicht als ein reines Sinngebilde betrachtet, kann man eben nicht vom Staate als dem Apparate zur Durchsetzung des Rechtes mehr absehen. Und umgekehrt gibt es wohl Staatsbegriffe außerhalb der Wissenschaft des Staatsrechtes (so vor allem in Geschichtswissenschaft und politischer Wissenschaft), aber nie ohne Beisatz bestimmter rechtlicher Elemente. Auch unter den sonstigen Staatsbegriffen wird man ebenso vergeblich nach einem, der nicht außerrechtliche Elemente enthielte, wie nach einem solchen suchen, der nicht auf das Recht verwiese. Die außerhalb des Staatsrechts arbeitenden sogenannten Staatswissenschaften Soziologie und Geschichte übernehmen ihren Staatsbegriff von der Rechtswissenschaft, lassen ihn aber nicht unverändert. Sie verengern und erweitern ihn bei Erhaltung seines Kerns. Sehr aufschlußreich bewähren sich Kantorowicz' methodische Unterscheidungen an dem viel erörterten Problem der deutschen Bundesstaaten. Wenn die juristische Definion des Staates diesen als Träger von rechtlich unentziehbaren Herrschaftsrechten über ein Gebiet und dessen Bewohner bezeichnet, so sind die deutschen Bundesstaaten von 1871 Staaten, die Länder der heutigen Reichsverfassung aber sind es unter rein staatsrechtlichen Gesichtspunkten nicht mehr (Das Reich kann dem Wortlaut der Verfassung nach ihnen durch Länder-Verschmelzung Herrschaftsrechte rechtlich entziehen.) Das bleibt jedoch eine rein dogmatisch-konstruktive Betrachtungsweise. Bei einer soziologischen Betrachtung der empirischen, als politisch-geschichtliche Machtzentren lebendigen Einzelstaaten müssen die Chancen für die Wahrscheinlichkeit der Verwirklichung dieser Souveränitätsentziehung ins Auge gefaßt werden. Und da diese Chancen sehr gering sind, müssen unter soziologischen Gesichtspunkten diese juristischen Nichtstaaten doch wiederum als Staaten angesehen werden. Ein dritter vom juristischen und soziologischen Gesichtspunkte verschiedener ist dann der kritische des Politikers, der je nach seiner Einstellung Souveränität oder Nicht-Souveränität der Einzelstaaten als Postulat aufstellt.

Von den geschichtsphilosophischen Aufsätzen enthält der von Kurt Breysig: „Einheit als Geschehen" eine etwas verschwommene Metaphysik. Der Aufsatz von Karl Joel: „Der säkulare Rhythmus der Geschichte" läßt in der einseitigen Orientierung an der Philosophiegeschichte nicht deutlich werden, was sich eigentlich zwischen Hegel und uns in der Geschichtsbetrachtung verändert hat. Immerhin aber ist sein Versuch mit dem Gedanken Goethes von den Menschen als dem Organ ihres Jahrhunderts ernst zu machen und den Jahrhundertabschnitt als eigentliche Gliederung des geschichtlichen Verlaufs aufzuweisen, nicht uninteressant.

Professor Dr. S. Marck

Arbeitszeitbarbareien in den Krankenanstalten.

In Niederschlesien arbeitet das Pflegepersonal 80 Stunden pro Woche.

Wie bitter notwendig die sofortige Revision der geltenden Arbeitszeitbestimmungen ist, zeigt sich nirgends so kraß wie in den Krankenanstalten. Unter der übermäßig langen Arbeitszeit leiden die Pfleger und die Kranken. Geradezu sehnsüchtig erwartet daher das Krankenpflegepersonal die Verabschiedung des von den Gewerkschaften geforderten Notgesetzes zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Nach den von der Reichssektion Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter vorgenommenen Erhebungen haben von 50 807 Beschäftigten in 398 Anstalten nicht weniger als 8302, das heißt 16,4 Prozent, eine regelmäßige Arbeitszeit von über 60 Stunden. Vielfach wurde festgestellt, daß Arbeitszeiten von 72 bis 78 Stunden durchaus keine Seltenheit sind; ja in einzelnen Anstalten bestehen sogar Arbeitszeiten von 111 und 142 Stunden pro Woche. Die Arbeitszeitverordnung für das Pflegepersonal steht also nur auf dem Papier. In einer Anzahl preußischer Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten herrschen, wie aus einem soeben eingegangenen Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtags hervorgeht, im Hinblick auf die Arbeitszeit des Pflegepersonals völlig unhaltbare Zustände. In Niederschlesien besteht für männliches Pflegepersonal eine Arbeitszeit, einschließlich Dienstbereitschaft, von 80 Stunden pro Woche. Für weibliches Pflegepersonal ist eine Begrenzung der Arbeitszeit überhaupt nicht vorgesehen. Es wird ihm nur jede Woche ein freier Tag und ein Abendausgang gewährt. Die Diensteinteilung einer Anstalt Oberschlesiens besagt, daß das männliche Pflegepersonal 91 Dienststunden, das weibliche 142,5 Arbeitsstunden in der Woche zu leisten hat. In einer Anstalt Ostpreußens haben die Pflegerinnen bei der Pflege psychopathischer Kinder einen reinen Arbeitsdienst von 74 bis 76 Stunden in der Woche zu leisten, und selbst an arbeitsfreien Tagen morgens 6½ bis 8 Uhr zum Dienst zu erscheinen.

Diese geradezu barbarischen Zustände in der Regelung der Arbeitszeit müssen die Kranken und Insassen der Anstalt außerordentlich gefährden. Sie bedeuten einen Raubbau an den Kräften des Personals. Im Zusammenhang mit der Forderung auf Revision der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 sollte daher auch die „Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten" vom 13. Februar 1924 abgeändert werden. Auch für das Krankenpflegepersonal kann Hilfe nur im Wege des Notgesetzes geschaffen werden; denn in den Geltungsbereich des Arbeitsschutzgesetzes ist das Pflegepersonal trotz aller Proteste nicht einbezogen. Im dritten Abschnitt des Entwurfs unter „Arbeitszeit" ist schon bisher im § 16 nochmals eine Einschränkung des Geltungsbereichs vorgenommen gewesen; es heißt hier: „Die Vorschriften dieses Abschnittes finden keine Anwendung auf die Beschäftigung von Pflegepersonal in Kranken- und Pflegeanstalten". Der Ausschluß des Krankenpflegepersonals aus dem Arbeitszeitgesetz ist auch in dem endgültigen Entwurf, der das Kabinett jetzt passiert hat, aufrecht erhalten geblieben.

Die 48-Stundenwoche ist in den Kranken- und Pflegeanstalten sehr wohl durchführbar. Das beweisen vor allem die großen Staatskrankenanstalten Hamburgs. Dort besteht seit 1919 die 48-Stundenwoche. Auch in den Berliner Kranken- und Pflegeanstalten ist nach den üblen Erfahrungen mit dem Neunstundentag der Achtstundentag wieder eingeführt worden. Was in Hamburg und Berlin möglich ist, kann sonst nicht unmöglich sein.

Uebersteuerte Lohnbeträge.

Rückzahlungsanträge in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1927.

Wie für das vorige Jahr finden auch für das Jahr 1926 die Lohnsteuer-Erstattungen wegen Verdienstausfall, sowie wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse statt. Die Erstattungen erfolgen wiederum nur auf Grund besonderer Anträge, die die Steuerpflichtigen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1927 bei den Finanzämtern einreichen müssen.

Die Erstattungen für 1925 erfolgten auf Grund des Gesetzes zur Vereinfachung der Lohnsteuer vom 26. Februar 1926. Die Vereinfachung bestand vor allem in der Berechnung der Erstattungsbeträge nach Pauschsätzen. Das Erstattungsverfahren für 1926 wird durch eine in Vorbereitung befindliche Verordnung und einen umfangreichen Erlaß des Reichsfinanzministeriums geregelt. Danach ist beabsichtigt, auch für das Jahr 1926 die Erstattungen nach Pauschsätzen vorzunehmen, jedoch werden die Sätze entsprechend den höheren steuerfreien Lohnbeträgen etwas höher festgesetzt werden. Gleichzeitig werden die neuen Vorschriften einige neue Erstattungsmöglichkeiten zulassen und eine weitere Vereinfachung in der Beschaffung von Unterlagen bringen.

Bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erscheint in den nächsten Tagen eine Neuauflage der Lohnsteuerbroschüre von Paul Hertz und Erich Rinner, die wieder eingehend über alle Einzelheiten des Erstattungsverfahrens unterrichten wird.

Der Lohntarif der Reichspostarbeiter gekündigt.

Vom Deutschen Verkehrsbund wird mitgeteilt: Der Lohntarif für die Arbeiter der deutschen Reichspost vom 27. Juli 1926 ist heute zum 31. Dezember gekündigt worden. Die Verhandlungen werden Anfang nächster Woche beginnen.

Kampf dem Hofgängerwesen.

Von den vielen Mißständen, die heute im landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis bestehen, verdient einer besonders hervorgehoben zu werden: das Hofgängerwesen.

Das Hofgängerwesen ist eine alte, schon seit Jahrhunderten bekannte Einrichtung, die die Landarbeiter dazu verpflichtet, dem landwirtschaftlichen Unternehmer jugendliche Arbeitskräfte, meist ihre Angehörigen, sogenannte Hofgänger, für ein Spottgeld zur Verfügung zu stellen. In Ostpreußen beispielsweise beläuft sich der Gesamtstundenlohn für den 16- bis 18jährigen Hofgänger auf ganze 10,7 Pf. Auf den zehnstündigen Arbeitstag berechnet, ergibt das 1,07 Mark und auf die 60stündige Arbeitswoche berechnet 6,42 Mark. Vielfach ist es so, daß man den erwachsenen Landarbeiter nur dann als vollwertige Arbeitskraft betrachtet und sich zu seiner Einstellung entschließt, wenn er der erwähnten Pflichtleistung nachgekommen ist. Aus dem Stellen von Hofgängern ergibt sich für den Landarbeiter der traurige Zustand, für die Ernährung und Verpflegung eines Kindes sorgen zu müssen, das sich dann, wenn es unter anderen Verhältnissen leben würde, zur Not aus eigener Kraft über Wasser halten könnte.

Diese Verhältnisse, die im übrigen mit der Hauptgrund für die immer mehr um sich greifende Abwanderung der jugendlichen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft sind, sind eines Kulturstaates unwürdig. Durch sie werden die Landarbeiter zu Hörigen degradiert. Damit wird ihnen zugemutet, sich an dem Wohl der eigenen Kinder zu vergehen und die Hand dazu zu bieten, daß ihrem Fortkommen grenzenlose Schwierigkeiten entstehen. Ein Kind, das drei bis vier wertvolle Jugendjahre zwangsmäßig einer nicht zusagenden Beschäftigung widmen muß und kein Recht hat, sich seinen Neigungen gemäß zu betätigen, ist jedem anderen Kinde gegenüber in ungeheurer Weise benachteiligt.

Geleitet von dieser Erkenntnis, war es der Deutsche Landarbeiter-Verband, der auf seiner vor einigen Monaten stattgefundenen Generalversammlung den Beschluß faßte, dem Hofgängerwesen in der Landwirtschaft mit aller Entschiedenheit zu Leibe zu gehen und nicht eher zu ruhen, bis seine vollständige Beseitigung durchgeführt ist. Was er zu erreichen wünscht, ist, daß die landwirtschaftliche Arbeit eine freiwillige ist und zu Bedingungen erfolgt, die dem jugendlichen Menschen ein auskömmliches und erträgliches Dasein gewährleisten. Das Kind eines Landarbeiters darf nicht schlechter gestellt sein als das eines Industrie- und Stadtarbeiters.

Die Litauer kommen zu Amsterdam.

Amsterdam, 30. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Litauische Gewerkschaftsbund hat sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen. — Das Internationale Berufssekretariat für Lehrer wurde am 28. November endgültig in Brüssel errichtet.

Die Arbeit in den englischen Bergrevieren wieder aufgenommen.

London, 30. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeit im britischen Bergbau ist nunmehr überall mit Ausnahme von Südwales und Durham wieder aufgenommen worden. In Südwales, wo die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern abgebrochen worden waren, hat eine am Montag stattgefundene Urabstimmung unter den Mitgliedern die Distriktsexekutive ermächtigt, die Verhandlungen mit den Unternehmern auf der Basis der von den Arbeitgebern gemachten Vorschläge wieder aufzunehmen. In Durham hat die Abstimmung über die Bedingungen der Unternehmer eine einfache Mehrheit für die Ablehnung der Vorschläge ergeben. Da aber bei Urabstimmungen über die Weiterführung eines Arbeitskampfes nach den Statuten des Verbandes eine Zweidrittelmajorität notwendig ist, haben die Gewerkschaftsverbände die Bergarbeiter angewiesen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Der Sekretär der Bergarbeiter, Cook, hat sich zum Allrussischen Gewerkschaftskongreß nach Moskau begeben.

Gewerkschaften und Kollektivverträge in Oesterreich.

In einem Artikel über die Bedeutung der Kollektivverträge für die Gewerkschaften und das Wirtschaftsleben im allgemeinen macht E. Strauß in der „Wiener Arbeiterzeitung" folgende Angaben über die Zahl der Kollektivverträge in Oesterreich.

„Der Kollektivvertrag wird immer verbreiteter; waren es früher nur die stärksten Organisationen, die solche Vereinbarungen abschließen konnten, so sind die Verträge heute eine Selbstverständlichkeit geworden. In Oesterreich wurden im Jahre 1921 2467 Verträge für 59 070 Betriebe mit 908 007 Arbeitern abgeschlossen. Dabei sind die laufenden Vereinbarungen, die erneuert werden mußten, nicht mitgezählt. 1923 wurden 1226 Verträge für 83 552 Betriebe mit 751 036 Beteiligten abgeschlossen. Man kann wohl behaupten, daß von den 12 Millionen Menschen, die in Oesterreich im Lohn- oder Gehaltsverhältnis stehen, ungefähr eine Million unter kollektivvertraglich festgesetzten Bedingungen arbeitet."

Morgen abend, pünktlich 7½ Uhr,

findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses der

4. Schulungsabend für Betriebsräte

statt. Das Thema lautet:

„Die Entwicklung des Arbeitsrechts in Deutschland".

Vortragender ist Kollege Medlin vom Fabrikarbeiter-Verband.

Nur blaue Eintrittskarten haben Gültigkeit.

Eine Lohnbewegung der städtischen Arbeiter Schlesiens.

Uns wird geschrieben:

Eine Reihe der im Arbeiterhaushalt notwendigsten Produkte ist langsam, aber doch stetig, im Preise gestiegen, so daß die Arbeiter, die seit August 1925 keine Lohnaufbesserung mehr erhielten, auf anderen Gebieten versuchen mußten, sich Einschränkungen in ihren Ausgaben (Kleidung, Schuhwerk, Heizungsmaterial usw. usw.) aufzuerlegen. Immer mehr wurde deshalb der Ruf laut, daß eine Lohnerhöhung dringend notwendig sei. Da aber besonders in den letzten Monaten sich die Verhältnisse zu ungunsten der Arbeiter gestalteten, wurde der Antrag an die Bezirksarbeitgeberverbände der Kommunalverwaltungen Mittel- und Niederschlesiens gestellt, eine Erhöhung der Löhne um 5 Pfg. pro Stunde eintreten zu lassen.

Die Verhandlungen mit Niederschlesien haben stattgefunden. Die Arbeitgeber haben jede Erhöhung abgelehnt. Wenn man berücksichtigt, daß nach den amtlichen Erhebungen die durchschnittliche Jahreseinnahme des gewerblichen Arbeiters in Deutschland 1865,96 Mark betrug, so müßte heute der Jahresdurchschnitt an Einkommen über 2700 Mark betragen. Demgegenüber erhält heute das Gros der städtischen Arbeiter (ungelernte) nach Abzug der Beträge für Sozialversicherung und Steuern 22 Mark pro Woche ausgezahlt, oder auch noch weniger. Die öffentlichen Behörden lassen sich von den Anschauungen der Privatindustrie über Zahlung von Löhnen beeinflussen.

Jede Lohnerhöhung steigert den Konsum und hebt dabei die Wirtschaft, und jede Niedrighaltung der Löhne oder gar Einschränkung der Löhne drückt die Wirtschaft noch mehr herab.

Wenn nicht die öffentlichen Behörden, wie Reich, Staat, Kommune usw., durch gute Beispiele die Privatindustrie zwingen, von ihrer falschen Einstellung abzulassen, diese im Gegenteil noch nachahmen, dann nähern wir uns mehr und mehr einfach unhaltbaren Zuständen.

In der Angelegenheit wird in den nächsten Tagen die tarifliche Schiedsstelle entscheiden. Hoffentlich hat diese die Einsicht, den Arbeitern das zu gewähren, was im Interesse des gesamten deutschen Volkes notwendig ist.

Zum Breslauer Isolierer-Streik.

Bekanntlich stehen seit dem 15. November die Isolierer um die Erkämpfung neuer Vertragsbedingungen im Streik. Große Schwierigkeiten bei dieser Bewegung machen neben Streikbrechern, die meist von wo anders hergeholt werden, auch noch andere Instanzen, von denen man dies nicht annehmen sollte. Bei Meinecke arbeiteten zwei auswärtige Streikbrecher, die von der Firma ganz besonders geschützt worden sind. Es kam deshalb in dem Betriebe der Firma am Mittwoch, den 24 November, zu einer Arbeitsniederlegung der mit den Neubauten der Firma beschäftigten Bauarbeiter des Baugeschäftes Mager. Die Versuche des Organisationsleiters des Baugewerksbundes, bei dem Betriebsleiter der Firma schließlich doch einen Abzug der Streikbrecher zu erreichen, schlugen fehl. Der Betriebsleiter hatte sich schon vorher geäußert, daß der Baudelegierte, der sich gegen die Streikbrecher wandte, entlassen werden müsse. Unter anderem erklärte er, daß man doch im Jahre 1926 lebe, womit er nach Meinung der Leute ausgedrückt haben wollte, daß heute wohl jeder den Herrn-im-Hause-Standpunkt hervorkehren könne, ohne besonderen Widerstand zu finden. Aehnlich klang auch die Unterredung aus, die der Organisationsleiter mit dem Betriebsleiter hatte. Die Belegschaft der Firma Meinecke selbst hat dann in den Streik eingegriffen und den Betrieb drei Viertelstunden stillgelegt, um ihren Widerwillen gegen die Streikbrecher kund zu tun, und es gebührt der Belegschaft für dieses mannhafte Eintreten außerordentlicher Dank, den wir an dieser Stelle nochmals zum Ausdruck bringen. Jedenfalls hat es der Betriebsleiter unter Assistenz des Ingenieurs Stäber fertiggebracht, daß die Streikbrecher Notlicht bekamen und dann in den Nächten ihre segensreiche Tätigkeit fast beendeten. Die Notlichtleitung wurde mit dankenswertem Fleiß von dem Elektromonteur Nowak gelegt. Trotz alledem ist man wohl nicht auf seine Rechnung gekommen, und am Freitag früh sind die beiden Herren Streikbrecher nach dem Bahnhof befördert worden, welche Autofahrt wir den beiden nach den anstrengenden regenreichen Nächten natürlich gönnen. Am städtischen Elektrizitätswerk, Scheibenweg, hatte ebenfalls die bestreikte Firma Cornely & Co. einen Streikbrecher von auswärts herangezogen, um ihre Arbeiten auszuführen. Die Bemühungen der Streikleitung bei den städtischen Instanzen, namentlich bei Herrn Direktor Lasch, doch diese Streikbrecher im städtischen Betriebe auszuwechseln, waren erfolglos. Es war erst nötig, daß die am Elektrizitätswerk Scheibenweg beschäftigten Bauarbeiter der Firma Härtel & Gebr. Huber am Sonnabend der vergangenen Woche die Arbeit niederlegten. Es wurde darauf noch stundenlang verhandelt und erst nach Erkenntnis, daß es sich entgegen den Vertragsbedingungen der Stadt, vorzugsweise Breslauer zu beschäftigen, um einen Auswärtigen handelte, wurde dem Wunsche der Streikleitung und der Bauarbeiter, als auch der städtischen Belegschaft Rechnung getragen und der Mann entlassen. Es handelte sich um einen Richard Scheler aus Jannowitz bei Breslau.

Der Kampf ist also ein sehr schwieriger, und wir möchten hiermit noch einmal alle in Betracht kommenden Organisationen und auch unsere Bauarbeiter dringend darum ersuchen, ganz besonders diesen Kampf der Isolierer zu unterstützen.

Die Schaffung eines neuen preußischen Polizeibeamtengesetzes, das an die Stelle des ablaufenden Schutzpolizeibeamtengesetzes treten soll, hat infolge der Erweiterung des Personenkreises, auf den es sich erstreckt, eine Reihe schwieriger Fragen aufgeworfen, deren Lösung bis jetzt noch nicht möglich war. Das Preußische Staatsministerium hat daher dem Landtag soeben einen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Gültigkeit des bestehenden Gesetzes bis zum 31. März 1927 vorgelegt.

Der Schiedsspruch im Lohnstreit der Straßenbahner in Frankfurt a. M., der die Gruppenlöhne um 2 bis 3 Pf. pro Stunde erhöhte, ist sowohl von den Arbeitgeber- als auch von den Arbeitnehmerverbänden abgelehnt worden. Kommt es in neuen Verhandlungen nicht zu einer Einigung, dann ist ein Streik der Straßenbahner in Frankfurt unvermeidlich.

Der Schiedsspruch für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau, der eine Lohnerhöhung von etwa 4 Prozent des augenblicklichen Lohnes ab 15. November vorsah, ist am Dienstag vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

In Berlin mehr Gewerblichtätige als in Bayern. Die im Preußischen Statistischen Landesamt bearbeiteten Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung in Berlin vom 16. Juni 1925, die soeben veröffentlicht worden sind, weisen 294 300 gewerbliche Niederlassungen mit rund 1,7 Millionen beschäftigten Personen auf. Das sind etwa so viel gewerbliche Niederlassungen wie in Württemberg und Baden zusammengenommen und mehr im Gewerbe beschäftigte Personen als im ganzen Lande Bayern. Von besonderer Bedeutung ist die außerordentlich starke gewerbliche Tätigkeit der Frau. 33 Prozent aller Gewerblichtätigen sind weiblichen Geschlechts. Diese hohe Quote wird nur in Sachsen übertroffen, wo es 35 Prozent gewerblich tätige Frauen gibt.

Genossenschaftswesen.

Die Entschädigung für Schöffen und Geschworene.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer Allgemeinen Verfügung des Preußischen Justizministers entnimmt, soll nach den geltenden Bestimmungen grundsätzlich die den Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen zu gewährende Entschädigung keine Vergütung für die Dienstleistung selbst, vielmehr nur eine Entschädigung für den Verdienstausfall, entsprechend der durch die Dienstleistung versäumten Arbeitszeit, sein; dennoch soll bei Entscheidung der Frage ob ein Verdienstausfall stattgefunden hat, und bei Festsetzung der Entschädigung nicht kleinlich verfahren werden. Wenn die Vermutung gerechtfertigt erscheint, daß der Schöffe usw. überhaupt eine Arbeitszeit versäumt hat, so soll in der Regel von der Erbringung des Nachweises eines wirklich eingetretenen Verdienstausfalles abgesehen werden.

Der Höchstsatz der Entschädigung für eine Stunde beträgt 1,50 Reichsmark; mehr als 10 Stunden für einen Tag dürfen nicht entschädigt werden. Lohn- oder Gehaltsempfängern ist eine Entschädigung zu versagen, wenn sie für die Zeit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit ihre vertragsmäßige Vergütung vom Arbeitgeber erhalten. Schöffen usw. mit Wohnsitz und Erwerbstätigkeit außerhalb des Sitzungsortes ist die Wegezeit als Zeit der Dienstleistung anzurechnen. In allen Fällen kann der außerhalb der Sitzungsdauer liegende Teil der gewöhnlichen Arbeitszeit des Schöffen usw., den er infolge seiner Teilnahme an der Sitzung nicht zur Arbeit ausnutzen kann, als Verdienstausfall angerechnet werden.

Kammergerichtsentscheide in Mieterschutzsachen.

Der Amtliche Preußische Pressedienst gibt folgende neuere Reichsentscheide des Kammergerichts in Mieterschutzsachen bekannt:

1. Vorlegung einer Verfügung der Gemeindebehörde ist keine Zustellung im Sinne des § 11 des Wohnungsmangelgesetzes. 2. Die Inanspruchnahme von Räumen als künftig frei werdend ist nach dem Berliner Wohnungsnotrecht vom 30. Dezember 1924 nicht zulässig. 3. Der Verzicht des Verfügungsberechtigten auf die Räume ersetzt nicht deren Inanspruchnahme durch die Gemeindebehörde. (Rechtsentscheid vom 15. Oktober 1926 17. Y. 87/26.)

Die Rechtsbeschwerde gegen eine vor dem 1. Juli 1926 ergangene Entscheidung des Mieteinigungsamtes, durch welche die Erlaubnis des Vermieters zur Untervermietung ersetzt ist, kann nicht darauf gestützt werden, daß nach § 29 Abs. 2 des Mieterschutzgesetzes die Ersetzung der Erlaubnis nicht mehr zulässig sei. — Wird aber die Entscheidung des Mieteinigungsamtes aus einem anderen Grunde aufgegeben, so ist § 29 Abs. 2 anzuwenden. (Rechtsentscheid vom 15. Oktober 1926 17. Y 91/26.)

Sozialismus und Wohlfahrtspflege.

Von Helene Simon.

(Schluß.)

Von Anbeginn gab es im Rahmen der organisierten Berufsstände und Konsumenten auch Ansätze der Wohlfahrtspflege. Die Organisationen erfassen indes im Entscheidenden nur die gehobene Arbeiterschaft. Weder Partei noch Gewerkschaft oder Genossenschaft erreichen im Durchschnitt das „Elendsproletariat", jene Bevölkerungsschichten, die, notgelähmt oder verkommen, nicht über den Tag hinausblicken. Deshalb ist, wie es in dem schönen Buche von Marie Juchacz und Johanna Heymann, „Die Arbeiterwohlfahrt", heißt, in den Kreisen der parteiorganierten Arbeiterschaft in normalen Zeiten „der Prozentsatz der Hilfsbedürftigen immer relativ klein". Arbeiterrecht und Organisation (Sozialpolitik) geben ihm eine, wenn auch bedingte Sicherheit und Selbständigkeit der Lebensführung. Allein weder die Gesamtverhältnisse noch die Einzelschicksale sind stabil. Auch der gehobene organisierte Arbeiter steht gleich allen irgendwie tätigen aber beitraglosen Mitgliedern der Gesellschaft auf der schmalen Grenze zwischen Selbsterhaltung und Hilfsbedürftigkeit, in die ihn Konjunkturwechsel, Verlust oder Minderung seiner Arbeitskraft, Schicksalsschläge in seiner Familie, jederzeit stürzen können. Je vielfältiger und verschlungener die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse werden, um so geringer heute die Gleichheit der Entwicklungs- und Betätigungsmöglichkeiten für Stadt- und Landvolk, um so weniger sichert privater Arbeitsertrag, Unterhalt und Erziehung der noch nicht leistungsfähigen Kinder, Unterhalt und Pflege vorübergehend oder dauernd leistungsunfähiger erwachsener Familienangehöriger. Oeffentlichen Jugend- und Mutterschutz, Kranken- und Altershilfe, Vorbeugung, Heilung und Versorgung erkennt man als soziale Notwendigkeiten. Die mit der Armenpflege verbundenen demütigenden und entwürdigenden Rechtsnachteile: Verlust des Wahlrechts, Beschränkung der Freizügigkeit wurden beseitigt; Hilfsbedürftigkeit drückt nicht mehr wie früher den Stempel der Minderwertigkeit auf; Kürzheit und Abschreckung sind nicht länger Grundsätze der Bemessung und Art der Abhilfe. Das Almosen als herablassend-gnädige Geste ist in Verruf gekommen.

Armenunterstützung und Wohltätigkeit wandeln sich grundsätzlich zur amtlichen und freien Wohlfahrtspflege, die weitestmögliche Verhütung von Armut anstrebt. Verhütung, Beireuung, Bewahrung, innere Sühne an Stelle von Abschreckung, Erniedrigung und Strafe. Hier greift jener neue Zweig sozialistischer Zielsetzung in den oben umrissenen Gleisen ein.

Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt erscheint auf dem Plan: Organ der freien Wohlfahrtspflege und ehrenamtlicher Mitarbeit, Organ des Pfadfindertums für die Aus- und Umgestaltung der öffentlichen oder amtlichen Wohlfahrtspflege, Hüter ihrer Durchführung, Kritiker ihrer Unzulänglichkeit und schließlich Mittler ihrer Ergänzung, wo jene vorläufig versagt oder versagen muß. Die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt entsprechen denen der Gewerkschaften, gegenüber dem gesetzlichen Arbeiterrecht und dem Arbeiterschutz; sie decken sich zum Teil mit ihnen auf den Zwischengebieten des Schutzes weiblicher und jugendlicher Arbeiter und der Sozialversicherung. An sich ebenso unpolitisch wie die Konsumgenossenschaften, wollen die Bemühungen der in der Arbeiterwohlfahrt verbundenen sozialistischen Kräfte allen Volksgenossen ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Konfession dienen.

Keineswegs, dies sei nachträglich betont, sollen die großen Verdienste der bürgerlichen und konfessionellen Fürsorgeverbände und Vereine, die Pionierarbeit der „freien Liebestätigkeit" auf fast allen Hilfsgebieten, ihr frühes Hinausgehen über den Rahmen enger Armenpflege verkannt werden. Auch ihr Vorsprung auf Grund lang geübter, tatkräftiger Wirksamkeit sowie Möglichkeiten und Notwendigkeiten gemeinsamer Arbeit auf weiten Teilstrecken sind zu würdigen. Andererseits kommt der Arbeiterwohlfahrt die Klassengemeinschaft mit dem überwiegenden Teil der Hilfesuchenden zugute, die Vertrautheit mit der proletarischen Lebensführung und Gedankenrichtung und ihren Angriffsflächen. Es ist anzunehmen und durch manche Erfahrung bestätigt, daß das Ethos der sozialistischen Weltanschauung in seine Einflußsphäre hinter der konfessionellen Charitas nicht zurückbleibt. Mag diese vielfach als Erziehungsfaktor wertvoll, Gleichgerichteten in äußerer und innerer Not als Tröster und Helfer unentbehrlich sein. Da, wo ihrer Wesenheit nach die Arbeiterwohlfahrt zuständig wäre, wird die konfessionelle Wohlfahrtspflege offenem oder heimlichem Widerstand begegnen, Unaufrichtigkeit und Heuchelei auslösen. — An Stelle des Mangels muß lebendig-sinnvolles Uebereinkommen in der Hilfeleistung, Achtung vor Ueberzeugungen, treten. Auch hat im Rahmen der Weltanschauung des Sozialismus die Arbeiterwohlfahrt ihre Sondermission als treibende Kraft. Noch sind wir in Theorie und Praxis, in Gesetzgebung und Verwaltung von wirklich durchgreifender Wohlfahrtspflege unendlich weit entfernt. Man denke an die Wohnungsnot der Besitzlosen, an die Raumfülle und Hygiene der Herrschaftshäuser und an die feuchten Kellerlöcher, die nur gegen „Tauschwohnungen" verlassen werden können. Das ist nicht lediglich in der Wirtschaftsnot der Nachkriegszeit begründet. Denn es entstehen an sich wünschenswerte Luxusbauten jeder Art, denen die Behebung der Wohnungsnot vorausgehen müßte. Darin steckt ein System, das mit tausend anderen Nöten zum Himmel schreit. Neben der Errungenschaft des am weitesten vorgeschrittenen und sehr ausbaufähigen Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes ist das ursprünglich geplante Reichswohlfahrtsgesetz in eine Fürsorgegesetzgebung zurückgebaut, in der die Klassifizierung der „Armen" als besonderer und benachteiligter Schicht, gegenüber den Anwärtern auf gehobene Fürsorge, sich verhängnisvoll auswirkt. Noch immer spuken hier die von Shaw in seinem Pygmalion so entzückend witzig tarifierten Vorstellungen von Würdigkeit und Unwürdigkeit**), von „sittlichen Verschulden", „Arbeitsscheu", offenbar unwirtschaftlichem Verhalten, als Grund zur Beschränkung von Art und Maß der Fürsorge auf das „zur Fristung des Lebens Unerläßliche".

Ungeheuer verfehlt und kostspielig, diese Beschränkung, die der durch die Wirtschaftslage erzwungenen Sparsamkeit Rechnung tragen will und nur Schulden häuft. Wir sahen, daß schon Robert Owen der Reform des Armenwesens vorgearbeitet und die Zusammenhänge von Wirtschaftserfolg und Wohlfahrt veranschaulicht hat. Auch deutsche Großunternehmer haben diese Zusammenhänge nachgewiesen. Erinnert sei namentlich an Ernst Abbe, den großen Physiker, Mathematiker und Sozialpolitiker. Seither zeigte der Amerikaner Ford, gleichviel, wie man ihn persönlich wertet, daß sich hohe Löhne, Arbeitskürzung und jede Form der Arbeiterfürsorge in Wirtschaftsgewinn umsetzen.

Zwei führende englische Sozialisten, das Ehepaar Sidney und Beatrice Webb, haben lange vor Kriegsausbruch als zahlenmäßig erweisbare Hauptursache der Armut körperliche, geistige oder seelische Krankheit festgestellt. Sie haben die Armut als Krankheitserscheinung der Gesellschaft gekennzeichnet und die Wege der Vorbeugung eingehend erörtert, die in jeder Gesellschaftsordnung unumgängliche Voraussetzung der Volksgesundung und gesteigerter Leistungsfähigkeit sind: Wohlfahrt im weitesten Begriff der Hebung der Lage der besitzlosen Massen als Voraussetzung der Produktivität, der Ergiebigkeit der Volkswirtschaft und einer klugen Bevölkerungspolitik.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts lehrte der Theologe Johann Peter Süßmilch: „Ein Regent muß seinen Untertanen Unterhalt verschaffen und der Armut möglichst widerstehen. Er muß das Land gehörig unter sein Volk verteilen, damit es den Eltern eine Lust sei, viele Kinder zu haben" und das Staatswesen gedeihe. Im 19. Jahrhundert ward Süßmilchs Lehre verdrängt vom Malthusianismus, jener „großen Vogelscheuche, mit der man von allen Versuchen sozialer Reform abschreckte".

Wie das Armenwesen in der gesetzlichen Gestaltung des 19. Jahrhunderts Ausdruck der individualistischen Bevölkerungslehre des Malthus von der schnelleren Vermehrung der Bevölkerung als der Nahrungsmittel wurde, erbaut die Wohlfahrtspflege des 20. Jahrhunderts sich auf der Erkenntnis von der wirtschaftlichen und psychophysiologischen Bedingtheit des Bevölkerungsproblems und der daraus sich ergebenden sozialen Bevölkerungspolitik. Malthus sagt, sein Gegner Godwin sieht nicht, daß unter günstigeren allgemeinen Bedingungen menschliche Voraussicht sein Bevölkerungsgesetz voll aufheben wird, daß es nicht der Not und des Lasters, der Seuchen und Kriege bedarf, um der Ueberbevölkerung entgegenzuwirken. Seit 40 Jahren sinkt die Geburtenziffer, greift die Furcht von Unterbevölkerung um sich, ruft man nach ihrer freilich mehr auf Zahlensteigerung als Arterhöhung gerichteten Bekämpfung. Godwins Wort: „Es ist sicherer, daß ein Mensch Vorfahren hat, als daß er Nachkommen haben wird", gewinnt prophetische Bedeutung. Und wie das Armenwesen Element der kapitalistischen Gesellschaft war, wird die Wohlfahrtspflege in ständiger Vervollkommnung ihrer verhütenden, heilenden und versorgenden Methoden Element des Hineinwachsens in die Sozialisierung sein sowohl im weltanschaulichen als auch im wirtschaftlichen Sinn. Die Arbeiterwohlfahrt, die bei Ausübung der Wohlfahrtspflege weder nach dem politischen Bekenntnis noch nach der Konfession, weder nach Stand noch Stellung fragt (Juchacz), sondern nur die Notlage und die Mittel der Abhilfe prüft (unter Berücksichtigung politischer oder konfessioneller Gegebenheiten und Wünsche), ist das Gebilde, das sich die Sozialdemokratie zur Gestaltung der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege im Geiste sozialistischer Weltanschauung geschaffen hat.

**) Ne höre: in diesem Hause kann man leicht rein werden. Heißes und kaltes Wasser, soviel man will, wollene Handtücher und ein Wäschewärmer so heiß, daß man sich die Finger verbrennt. Sanfte Bürsten, um sich abzureiben und eine hölzerne Seifenschale, die nach Primeln duftet. Jetzt weiß ich, wieso die Damen so rein sind. Das Waschen muß ein Genuß für sie sein. Ich wollte, die könnten einmal sehen, was es für unsereins ist.

Wirtschaft.

Steigen der Zuckerpreise.

Auf dem Weltzuckermarkt läßt sich seit einigen Tagen ein starkes Emportreiben der Zuckerpreise beobachten. Bei den Vorverkäufen aus der Zuckerernte 1927 in Niederländisch-Indien wurden pro 100 Kilogramm 17,30 Gulden bezahlt. Der Preis stellte sich im Vorjahr auf 15,68 Gulden. Diese Preissteigerung für Rohzucker kann natürlich auf den europäischen Rübenzucker nicht ohne Einfluß bleiben. Dem entspricht, daß sich unsere deutschen Zuckerfabriken gerade jetzt um die Einführung eines erhöhten Zuckerzolls bemühen.

Bayrische Handwerksausstellung 1927.

Unser bayrischer Mitarbeiter teilt mit: Im nächsten Jahr findet in München die Ausstellung „Das bayrische Handwerk 1927" statt. Die Schau wird weit über den Rahmen einer innerbayrischen Veranstaltung hinausragen, da sich schon eine größere Zahl außerbayrischer Handwerkerorganisationen angemeldet haben. Die Ausstellung wird sich von ähnlichen Ausstellungen früherer Jahre dadurch unterscheiden, daß nicht so sehr das gewerbliche Erzeugnis selbst als vielmehr das ganze Wesen, die Geschichte und Organisation des Handwerks und insbesondere auch seine Technik, gezeigt wird. Die historische Abteilung wird außerordentlich eindrucksvoll sein. Die Städte Augsburg und Nürnberg haben für diese Abteilung eine großzügige Beteiligung zugesagt. Den Mittelpunkt der Schau werden rund 60 Werkstätten in vollem Betrieb bilden. Vom bayrischen Staat und anderen öffentlichen Körperschaften ist bereits die Bewilligung größerer Aufträge zugesagt, die in der Ausstellung vor den Augen des Beschauers ausgeführt werden sollen.

Luther wieder im Verwaltungsrat der Reichsbahn.

Das Reichskabinett hat beschlossen, die drei Mitglieder des Verwaltungsrates der Reichsbahn-Gesellschaft, die durch Los ausschieden, wieder in den Verwaltungsrat zu entsenden. Es handelt sich um die Herren Dr. Luther, v. Siemens und v. Batocki.

Die Besprechungen zwischen den Klöckner-Werken und dem Wintershall-Konzern über die Erzeugung von synthetischem Ammoniak, das die Anwendung eines Kontaktverfahrens vorsehen soll, stehen vor dem Abschluß. Die beiden genannten Konzerne werden eine große Stickstoff-Fabrik, wahrscheinlich in Castrop-Rauxel, im Rahmen der Klöckner-Werke, errichten. Das Fabrikationsprogramm enthält auch die Herstellung von Mischdünger. Durch den Plan werden die Klöckner-Werke und der Wintershallkonzern in schärfsten Wettbewerb zu der J. G. Farbenindustrie treten.

Der rumänische Naphtamarkt zeigt gegenüber den letzten Wochen ein belebteres Bild, da die Nachfrage angesichts des herannahenden Winters allgemein zugenommen hat. Folgende Ausfuhrpreise wurden notiert: Leichtbenzin 6,70 Lei (bisher 6,60) je Kilogramm loko Fabrik und 8,90 (8,80) fob Constantza, Schwerbenzin 4,95 Lei (5) bzw. 7 (unverändert), Leuchtpetroleum 2,80 Lei (unverändert) bzw. 3,85 (3,90), Gasöl 2,15 Lei (2,20) bzw. 3,30 (3,20), Masut 2,35 Lei (2,30) fob Constantza.

Notstandsarbeiten in Moskau. Das Moskauer Blatt „Trud" vom 9. November, Nummer 268, berichtet: „Die Arbeitsabteilung hat den Moskauer Rat ersucht, für die Notstandsarbeiten im Laufe des Winters 727 000 Rubel zu bewilligen. Die Bitte wird damit begründet, daß alle Mittel, die bisher für Notstandsarbeiten bewilligt worden sind, bereits verausgabt sind. Die Lage des Moskauer Arbeitsmarktes erfordert aber die Einführung von Notstandsarbeiten auch während des Winters. Der Plan der Notstandsarbeiten ist so abgefaßt, daß 2000 ungelernte Arbeiter täglich im Laufe der vier Wintermonate Beschäftigung finden sollen." 2000 Arbeitslose, das wäre ungefähr 1/80 der an der Moskauer Arbeitsbörse registrierten Arbeitslosen (166 345 am 1. Oktober dieses Jahres). Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen ist noch viel größer.